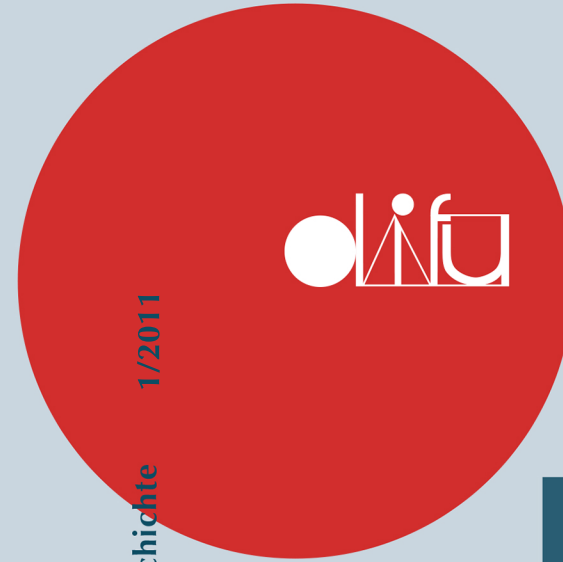




Informationen zur modernen Stadtgeschichte

Themenschwerpunkt

Stadt und Familie



1/2011

1/2011

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

IMU

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

2011
Verlagsort: Berlin

1.Halbjahresband

Herausgegeben von
Martin Baumeister, Christoph Bernhardt, Dorothee Brantz, Martina Heßler,
Gerd Kuhn, Friedrich Lenger, Jürgen Reulecke, Ralf Roth, Axel Schildt,
Dieter Schott und Clemens Zimmermann

in Verbindung mit
Stefan Fisch, Antjekathrin Graßmann, Adelheid von Saldern,
Hans Eugen Specker und Clemens Wischermann

Themenschwerpunkt

Stadt und Familie

Verantwortliche Herausgeberin:
Sylvia Necker

EDITORIAL	5
LEITARTIKEL	
<i>Sylvia Necker</i> Stadt als Ort von Familie(n).....	6
BERICHTE UND AUFSÄTZE ZUM THEMA	
<i>Johanna Hartmann</i> Stadt Raum Körper. Ordnungsunternehmungen nach dem Zweiten Weltkrieg.....	18
<i>Edda Campen und Sven Schultze</i> „Trautes Heim, Glück allein“? – Wohnen als Familie in der DDR. Eine Annäherung.....	33

<i>Elke Krasny</i>	
Die Kinder und ihr Recht auf Stadt. Die Rechte. Die Wünsche. Die Palmen. Die Erfahrungen.....	50

<i>Susanne Frank</i>	
Die „Rückkehr“ der Familien in die Stadt. Ende der Suburbanisierung?...	64

<i>Ingrid Breckner</i>	
Familien in der Stadt: Gratwanderungen zwischen Wünschen und Wirklichkeiten.....	76

F O R U M

<i>Martina Heßler</i>	
Die Geschichte von Autostädten in globaler Perspektive. Plädoyer für eine global orientierte Zeitgeschichtsschreibung.....	91

A L L G E M E I N E B E R I C H T E

<i>Janet R. Bednarek</i>	
Conference Review: 5 th Biennial Conference: “Sustainable Cities?” of the Urban History Association (UHA) at the University of Nevada from 20 to 23 October 2010.....	101

<i>Liz Lau</i>	
Conference review on the First International Conference on Sustainable Urbanization, Hong Kong Polytechnic University, 15 to 17 December 2010.....	103

<i>Yasemin Utku</i>	
Tagungsbericht: Der Kult des großen Plans um 1910 – Gestaltung von Metropolregionen in historischer Perspektive, AK Planungs- geschichte in der GSU am 25./ 26.11.2010, Center for Metropolitan Studies (CMS) der TU Berlin.....	106

<i>Tina Enders</i>	
Die Hochschule als Berater für Städte und Kommunen: Tagungsbericht zur 3. Hessenkonferenz STADTFORSCHUNG, in Frankfurt vom 7. April bis 8. April 2011.....	110

<i>Susanne Dengel und Lena Krull</i>	
Tagungsbericht: Stadt und Medien. Stadt als Raum der Medien- institutionen – Medialität des Urbanen. 41. Frühjahrskolloquium des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Kultur- und Mediengeschichte der Universität des Saarlandes, am 4./5. April 2011 in Münster.....	113
<i>Katalin Gennburg</i>	
Tagungsbericht: Stadt(planungs)geschichte als Gesellschaftsgeschichte – Der verborgene Reformdiskurs in der Städtebaudebatte der DDR. 7. Kolloquium der Hermann-Henselmann-Stiftung in Weimar, 8.4.2011.....	116
<i>Manfred Bossow</i>	
Fernstudium „Historische Stadt“ (Universität Lübeck).....	120
MITTEILUNGEN	122
<i>Dieter Schott</i>	
Bericht über Vorbereitungen zur Konferenz der EAUH 2012.....	122

Editorial zu Heft 1/2011

Manuskripte zur modernen Stadtgeschichte erwünscht!

Liebe LeserInnen, liebe AbonnentInnen,
wir hatten bereits im Editorial zu Heft 2/2010 angekündigt, dass die IMS ab Heft 1/2012 eine neue Rubrik enthalten wird, in der wissenschaftliche Texte zur modernen Stadtgeschichte ohne inhaltliche Bindung an den jeweiligen Themenschwerpunkt veröffentlicht werden können. Damit möchte die IMS auf ein öfter beklagtes Manko reagieren, dass für laufende Forschungen, die nicht in Zusammenhang mit einem Schwerpunktthema eines IMS-Heftes stehen, die Zeitschrift kein geeignetes Veröffentlichungsorgan ist. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat sich in Gesprächen mit der Redaktion der IMS bereit erklärt, eine Erweiterung des Umfangs der Zeitschrift, verbunden mit einer angemessenen Preiserhöhung, vorzunehmen. Angedacht ist eine Steigerung des Umfangs jedes Hefts von derzeit ca. 120 Seiten um 50% auf ca. 180 Seiten. Die Ausdehnung der Zeitschrift wird mit einer maßvollen Preiserhöhung einhergehen, der Preis für Abonnement und Einzelverkauf war seit vielen Jahren stabil geblieben. Der genaue Betrag wird in Heft 2/2011 mitgeteilt.

Die Ausweitung des Umfangs bietet die Gelegenheit, neben den bisherigen Rubriken auch eine Rubrik „Freie Aufsätze“ aufzunehmen, in der 3-4 Aufsätze von insgesamt ca. 60 Seiten veröffentlicht werden können. Wir sind zuversichtlich, dass eine solche Rubrik auf hohem qualitativen Niveau dauerhaft Bestand haben wird und die Produktivität der modernen Stadtgeschichte unter Beweis stellt. Daher möchten wir die LeserInnen nunmehr auffordern, von sich aus geeignete Manuskripte für wissenschaftliche Aufsätze an die Redaktion der ‚Informationen zur modernen Stadtgeschichte‘ einzusenden. Die dort veröffentlichten Beiträge werden einem Peer-Review-Verfahren unterzogen, um die IMS auch als Publikationsort für jüngere wie für etablierte Wissenschaftler noch attraktiver zu machen. Die Betreuung dieser Rubrik wird von Friedrich Lenger übernommen.

Bitte reichen Sie also geeignete Beiträge ein an
Prof. Dr. Friedrich Lenger, Historisches Institut, Justus-Liebig-Universität Gießen
Otto-Behaghel-Str. 10, D-35394 Gießen
Friedrich.Lenger@geschichte.uni-giessen.de

Für die Redaktion
Dieter Schott (Darmstadt), Christoph Bernhardt (Berlin), Friedrich Lenger (Gießen)

Stadt als Ort von Familie(n)

Stadt und Familie erscheint auf den ersten Blick als genuin stadtsoziologisches Feld; in der Stadtforschung dominieren zumindest immer noch stadtsoziologische Zugänge, wenn es um die Stadt als Ort von Familien geht. Auffällig ist auch der starke Gegenwartsbezug: nur sehr wenige Arbeiten wählen die Perspektive eines historischen Längsschnitts, um dem Phänomen „Familien in der Stadt“ nachzugehen. Auch dieses Themenheft hat seinen Schwerpunkt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart und präsentiert in sehr unterschiedlichen Beiträgen zu Stadt, Wohnen, Familie und Kinder einen breiten interdisziplinären Rahmen. Diese Schwerpunktsetzung entstand vor allem aus der eigenen Stadtwahrnehmung im vergangenen Jahrzehnt in Hamburg, in dem sich eine deutliche Veränderung des Lebensstils von Familien in der Stadt vollzog.¹ Subjektive Beobachtungen wie fahrradhelmttragende Väter, Mütter mit Hochtechnologie-Kinderwagen und Kinder, die fragen, ob sie freihändig Fahrrad fahren „dürfen“, waren zunächst der Ausgangspunkt für Überlegungen zu Stadt und Familie. Parallel zu diesen Eindrücken gibt es seit geraumer Zeit einen bemerkenswerten stadtpolitischen Trend, die „familienfreundliche Stadt“² als Imagekonzept zur Steigerung der Attraktivität von Städten einzusetzen. Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtplanung, Kunstgeschichte, Stadt- und Raumsoziologie, Zeitgeschichte und Kunsttheorie gehen in dieser Ausgabe der *IMS* den unterschiedlichen Verortungen von Familie in der Stadt nach.

¹ Zum Lebensstil-Konzept vgl. Jens S. Dangschat, *Lebensstile in der Stadt. Raumbezug und konkreter Ort von Lebensstilen und Lebensstilisierungen*, in: Jens S. Dangschat und Jörg Blasius (Hrsg.), *Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden*, Opladen 1994, S. 335–354; Hartmut Häussermann, *Stadt und Lebensstil*, in: Volker Hauff (Hrsg.), *Stadt und Lebensstil. Thema: Stadtkultur*, Weinheim 1988, S. 75–89.

² Die Verbreitung der Publikationen und (Werbe-)materialien der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg steht in Zusammenhang mit der Entwicklung eines neuen „räumlichen Leitbildes“ für Hamburg seit 2007. Dabei operiert die Behörde mit Begrifflichkeiten wie „lebenswerte Stadtteile“ und „familienfreundliche Wohnstatt Hamburg“. Vgl. <http://www.hamburg.de/contentblob/155068/data/raeumliches-leitbild.pdf> (06.06.2011).



Abb. 1: Die „familienfreundliche Stadt“ Hamburg. Großstadtalltag 2011.

Wohnen im familienfreundlichen Quartier – die geordnete Wirklichkeit deutscher Städte im 20. Jahrhundert

Stadtgeschichtliche Forschungen beschäftigten sich hauptsächlich mit dem Komplex „Wohnen in der Stadt“. Auch bei den Akteuren gegenwärtiger Stadtpolitik wird die Stadt vor allem als klar definierter Ort bzw. architektonisch und städtebaulich ausformulierter Raum für Familien verstanden, weniger als Austragungsort sozialer Beziehungen und Lebensstile in der Stadt. Ein Beispiel ist die Zielformulierung der Hansestadt Hamburg als „attraktiver Wohn- und Lebensort [...] insbesondere auch Familien eine Heimstatt“ zu bieten. Offenbar scheint eine familienfreundliche Stadt nur von der entsprechenden Infrastruktur abzuhängen: „Neben Hamburgs klassischen Lagequalitäten Wassernähe, hoher Grünanteil, qualitativ hochwertiger Haus- und Wohnungsbau werden neue Qualitätswerte wie ein beson-

deres Wohnambiente, ein familienfreundliches Wohnumfeld und eine kleinteilige, auf die Bedürfnisse der Bewohner zugeschnittene Versorgungs- und Infrastruktur nachgefragt.“³ Dieser Befund wird von zahlreichen bundespolitischen Studien gestützt, die der Frage nach „familienfreundlichem Wohnen“ nachgehen.⁴ In diesen Studien finden sich altbekannte Forderungen für gemeinschaftliches Wohnen in der Stadt, wie sie vor allem in den beiden ersten Dritteln des 20. Jahrhunderts diskutiert wurden. Ruft das Bundesministerium für Bauwesen und Raumordnung 2008 nach „Gemeinschaftseinrichtungen, urbanen Freiräumen und Wohnen in Nachbarschaften“⁵, so lassen sich diese Vokabeln mühelos in den Manifesten zur Gartencstadt, der Protagonisten des „Neuen Bauens“ und in Druckerzeugnissen der „Deutschen Arbeitsfront“ wiederfinden. Besonders die Begriffe „Gemeinschaft“ und „Nachbarschaft“ – wobei die Familie als Kern der Nachbarschaft verstanden wurde – sind in den stadtplanerischen Diskursen und den Diskussionen um Wohnen und Gesellschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fest verankert.⁶

³ Freie und Hansestadt Hamburg. Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: Räumliches Leitbild. Entwurf, Hamburg 2007, S. 36. Abrufbar unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/155068/data/raeumliches-leitbild.pdf> (06.06.2011). Vergleichbare Verlautbarungen lassen sich auch auf der Stadtteilebene finden. Vgl. „So muss ein familienfreundliches Altona-Altstadt aussehen“, in: *eins A. Stadtteilzeitung für das Entwicklungsquartier Altona-Altstadt* Februar 2011, S. 1.

⁴ Vgl. unter anderem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Innovationen für familien- und alterngerechte Stadtquartiere. Fallstudien im europäischen Ausland – ein Überblick. Ein ExWoSt-Forschungsfeld (ExWoSt-Informationen 32/4), Bonn 2008; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Stadt als Wohnort für Familien. Ergebnisse der ExWoSt-Studie „Strategien und Aktionsfelder für städtisches Wohnen von Familien“, Bonn 2009. Seit geraumer Zeit korreliert die Rückkehr von Familien in die Stadt auch mit der Suche nach Altersruhesitzen mitten in der Stadt. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Wohnen für (Mehr)Generationen. Gemeinschaft stärken – Quartier beleben, 3. Aufl., Berlin 2011. Zu Forschung über Wohnmodelle im Alter vgl. Tilmann Harlander, Wohnen im Alter. Herausforderungen für Stadtplanung, Architektur und Wohnungswirtschaft, in: Heinz Häfner, Konrad Beyreuther und Wolfgang Schlicht (Hrsg.), Altern gestalten. Medizin – Technik – Umwelt, Berlin 2010, S. 121-132; Cornelia Kricheldorf, Neue Wohnformen und gemeinschaftliches Wohnen im Alter, in: Sylvia Buchen und Maja S. Maier (Hrsg.): Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demographischen Wandel, Wiesbaden 2008, S. 237-248.

⁵ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Innovationen für familien- und alterngerechte Stadtquartiere. Fallstudien im europäischen Ausland – ein Überblick. Ein ExWoSt-Forschungsfeld (ExWoSt-Informationen 32/4), Bonn 2008, S. 4.

⁶ Stellvertretend für die Vielzahl der Publikationen aus der Sozial- und Zeitgeschichte zu Wohnen in Gemeinschaft und Nachbarschaft, in der die Familie als Kern der Nachbarschaft definiert wurde, vgl. die Beiträge in Gert Kähler (Hrsg.), Geschichte des Wohnens, Bd. 4: 1918-1945 Reform, Reaktion, Zerstörung, Stuttgart 1996. Zu Gemeinschaft als Planungsideal sind jüngst zwei Überblickswerke in der Städtebauforschung erschienen: Vittorio Magnago Lampugnani, Die Stadt im 20. Jahrhundert. Visionen, Entwürfe, Gebautes. 2 Bände, Berlin 2010; Werner Durth und Paul Sigel: Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels, Berlin 2009. Neuere zeithistorische Forschungen, die den übergreifenden Zeitraum von 1920 bis 1960 in den Blick nehmen, betonen vor allem den Einfluss des „social engineering“ für die

Bei der Betrachtung von bundesrepublikanischen Wiederaufbaubroschüren ergibt sich ein ähnliches Bild. Nachbarschaftskonzepte und Modelle für die Gemeinschaft nach der „Volksgemeinschaft“ finden sich bei fast allen westdeutschen Nachkriegsarchitekten. Für nahezu jede westdeutsche Stadt gibt es aus der Zeit des Wiederaufbaus Broschüren und Publikationen der Baubehörden und Bauträger, in denen der Nachbarschaftsgedanke und damit die Verortung der Familie in der Stadt propagiert wird: „In dem Bemühen, die Einordnung von Mensch und Wohnung in einen überschaubaren städtischen Lebensraum zu finden, sieht die Planung die Aufteilung des Gesamtplangebietes in Nachbarschaften vor.“⁷ Konstanty Gutschow – von 1939 bis 1945 für den Bau der „Führerstadtplanungen“ in Hamburg zuständig, ehemaliger Chef des eben zitierten Arthur Daehn und maßgeblicher Bereiter der Wiederaufbaupläne für die Hansestadt – verweist 1958 in der *Deutschen Bauzeitschrift* auf verschiedene „Nachbarschaftsstufen“ in der Stadt, die in nicht zu großen Einheiten organisiert sein sollten, um das „gegenseitige Empfinden, einander ‚Nachbar‘ zu sein“, nicht zu gefährden. Nachbarn, so Gutschow, „haben etwas gemeinsam, den gemeinsamen Zaun, den gemeinsamen Weg zur Haltestelle, den gleichen Briefträger [...] oder ihre Kinder gehen in die gleiche Schule. Gleiche Erinnerungen, sei es an fröhliche Feste, wie an Nächte im gleichen Luftschutzbunker, verbinden sie.“⁸ Die gemeinsamen Erinnerungen an die Bombennächte präsentiert Gutschow als sozialen Kitt für das familiäre Leben in der bundesrepublikanischen Wiederaufbaugesellschaft.⁹ Auf der Grundlage seiner „Leitgedanken“ zu verschiedenen Nach-

Konstituierung und Normierung von Gemeinschaft in der Stadt. Vgl. Thomas Etzemüller (Hrsg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009; David Kuchenbuch, *Geordnete Gemeinschaft. Architekten als Sozialingenieure - Deutschland und Schweden im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010.

⁷ Arthur Daehn, *Neu-Altona. Planung zum Aufbau und zur Sanierung eines kriegszerstörten Stadtkerngebietes in der Freien und Hansestadt Hamburg* (Schriftenreihe der Baubehörde zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen 23), Hamburg 1958, S. 48. Vgl. dazu Sylvia Necker, *Zwischen Abriss, Neuplanung und Rekonstruktion. Neu-Altona als Teil des Hamburger Wiederaufbaus 1950-1966*, in: Adelheid von Saldern, Axel Schildt und Georg Wagner-Kyora (Hrsg.): *Wiederaufbau der Städte: Europa seit 1945 / Rebuilding European Cities: Reconstruction-Policy since 1945* (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung), Stuttgart (erscheint 2011).

⁸ Konstanty Gutschow, *Leitgedanken Nachbarschaftsstufen*, in: *DBZ* 1958, S.642. Zu Gutschow vgl. Sylvia Necker, *Konstanty Gutschow (1902-1978). Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten*, Hamburg und München (erscheint 2012). Zu Nachbarschaftsgedanken unter anderem bei Gutschow und Hans Bernhard Reichow vgl. David Kuchenbuch, *Eine Moderne nach „menschlichem Maß“*. Ordnungsdenken und social engineering in Architektur und Stadtplanung Deutschland und Schweden. 1920er bis 1950er Jahre, in: Thomas Etzemüller (Hrsg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009, S. 109-128.

⁹ Zur Bedeutung der Erinnerung an den Luftkrieg in der Bundesrepublik vgl. Jörg Arnold, Dietmar Süß und Malte Thießen, *Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa* (Beiträge zur Geschichte des

barschaftsstufen und Wohnweisen entwickelte Gutschow den „Gemeinbedarf des Wohnviertels“, in dem Kinderspielplätze und Kindergärten im richtigen städtebaulichen Maß entstehen sollten: „Das Ideal für das aufwachsende Kind ist eine Umwelt, die nichts Besonderes für das Kind herrichtet und bereitet, sondern so ist wie auf dem Dorfe, wo sich das Kind schrittweise eine überreiche Welt selbst erobert. In der Stadt, die allzu sehr eine Welt der Erwachsenen ist, geht es nicht ohne wohldurchdachte Einplanung des Raumes für das Kind.“¹⁰ Der Glaube deutscher Architekten an die Planbarkeit sozialer Wirklichkeit ist in dieser Zeit immer noch ungeboren.

Auch in der DDR wurde die (Wohn-)Umgebung für Familien geplant. Im Beitrag von Edda Campen und Sven Schultze „Trautes Heim, Glück allein“ in dieser Ausgabe der *IMS* stehen Wohnmöglichkeiten und Wohninfrastruktur in der DDR im Mittelpunkt. Interessanterweise kommt in der Forschung zu Städtebau und Stadt in der DDR der Aspekt des Wohnalltags – besonders im Hinblick auf die Situation von berufstätigen Frauen in der DDR – kaum vor, vielmehr stehen architektur- und baugeschichtliche Fragen im Vordergrund.¹¹ Auch in dem von Christoph Bernhardt und Heinz Reif herausgegebenen Band zu Alltag und Stadt in der DDR sucht man vergebens eine Untersuchung zu Wohnalltag und -bedürfnissen.¹² Campen und Schultze zeigen vor allem die Bandbreite dieses Alltags auf, der sich nicht nur auf „Wohnen in der Platte“ beschränkte.

Die Orte der Familie waren in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit unter anderem in neugegründeten, innerstädtischen Wiederaufbauquartieren wie Neu-Altona in Hamburg oder Sennestadt in Bielefeld und in Musterprojekten wie das Hansviertel in Berlin zu finden. „Einkaufsparadies[e] für die Hausfrauen“¹³ wie das

20. Jahrhunderts 10), Göttingen 2009; Dietmar Süß (Hrsg.): Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung. [Forschungskolloquium im November 2005 in Berlin] (Zeitgeschichte im Gespräch 1), München 2007.

¹⁰ Konstanty Gutschow, Gemeinbedarf des Wohnviertels. Kinderspielplätze – Kindergärten, in: *DBZ* 1958, S.652. Die Romantisierung des Dorflebens als idealen Ort des Aufwachsens für Kinder im Zuge einer seit dem 19. Jahrhundert voranschreitenden Urbanisierung hat nicht nur in der Stadtkritik eine lange Tradition. Vgl. Klaus Tenfelde, Die Welt als Stadt? Zur Entwicklung des Stadt-Land-Gegensatzes 20. Jahrhundert, in: Friedrich Lenger und Klaus Tenfelde (Hrsg.), Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung - Entwicklung - Erosion (Industrielle Welt 67), Köln 2006, S. 233–264.

¹¹ Vgl. unter anderem Werner Durth, Jörn Düwel und Niels Gutschow, Architektur und Städtebau der DDR. Band 1: Ostkreuz - Personen, Pläne, Perspektiven, sowie Band 2: Aufbau - Städte, Themen, Dokumente, Frankfurt am Main 1998; Holger Barth (Hrsg.), Grammatik sozialistischer Architekturen. Lesarten historischer Städtebauforschung zur DDR, Berlin 2001.

¹² Christoph Bernhardt und Heinz Reif (Hrsg.), Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung. Kommunalpolitik, Stadtplanung und Alltag in der DDR (Stadtgeschichte 5), Stuttgart 2009.

¹³ Hamburger Tagespresse zur Eröffnung der Fußgängerzone „Neue Große Bergstraße“ in Altona: *Hamburger Abendblatt* vom 23. November 1966, S. 23.

Treppenviertel in Kassel und die Holstenstraße in Kiel sollten zum Anziehungspunkt für Familien mit und ohne Kinder werden. Parallel dazu vollzog sich jedoch ein Aus- und Umzug von Familien in das suburbanisierte Umland der Städte.¹⁴

Susanne Frank beschreibt in ihrem Beitrag für dieses Themenheft den gegenwärtig einsetzenden Prozess der Re-Urbanisierung als „innere Suburbanisierung“. Unter bestimmten Bedingungen werden innerstädtische Wohnquartiere heute als urbane Dörfer besonders für Mittelschicht-Familien interessant.¹⁵ Der Zurückzug von Familien in die Stadt ähnele dem Prozess der Suburbanisierung in den 1950er bis 1960er Jahren. Mit den „Re-Urbaniten“ gehe auch eine soziale Homogenisierung einher, die Frank anhand von Beispielen aus deutschen und amerikanischen Städten als „family gentrification“ beschreibt.

Stadt und Geschlechterrollen bzw. -räume

Johanna Hartmann richtet in ihrem Beitrag „Stadt Raum Körper“ den Blick auf den Innenraum. Entlang ihrer Analyse von Wohn- und Architekturausstellungen der 1950er Jahre – die bekannteste ist die 1958 im Rahmen der *Interbau* gezeigte Ausstellung „die stadt von morgen“, zu der 1959 die gleichnamige Publikation von Karl Otto erschien¹⁶ – verweist sie auf die Versuche, Geschlechterrollen über normierte Wohnungseinrichtungen und Raumanordnungen in Wohnungsgrundrissen zu definieren.¹⁷ Den Architekten kam hierbei vor allem die Aufgabe des Erziehers

¹⁴ Der Aspekt der Suburbanisierung wurde in diesem Heft nicht berücksichtigt, wobei er im Hinblick auf Stadt und Familie durchaus von Bedeutung ist. Vgl. Susanne Frank, Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts, Opladen 2003, besonders S. 275-344. Zum allgemeinen Phänomen der Suburbanisierung vgl. Gerd Kuhn, Suburbanisierung in historischer Perspektive, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.), Zentralität und Raumgefüge der Großstädte im 20. Jahrhundert (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung Stadtgeschichte 4), Stuttgart 2006, S. 61–81; Tilman Harlander (Hrsg.), Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland, Stuttgart und München 2001. Für den Zusammenhang zwischen suburbanem Raum, Lebensstil und Familie vgl. Meik Woyke, „Wohnen im Grünen“? Siedlungsbau und suburbane Lebensstile im nördlichen Umland von Hamburg von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2005 (2006), 22–49. Zur Suburbanisierung in den USA vgl. Friedrich Lenger, Urbanisierung als Suburbanisierung - Grundzüge der nordamerikanischen Entwicklung im 20. Jahrhundert, in: Friedrich Lenger und Klaus Tenfelde (Hrsg.), Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung - Entwicklung - Erosion (Industrielle Welt 67), Köln 2006, S. 437–475.

¹⁵ Aus meiner eigenen Stadtwahrnehmung kann ich diesen Befund bestätigen. Sprechen die Bewohner Hamburg-Ottensens davon, „ins Dorf zu gehen“, soll das heißen, dass auf den Haupt-Einkaufsstraßen Bahrenfelder Straße und Ottensener Hauptstraße ihren Erledigungen nachgehen oder eines der vielen Cafés – analog dazu müssten sie eigentlich von der „Dorfkneipe“ sprechen – aufsuchen wollen.

¹⁶ Karl Otto, Die Stadt von morgen. Gegenwartsprobleme für alle, Berlin 1959.

¹⁷ Johanna Hartmann, Geordnete (Wohn)Verhältnisse. Geschlechterkonstruktionen im ausgestellten

zu; erste pädagogisierende Publikationen erschienen schon Ende der 1940er Jahre etwa unter dem instruktiven Titel „Wie wohnen“.¹⁸ Bemerkenswert sind die in der Publikation transportierten Rollenvorstellungen, wie sie sich im Kapitel „Von der Küche und ihrer Einrichtung“ ablesen lassen: „Wer jedoch in der Lage ist, sich ein Haus bauen zu lassen, das wirklich den Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten der eigenen Familie entspricht, wird sich mit der asketischen Magerheit eines solchen Kochlaboratoriums nach Schema F vielleicht nicht zufrieden geben wollen. [...] Dort wo die Hausarbeit zur Hauptsache von der Hausfrau selbst verrichtet wird (und in unseren Tagen werden es ihrer immer mehr), muß für kleine Kinder, die noch der Aufsicht bedürfen, ein Spielplatz in der Nähe der Küche oder in ihrer selbst vorgesehen werden; [...] hier wird manchmal geglättet, genäht, gebastelt, werden Blumen gepflegt, und dieser Mannigfaltigkeit der Funktionen kann die minimale Nur-Kochküche nicht mehr genügen.“¹⁹ In bewusster Abkehr von der Arbeitsküche, wie sie unter dem Stichwort „Frankfurter Küche“ seit den 1920er Jahren propagiert wurde, die vor allem nach rationalen Arbeitsabläufen geplant war und der modernen Frau der Weimarer Republik eine Arbeitsentlastung im Haushalt versprach, sollte die Küche nun in den 1950er Jahren wieder zum Lebensmittelpunkt der Familie im Haus werden.²⁰

Wohnen der westdeutschen 1950er Jahre, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte 58 (2010), S. 40-45.

¹⁸ Ernst Zietzschmann und Gertrud David: *Wie wohnen? Homes and housing. Mon habitation*, Erlenbach-Zürich 1949. Zur Vermittlung gesellschaftlicher Wertvorstellungen und Normen über Architekturausstellungen vgl. Sandra Wagner-Conzelmann, *Die Interbau 1957 in Berlin. Stadt von heute - Stadt von morgen. Städtebau und Gesellschaftskritik der 50er Jahre (Studien zur internationalen Architektur- und Kunstgeschichte 51)*, Petersberg 2007, S. 21-23. Mit ähnlichen Zielen wurden zahlreiche Lehrfilme zu Wohnungseinrichtung, Konsum und Städtebau produziert. Vgl. Florian Wüst, *Vom Dach über dem Kopf zum Eigenheim. Moderner Wohnungsbau im Lehr- Dokumentar- und Informationsfilm der 1950er Jahre*, in: Annette Maechtel und Kathrin Peters (Hrsg.), *Die Stadt von morgen. Beiträge zu einer Archäologie des Hansaviertels Berlin*, Köln 2008, S. 230-235.

¹⁹ Zietzschmann und David, *Wie wohnen 1949*, S. 18.

²⁰ Zur Frankfurter Küche vgl. das Manifest der „Erfinderin“: Grete Lihotzky, *Rationalisierung im Haushalt*, in: *DAS NEUE FRANKFURT 1 (1926/27) Hf. 5*. Zur „Frankfurter Küche“ im Zusammenhang mit der Veränderung von Wohnalltag und Rollenbildern vgl. Kristiana Hartmann, *Alltagskultur, Alltagsleben, Wohnkultur*, in: Gert Kähler (Hrsg.), *Geschichte des Wohnens. Bd. 4. 1918 -1945 Reform, Reaktion, Zerstörung*, Stuttgart 1996, S. 183-301, hier: S. 275-277; Martina Heßler, „Mrs. Modern Woman“. Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Haushaltstechnisierung, Frankfurt [u. a.] 2001, 291-293. In den 1950er Jahren wird das Problem im Rahmen der Diskussion um die sogenannte „Schwedenküche“ erneut diskutiert. Vgl. Ulrike Lindner, *Rationalisierungsdiskurse und Aushandlungsprozesse. Der moderne Haushalt und die traditionelle Hausfrauenrolle in den 1960er Jahren*, in: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe (Hrsg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik (Forschungen zur Regionalgeschichte 44)*, Paderborn 2003, S. 83-106, hier: S. 88-80.

Die Erfahrungs- und Lebenswelt von Familien und Frauen in Städten ist bisher fast nur über Wohnformen und -strukturen untersucht. Stadt- und architektursoziologische Studien betrachten etwa die Auswirkung von Wohnumgebung und Stadtquartier auf Lebenswelten der Familie.²¹ Desweiteren gibt es im Zuge des aktuellen Trends in der Zeitgeschichtsforschung, sich mit den 1970er und 1980er Jahren zu befassen, erste Untersuchungen zu neuen Wohnformen wie Wohngemeinschaften, die vor allem im Kontext alternativer Milieus innerhalb von 10 Jahren von 2000 WG's im Jahr 1971 auf ca. 40.000 im Jahr 1980 angestiegen sind.²² Migrantische Lebenswelten geraten dabei langsam mit in den Blick; noch fehlen jedoch einschlägige Untersuchungen zu migrantischen Familien in Großstädten in der Zeit des Strukturbruchs der 1970er Jahre.²³ Für die Zeit nach 1989 böten sich Untersuchungen zum gewandelten städtischen Lifestyle bzw. zum Bild- und Selbstbild von sogenannten „Latte-Macchiato-Müttern“ – an, die sich besonders in den vier größten Städten der Bundesrepublik – Berlin, Hamburg, München und Frankfurt – beobachten lassen.²⁴ Zu diesem Lebensgefühl scheint auch ein neues Bedürfnis nach Sicherheit in der Stadt zu gehören. Nicht nur, dass sich in den letzten Jahren das Tragen von Fahrradhelmen bei Kindern, häufig jedoch auch bei den Eltern durchsetzte, es

²¹ Vgl. Susanne Frank, Architekturen: Mehr als ein „Spiegel der Gesellschaft“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25 (2009), S. 16–21; Heike Delitz und Joachim Fischer: Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie, Bielefeld 2009; Ulfert Herlyn, Leben in der Stadt. Lebens- und Familienphasen in städtischen Räumen, Opladen 1990.

²² Zit. nach Axel Schildt und Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 342. Statistik aus der Studie von Herlyn, vgl. Herlyn, Leben in der Stadt 1990, S. 83. Bisher gibt es keine systematische Darstellung des Phänomens der Wohngemeinschaft. Ein erster Überblick findet sich bei Detlef Siegfried, „Einstürzende Neubauten“. Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Präferenzen kommunistischer „Kader“ als Formen jugendlicher Subkultur, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 39-66. Zu alternativen Lebensstilen vgl. Sven Reichardt und Detlef Siegfried, Das alternative Milieu. Konturen einer Lebensform, in: dies. (Hrsg.), Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968 - 1983 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 47), Göttingen 2010, S. 9–24.

²³ Zum Zuzug von Migrantinnen in die verfallenden Innenstädte vgl. Manuela Bojadzjev und Massimo Perinelli, Die Herausforderung der Migration. Migrantische Lebenswelten in der Bundesrepublik in den siebziger Jahren, in: Sven Reichardt und Detlef Siegfried (Hrsg.), Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968 - 1983 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 47), Göttingen 2010, S. 131-145, besonders S. 140-141.

²⁴ In diesem Zusammenhang wären Studien zur Anpassung städtischer Ökonomien auf diese neue Mütter-Generation interessant. Etwa Cafés, die ihre Öffnungszeiten bewusst auf die Bedürfnisse junger Mütter einstellen und schon um 7 Uhr öffnen, wie im Kopenhagener Stadtteil westlich des Hauptbahnhofs beobachtet. Veränderungsprozesse im Berliner Prenzlauer Berg nach 1989 beschreibt Thomas Dörfler, Gentrification in Prenzlauer Berg? Milieuwandel eines Berliner Sozialraums seit 1989, Bielefeld 2010. Zum kulturellen Wandel in den 1990er Jahren vgl. Axel Schildt und Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 474-476.

bildeten sich zudem auch Verhaltensweisen, wie Edo Reets in einer Glosse treffend formuliert, „als wäre der Alltag eine einzige lebensgefährliche Expedition. Sobald das Kind da ist, wird ein riesiges Auto angeschafft, das wie ein Panzer von allen Seiten schützt; mit dem Fahrrad fahren sie auch bei Schrittgeschwindigkeit nur noch mit Helm, das Licht oft schon am helllichten Tag eingeschaltet.“²⁵ Die Stadt wird immer noch mit Gefahren assoziiert, was jedoch immer seltener zu einer Abwanderung von Familien auf das Land führt – wie Susanne Frank in ihrem Beitrag zeigt –, sondern eher zu einer „Aufrüstung“ der Städte und der persönlichen Sicherheitsmaßnahmen. Untersuchungen zu Sicherheit in der Stadt konzentrieren sich bislang jedoch eher auf die sich ausbreitende Kameraüberwachung in Großstädten²⁶, weniger auf das subjektive Sicherheitsgefühl in der Stadt.²⁷

Ein noch wenig bearbeitetes Forschungsfeld bildet die Geschichte des Kinderwagens im Stadtbild. Eine Untersuchung könnte die Entwicklung seit Mitte des 19. Jahrhunderts in den Blick nehmen: von den ersten Kinderwagen in der Kaiserzeit über Kinderwagenparkplätze in bundesrepublikanischen Verwaltungsbauten, den vor der DDR-Kaufhalle geparkten Kinderwagen bis zur Erfindung von Hochtechnologie-Kinderwagen, die mittlerweile über einen eigenen Gebrauchtwagenmarkt gehandelt werden.²⁸

Wird in Zeitschriften der aktuellen Genderforschung bzw. der kulturwissenschaftlichen Forschung über das Konstrukt „Familie“ diskutiert, so kommt der Ort der Familie – z.B. die Stadt – nicht vor.²⁹ Dabei müsste die Untersuchung lokal geprägter, spezifischer (Stadt)Räume von und für Familien sowie Frauen ein Untersuchungsfeld in der Stadtgeschichte- und -forschung bilden. Die kommende Ausgabe der Zeitschrift *Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte* greift mit dem Themenheft „(Historische) Geschlechterräume und -orte“, das 2012 erschei-

²⁵ Edo Reets, Spielt nicht mit den Wickelvätern, in: FAZ, 07.11.2008.

²⁶ Vgl. Dietmar Kammerer, Bilder der Überwachung, Frankfurt am Main 2008; Volker Eick, Jens Sambale und Eric Töpfer (Hrsg.), Kontrollierte Urbanität. Zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik, Bielefeld 2007; Jan Wehrheim, Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung, Opladen 2006, besonders S. 73-102.

²⁷ Vgl. unter anderem die Fallstudien zu Hamburg-Wilhelmsburg, Amsterdam und Barcelona, in: Klaus Sessar, Wolfgang Stangl und René van Swaaningen (Hrsg.), Großstadtängste. Untersuchungen zu Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitspolitiken in europäischen Kommunen, Wien 2007.

²⁸ Eine Abbildung eines Kinderwagenparkplatzes in einem Hamburger Sozialamt findet sich in: Carl Heinz Trinckler, Hamburg baut, 1945-1965. Ein Bericht über den Aufbau Hamburgs in den Hamburger Schriften zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, Baubehörde Hamburg 41, Hamburg 1965, S. 62.

²⁹ Ein Beispiel ist ein Themenheft der Zeitschrift „feministische studien“, das 2010 zum „Komplex Familie“ herausgegeben wurde. Vgl. http://www.feministische-studien.de/index.php?id=25&no_cache=1&paper=43&intro=1 (09.06.2011).

nen wird, diesen Themenkomplex auf.³⁰ Auch spezifische Formen der Raumaneignung fanden bisher keine Beachtung in der historischen Stadtforschung. So gibt es bisher wenig Untersuchungen zu *Community Gardening*, eine Bewegung mit mittlerweile fast 50-jähriger Geschichte, die Ende der 1960er Jahre in den USA als Protestbewegung gegen Verfallsprozesse amerikanischer Innenstädte entstand und schon in den 1970er Jahren durch Kommunen und Stadtverwaltungen als Instrument der Stadtentwicklung eingesetzt wurde. In den USA und in Europa hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die oft maßgeblich von Frauen getragene Bewegung – prominentestes Beispiel ist Michelle Obama – verbreitet.³¹ Gerade im Kontext der Erforschung der Neuen Sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren könnten die *Community/Guerilla Gardening*- bzw. Gemeinschaftsgarten-Bewegungen als spezifisch städtisches Phänomen genauer untersucht werden.³²

Stadt und Kinder

Kinder kommen im Kontext der historischen Stadtforschung wie auch in der Kulturgeschichte nur selten vor.³³ Die Tagung „Kinder in den Großstädten seit dem Mittelalter bis zur Industrialisierung“³⁴ hat 2010 Fragestellungen zu Erfahrungswelten von Kindern in der Stadt entwickelt. Allerdings konzentrierten sich die meisten

³⁰ http://www.addf-kassel.de/download/publikationen/Ariadne61_CfP.pdf (09.06.2011). Bisher ebenso wenig erforscht sind sogenannte „Queer Spaces“, die die Verortung von Homosexuellen und Transgender in der Stadt untersuchen. Vgl. Daphne Spain, *Gendered Space*, Chapel Hill 1998; Aaron Betsky, *Queer Space. Architecture and same-sex desire*, New York 1997.

³¹ Michelle Obama engagiert sich in der *American Community Gardening Association* (ACGA) und lässt sich regelmäßig medienwirksam bei der Gartenarbeit vor dem Weißen Haus ablichten. Jüngstes Beispiel ist das Titelblatt der FAZ vom 7. Juni 2011. Zu *Community Gardening* vgl. Irmtraud Grünsteidel, *Community Gardens – Grüne Oasen in den Ghettos von New York*, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen und Anne Holl (Hrsg.), *Die Wiederkehr der Gärten – Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung*, Innsbruck 2000, S. 125-138; Maria Spithöver, *Gemeinschaftsgärten in der Großstadt. Frauen als Trägerinnen von Nachbarschaft*, in: Heide Inhetveen und Mathilde Schmitt (Hrsg.), *Frauen und Hortikultur. Beiträge der 4. Arbeitstagung des Netzwerks Frauen in der Geschichte der Gartenkultur in Göttingen im September 2003* (Rurale Geschlechterforschung 8), Hamburg 2006, S. 25–36; Marit Rosol, *Gemeinschaftsgärten in Berlin. Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung*, Berlin 2006.

³² Vgl. Cordia Baumann, Nicolas Büchse und Sebastian Gehrig (Hrsg.), *Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren*, Heidelberg 2011.

³³ Vgl. zur Kinderkultur Axel Schildt und Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009, S. 344-356.

³⁴ Vgl. den Tagungsbericht zu „Kinder in den Großstädten seit dem Mittelalter bis zur Industrialisierung. 12.10.2010-13.10.2010, Prag“, in: H-Soz-u-Kult, 19.11.2010, in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3383> (08.06.2011). Bisher ist noch kein Tagungsband erschienen.

Beiträge auf städtische Institutionen wie die Kinderfürsorge und Schulen und nahmen damit die Kinder als Akteure weniger in Blick. Anders im Bereich der Stadtplanung, in dem Kinder und ihre Wünsche an die Stadt durch Partizipationsprojekte in Planungsprozesse eingebunden und dafür neue Planungsinstrumente entwickelt werden.³⁵ Auch in den zahlreichen Kunstprojekten, die oftmals an sogenannten sozialen Brennpunkten als städtische Interventionen durchgeführt wurden, sind Kinder als Akteure präsent. Ein Beispiel für den Versuch, durch Kunstintervention Integrationsprozesse im Wiener Stadtteil Ottakring anzustoßen, indem die dort lebenden Kinder und Jugendlichen durch Partizipationsmechanismen in die Um- und Neugestaltung ihres Stadtteils mit einbezogen wurden, sind z.B. die Projekte der Wiener Künstlerin Ula Schneider.³⁶ Diesen aktuellen Bezug um die Nutzung von Stadträumen durch Kinder und Familien stellen die letzten beiden Beiträge von Elke Krasny und Ingrid Breckner her. In einem für die *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* ungewöhnlichen Textformat geht die Kunsttheoretikerin Elke Krasny, die seit Jahren Partizipations- und Kunstinterventionsprojekte beobachtet und mitinitiiert, den Wünschen von Kindern an die Stadt nach. In ihrem manifestartigen Text beschreibt sie die Reaktionen von Kindern auf einen Stadtraum, der unter anderem speziell für Kinder gestaltet wurde: es handelt sich um das partizipative Projekt „Park Fiction“ in Hamburg-St. Pauli, in dem Anwohner des Stadtteils in gemeinsamer Arbeit mit Künstlern und Aktivisten einen künstlichen Park am Hafenanrand planten und 2005 eröffneten. Die Durchsetzung des Parks gegen eine geplante Bebauung des Areals wurde von den Aktivisten vor allem als Kampf um die Teilhabe an der Stadt interpretiert.³⁷ Im abschließenden Beitrag dieses Themenschwerpunktes wechselt noch einmal die Perspektive. Ingrid Breckner, Stadtplanerin und Stadtsoziologin an der HafenCity Universität Hamburg, eruiert, wie die Forderung nach Raum für Kinder und Familien konkret in Stadtplanungsprozesse einbezogen werden kann.

³⁵ Vgl. Hartmut Wedekind, Kinder beteiligen, in: Susanne Anna und Annette Baumeister (Hrsg.), *Play! Spielraum Stadt für Kinder und Erwachsene* [anlässlich der Ausstellung *Play! - Spielraum Stadt für Kinder und Erwachsene*, Stadtmuseum der Landeshauptstadt Düsseldorf, 16. Januar bis 29. Mai 2005] (Schriftenreihe Stadtmuseum), Ostfildern 2008, S. 84-87. Zu Entwicklung von Planungsinstrumenten vgl. die Beiträge von zwei Stadtplanern: Peter Apel, *Spielleitplanung. Ein neues Planungsinstrument zur Verankerung von Kinderfreundlichkeit in der Stadtplanung*, in: Ebd., S. 55-58, sowie Christa Reicher, *Kinder brauchen Städte!*, in: Ebd., S. 46-51.

³⁶ Eine Bilanz der zehnjährigen Arbeit im Stadtteil wurde 2008 veröffentlicht. Vgl. Ula Schneider und Beatrix Zobl (Hrsg.), *Soho in Ottakring. What's up? Was ist hier los?*, Wien 2008.

³⁷ Zum Geschichte der sehr heterogenen Bewegung um das Park-Fiction-Projekt vgl. Wanda Wiczorek, *Park Fiction. Analyse eines selbstorganisierten Planungsprozesses zwischen Kunst, Gemeinwesenarbeit und Urbanismuskritik in Hamburg-St. Pauli*. unveröffentlichte Magisterarbeit Universität Lüneburg, Lüneburg 2005.

Der Zusammenhang von Stadt und Familie ist ein viel zu wenig beachtetes Feld in der historischen Stadt- und Urbanisierungsforschung. Gerade in der Kombination von historischem Längsschnitt und gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Forschungen könnten die bisher präsenten Themen wie städtisches Wohnen und Stadtplanung durch Untersuchungen etwa zu städtischem Lebensstil, Stadtteil-Identitäten sowie Stadtteil-Kultur, Stadtnutzung von Kindern und Familien sowie die Sichtbarkeit von Familien in der Stadtöffentlichkeit ergänzt und neue Forschungsperspektiven aufgezeigt werden.

Abbildungsnachweis:

Abb. 1: Sylvia Necker.

**Dr. Sylvia Necker, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg,
necker@zeitgeschichte-hamburg.de**

Stadt Raum Körper. Ordnungsunternehmungen nach dem Zweiten Weltkrieg

„Vor uns liegt die Aufgabe einer neuen Ordnung, Ordnung in einem letzten und äußersten Sinn: Wiederherstellung der ORDO!“ schrieb der Architekt Hans Schwippert im Jahr 1944 mit Bezug auf die gerade erfolgte Bombardierung Aachens.¹ Sein Text erschien drei Jahre später als erster Beitrag der neu gegründeten Fachzeitschrift für Architektur *Baukunst und Werkform*. Dass Schwippert mit dem, was zu ordnen sei, nicht die zertrümmerte Stadt allein meinte, wird schnell deutlich: „Nichts wird erreicht sein, wenn wir mit jeder Ruine, die wir aufräumen, mit jeder Straße, die wir ebnen, mit jeder Notbehausung, die wir zustande bringen, nicht gleichzeitig den inneren Schutt beseitigen, die seelischen und geistigen Wege bahnen und die Wohnungen der Tugenden und des Verstandes wiedererrichten“, heißt es in seinem Text weiter.²

Schwipperts Sätze sind frühe Formulierungen eines sehr umfassenden Ordnungsdiskurses nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem zwei als in katastrophaler Unordnung wahrgenommene und dringend in Ordnung zu bringende Strukturen unmittelbar miteinander verbunden wurden: die Gesellschaft und ihre Stadt beziehungsweise der Mensch und seine Behausung. Das Thema an sich ist ein altes, die ordnungslose Stadt ist keine Figur, die erst mit den Kriegszerstörungen entstand. Sie ist seit Beginn der Industrialisierung zentraler Bestandteil von Großstadtkritiken, genauso wie die Vorstellung, dass eine geordnete Stadt die Grundlage für eine geordnete, also sozial „gesunde“ Gesellschaft ist.³ Mit dem Ende der Zweiten Weltkriegs erfuhren diese Bilder jedoch eine deutliche Verstärkung: Die Äußerungen über das Chaos der Großstadt mischten sich mit dem Beschauen der Trümmerland-

¹ Hans Schwippert, Theorie und Praxis, in: *Baukunst und Werkform*, H. 1/1947, S. 17.

² Schwippert, S. 17-18.

³ Vgl dazu unter anderem Susanne Frank, *Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Opladen 2003.

schaften, die die gebaute Gestalt der Städte auf wesentlich unmittelbarer Weise als je zuvor in Frage zu stellen schienen. In der Sprache vieler Planer hatte sich die Stadt – ungeachtet der vielen nach dem Krieg noch bestehenden Strukturen – durch die Bombardierungen in eine freie Fläche verwandelt, bereit bebaut zu werden, bedeckt zu werden mit einer neuen Ordnung von Straßen und Gebäuden. Die Kriegszerstörungen wurden von den meisten derjenigen, die sich in planerischem Interesse mit dem Stadtaufbau befassten, kaum als Verlust, sondern vielmehr als Chance verstanden, „durch neue Lebensstrukturen des Stadtgefüges Einfluß auf die Lebensordnungen unserer Gesellschaft [zu] nehmen“.⁴

Gleichzeitig über die Stadt als auch über die Gesellschaft sprechend, behauptete einer der Redner auf dem ersten Treffen des Werkbunds nach dem Zweiten Weltkrieg im August 1945: „Eine Zeit des falschen Scheins liegt jetzt in Trümmern. Wir stehen vor einer tabula rasa und damit vor völlig neuen Anfängen.“⁵ Mit den – kaum je explizit gemachten, aber in fast allen diesen Aussagen mitschwingenden – Verweisen auf die gerade erst Vergangenheit gewordene Wirklichkeit von Faschismus, Krieg und Niederlage ging es bezüglich der fehlenden Ordnung der Gesellschaft dabei zumeist um zwei Ebenen: Zum einen um das, was Schwippert die „Wohnungen der Tugenden und des Verstandes“ nannte, also um Geisteshaltung, Moral und politisches Selbstverständnis der Gesellschaft, und zum anderen um die räumliche und soziale (An-)Ordnung ihrer Subjekte.

Neuordnung von Stadt und Gesellschaft

Die alte Stadt, das „nicht mehr passende Stadt-Gehäuse“, in dem „das Leben des einzelnen, das Dasein der Familie und die Gemeinschaft aller Bürger [...] in Unordnung geraten“ sei⁶, wurde dabei je nach Beschreibung mit erstaunlich unterschiedlichen Be- und Zuschreibungen versehen, die sich trotz ihrer scheinbaren Widersprüchlichkeit gegenseitig nicht im Weg standen. In Texten und Bildern der Nachkriegszeit wird die Stadt sowohl als steinerne Masse präsentiert, die starr und unbeweglich, „in überkommenen Stadtgefügen verkrustet, [...] in steinernen bodengebundenen Traditionen [verharrt] und gegenüber den Aufgaben, die unsere Zeit an

⁴ Karl Otto in: Interbau 1957. Amtlicher Katalog der Internationalen Bauausstellung Berlin 1957, vollständig, gegenüber der ersten Ausgabe veränderter und auf den neuesten Stand gebrachter Neudruck, Berlin 1957, S. 32.

⁵ Heinrich König auf der Gründungssitzung des Deutschen Werkbunds in Dresden, 24.8.1945, zitiert nach Werner Durth, Erweiterte Perspektiven – Stadt und Landschaft, in: Winfried Nerdinger (Hrsg.), 100 Jahre Deutscher Werkbund 1907/2007, München 2007, S. 234–237, hier: S. 234.

⁶ Oswin, Die Stadt von Morgen, Karikaturensammlung, Berlin 1957, o. P.

sie stellt [versagt]⁷, wie gleichsam auch als ein unaufhaltsam immer weiter wucherndes „amorphes Gebilde“, das sich in einer unkontrollierbaren Eigendynamik immer weiter ausbreitet und unüberschaubarer wird.⁸ Übergreifend über die verschiedenen Ausführungen war es ein Reden über Städte, in denen der Mensch weder Halt noch Orientierung fände, die ihm kein Heim sein könnten, die ihn verwirren und verführten.



Abb. 1: *Der Star*, Karikaturenzeichnung für die Interbau 1957 Berlin.

Diese Stadt war mit geschlechtlichen und sexuellen Markierungen versehen. Als labyrinthische, undurchschaubare und unverständliche Masse, in der sich der Einzelne verliert, die ihn in sich aufzunehmen und zu verschlingen droht, erhielt sie weiblich konnotierte Zuschreibungen und trat auf Bildern bisweilen sogar in der Gestalt eines weiblichen Körpers auf. Der Stadtkörper als „ein mit Bedeutung besetzter weiblicher Körper“⁹ ist eine alte Figur¹⁰, die sich im Diskurs über die Ordnungslosigkeit der kriegszerstörten Stadt nach 1945 fortschrieb. Wo ältere Stadtdarstellungen vielfach die Figur der Prostituierten verwenden, die als *public woman* die geschlechtlich markierte Grenze von Privatheit und Öffentlichkeit übertreten hat¹¹, finden sich im Diskurs über die Stadt nach 1945 etwas andere Frauenfiguren. Möglicherweise war der Körper der Hure in seiner Explizitheit zu drastisch für die Stadtbilder, die in den 1950er Jahren die ungeordnete schlechte Stadt von der geordneten guten Stadt unterscheidbar machen sollen. In den Karikaturzeichnungen, die auf der Internationalen Bauausstellung *Interbau* 1957 in Berlin zu sehen waren, erhielt das städtische Chaos den Körper eines Nummerngirls, dem die engen Straßenschluchten als Laufsteg dienen. Von allen Seiten recken sich dem riesigen, beinahe nackten Frauenkörper die Hände des kleinen Mannes entge-

⁷ Karl Otto, die Stadt von morgen. gegenwartsprobleme für alle, Berlin 1959, S. 12.

⁸ Siehe beispielsweise Walter Schmidt, Unser Bild vom Leben und der Aufbau unserer Städte. Vortrag im Deutschen Werkbund Bayern in München am 27. Februar 1948, in: Bauen und Wohnen 4 (1948), S. 90–95; und Hans Koch, Stadtkern der Klein- und Mittelstadt, in: Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG (Hrsg.): Amtlicher Katalog der Constructa Bauausstellung 1951 Hannover. 3. Juli - 12. August, Hannover 1951, S. 97–98.

gen, der Gefahr läuft, von den Verlockungen der Stadt geblendet von seinem Weg abzukommen.¹²

In einer Betrachtung der verschränkten Ordnungsvorhaben von Stadt und Gesellschaft ist eine solche Aufladung der zu ordnenden Stadt mit vergeschlechtlichten Körperbildern von zentraler Bedeutung. Beim Ordnen der Stadt und ihrer Räume sowie der in diese Räume hineinzudenkenden Subjekte ging es an zentraler Stelle um ein Ordnen von Körper und Geschlecht.¹³ Im Folgenden möchte ich einige Versuche dieses Ordners näher betrachten.

Stadt und Innenraum

Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren in Reden, Texten, Zeichnungen und Fotografien zu den Ordnungen der Gesellschaft und ihrer Räume vor allem die Stadt als Ganzes vieldiskutiertes Thema war und gesamtstädtische und in vielen Fällen entsprechend utopische Aufbaupläne Architekten und Stadtplaner begeisterten, verschob sich ab etwa 1949 der Fokus öffentlicher Diskussion und Präsentation vermehrt auf kleinere Einheiten, und der Blick wanderte von weitläufigen Plänen funktional gegliederter Stadtlandschaften verstärkt in die Innenräume der Wohnungen.

⁹ Sigrid Weigel, Zur Weiblichkeit imaginärer Städte. Eine Forschungsskizze, in: Gotthard Fuchs/Bernhard Moltmann und Walter Prigge (Hrsg.), *Mythos Metropole*, Frankfurt am Main 1995, S. 35–45; hier: S. 41.

¹⁰ Zur gefährlichen Weiblichkeit als Allegorie für eine labyrinthischen Stadt vgl. auch Frank 2003; Sigrid Weigel, „Die Städte sind weiblich und nur dem Sieger hold“. Zur Funktion des Weiblichen in Gründungsmythen und Städtedarstellungen“, in: Sigrun Anselm und Barbara Beck (Hrsg.), *Triumph und Scheitern in der Metropole. Zur Rolle der Weiblichkeit in der Geschichte Berlins*, Berlin 1987, S. 207–227; Elisabeth Wilson, *Begegnungen mit der Sphinx. Stadtleben, Chaos und Frauen*, Basel, Berlin und Boston 1993.

¹¹ Vgl. ebenfalls Frank, *Stadtplanung im Geschlechterkampf* 2003, Weigel, *Die Städte sind weiblich* 1987, Weigel, *Zur Weiblichkeit* 1995 und Wilson, *Begegnungen* 1993.

¹² Oswin, *Die Stadt von Morgen*, 1957.

¹³ Zur zentralen Rolle des Umgangs mit der Sexualität in den Bestrebungen, der Gesellschaft eine neue Ordnung zu geben vgl. Dagmar Herzog, *Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts*, München 2005. Herzog arbeitet detailliert heraus, welche Energie in der Bundesrepublik der 1950er Jahre auf die Reorganisation der sexuellen Beziehungen verwendet wird, wobei es in erster Linie um die Einschränkung einer ungezügelt wahrgenommenen Sexualität des 'Dritten Reichs' und der Nachkriegszeit ging. Herzog macht darauf aufmerksam, dass – anders als es heute angenommen wird – in den 1950er Jahren die Sexualpolitik des 'Dritten Reichs' keineswegs als repressiv angesehen wurde, sondern die Ansicht vertreten wurde, „die Nationalsozialisten hätten im Gegenteil sexuelle Freizügigkeit gefördert und diese sexuelle ‚Unmoral‘ sei sogar untrennbar mit dem barbarischen Völkermord verbunden gewesen.“ Entsprechend schienen „die Einschränkungen dieser sexuellen Freiheiten und die Wiederherstellung von Ehe und Familie zu den wichtigsten Aufgaben einer Gesellschaft [zu gehören], die den Nationalsozialismus überwinden wollte.“ Herzog 2005, S. 11.

Der kriegsbedingte Wohnungsmangel hatte eine intensive Beschäftigung mit dem häuslichen Raum unabdingbar gemacht. Städtebau nach dem Krieg bedeutete in erster Linie Wohnbau. Liest man die Texte, die Architekten, Stadtplaner und Politiker bezüglich des Aufbaus nach dem Krieg verfasst haben, wird jedoch schnell klar, dass es keineswegs nur darum gehen sollte, genügend Wohnungen für alle Menschen zu bauen, sondern, dass es – wie bei der Stadt als Ganzes, so auch bei der Wohnung als kleinem Teil darin – darauf ankam, Wohnraum zu schaffen, der es vermochte, durch seine Raumordnungen und die Formgestaltung seiner Einrichtungsgegenstände eine körperlich und moralisch gesunde, moderne und demokratische Gesellschaft herauszubilden und ihr ein ideales Heim zu sein. Wie diese Wohnungen im Einzelnen gestaltet sein sollten, darüber gab es unterschiedliche Ansichten. Einig war man sich in den diskussionsleitenden Institutionen wie insbesondere dem Werkbund und dem Rat für Formgebung aber darüber, dass es darauf ankäme, die Wohnungen von den Dingen, die „in Unordnung geraten, [...] von Gestalt zu Mißgestalt verfallen“¹⁴ seien, zu befreien, wobei insbesondere ein Zuviel an Möbeln und alles, was in seiner Formgebung nicht klar und schlicht genug war, sondern Verzierungen und Schnörkel aufwies, als erdrückend, unpraktisch und hässlich bewertet wurde und gegen ‚moderne‘ Gegenstände ausgetauscht werden musste. „Denn nicht nur wir formen die Dinge, die Dinge formen auch uns.“¹⁵

Diese Ideen tauchten in den 1950er Jahren bekanntlich nicht zum ersten Mal auf, unübersehbar sind die Bezüge zu Debatten der Vorkriegszeit, auch im Nationalsozialismus gab es ähnliche Bestrebungen. Die Zerstörungen durch den Krieg machten das Thema Wohnen jedoch auf eine bisher nicht dagewesene Weise populär. „Wie wohnen?“ wurde zu einer der wichtigsten Fragen des Wiederaufbaus. Als „Gehäuse“ und „formende Lebenshülle“¹⁶ der Gesellschaft und insbesondere der Familie wurden die Wohnung und das in ihr stattfindende Wohnen in einer unglaublichen großen Anzahl von Artikeln und Vorträgen, Ratgebern, Zeitschriften, Filmen und Unterrichtsmaterialien, aber auch Ausstellungen thematisiert, die ein „richtiges“ Wohnungen am Beispiel eingerichteter Schauwohnungen vorzuführen versuchten. Wohnberatungsstellen wurden eröffnet, in denen ArchitektInnen den Rat-suchenden mit Wohnungs- und Möbelmodellen, Grundrissplänen, Stoff- und Tapetenmustern bei Einrichtungsüberlegungen zur Seite standen.

¹⁴ Wend Fischer, Industrieform - gestern, heute, morgen, in: Rat für Formgebung (Hrsg.): Rat für Formgebung. Stiftung zur Förderung der Formgestaltung, ca. 1956, S. 1–2.

¹⁵ Stephan Hirzel, Deutsche Warenkunde. Eine Bildkartei des Deutschen Werkbunds, hrsg. mit Unterstützung des Rates für Formgebung, in: Rat für Formgebung (Hrsg.): Rat für Formgebung. Stiftung zur Förderung der Formgestaltung, ca. 1956, S. 8.

¹⁶ Otto, die Stadt von morgen, S. 12.

All diese Medien bildeten die Basis für ein breites Erziehungsprogramm, das nicht nur vermitteln wollte, wie die Wohnung einzurichten war, sondern auch, wie in ihr gewohnt werden sollte. Es ging darum, über das Lesen von Grundrissplänen die Ordnung des Wohnraums verstehen zu lernen, und ein Verständnis dafür zu entwickeln, welche Möbel zu welchem Zweck wie arrangiert werden sollten, aber auch, wie man sich selbst in der jeweiligen Rolle, etwa als Mutter, Vater oder auch Jungeselle in diesen Ordnungen zurechtfinden sollte, sich in sie einfügen sollte, wobei dem Körper immer eine zentrale Rolle zukam.

Die Wohnausstellungen waren wohl die spektakulärsten Präsentationen des Wohnens. Anders als Broschüren und Filme konnten sie die Wohnräume für die BesucherInnen direkt erlebbar machen. In einigen Fällen handelte es sich um temporäre Architekturen, die innerhalb größerer Gebäude, meist Ausstellungshallen, aufgebaut wurden und aus Stellwänden die Räume verschiedener Wohnungen entstehen ließen. Diese Wohnräume konnten zum Teil betreten, zum Teil von außen eingesehen werden, oft nicht nur ebenerdig, sondern auch von einer Galerie oder einem ähnlichen erhöhten Standpunkt, der den Blick durch das fehlende Dach der Kulissenbauten ins Wohnungsinnere ermöglichte. In anderen Fällen wurden Wohnungen in Neubauten vor dem ersten Bezug als Musterwohnungen möbliert und standen den BesucherInnen eine Zeitlang offen, bevor sie dann bezogen wurden.

Die Ausstellungen waren von verschiedenen Initiatoren konzipiert und unterschieden sich in dem, was sie an Räumen und deren Ausstattung vorführten. So lässt sich etwa die frühe Kölner *Werkbundaustellung für Jedermann. Neues Wohnen* von 1949 mit ihrer so genannten „Wohnung für das Existenzminimum“, einem aus wenigen Stellwänden angedeuteten Raum, in dem die Möbel je nach Tageszeit verschoben, auf- oder zusammengeklappt werden sollten, um auf kleinster Fläche sowohl ein Wohnzimmer als auch ein Schlafzimmer zu bilden, nur schwerlich mit den ganz anders möblierten zahlreichen Schauwohnungen vergleichen, die der Bund Deutscher Architekten unter dem Titel „Die heutige Wohnung“ auf der Bauausstellung *Constructa* 1951 in Hannover präsentierte, oder den Musterwohnungen, die auf der Internationalen Bauausstellung *Interbau* 1957 in den gerade fertig gestellten Wohnneubauten im Westberliner Hansaviertel gezeigt wurden. Es bereitet also gewisse Schwierigkeiten, die zahlreichen Projekte des ausgestellten Wohnens gemeinsam zu betrachten, da man Gefahr läuft, sie ähnlicher erscheinen zu lassen, als sie es waren. Dennoch möchte ich mit dem Blick auf die immense Popularität des ausgestellten Wohnens in den 1950er Jahren eine übergreifende Betrachtung unternehmen und die Frage dahingehend stellen, wie diese Ausstellungen als Präsentations- und Aushandlungsfläche der in ihnen zur Schau gestellten Ordnungen funktionierten. In dieser Hinsicht sind sie durchaus vergleichbar.



Abb. 2: „Wohnung für das Existenzminimum“, Schauwohnung auf der Werkbundaussstellung für Jedermann. Neues Wohnen 1949 Köln.

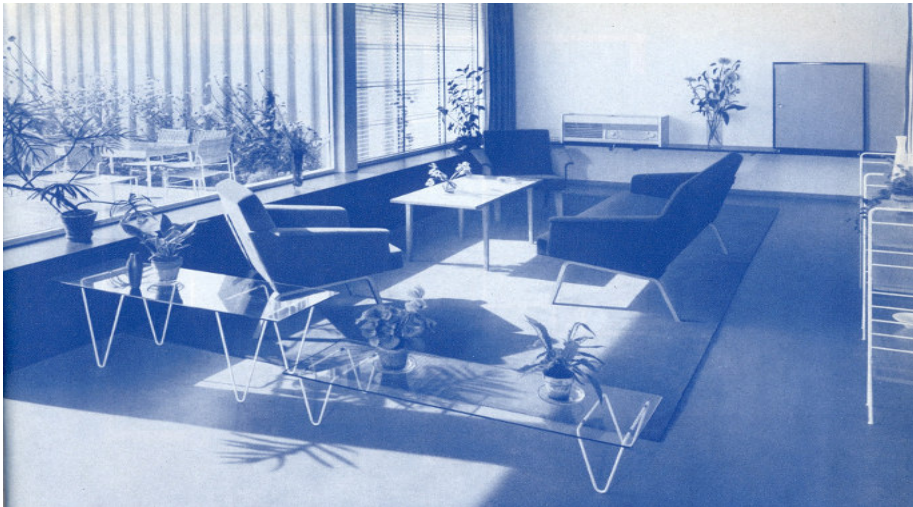
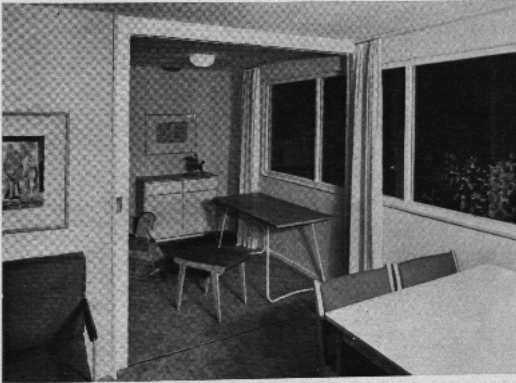


Abb. 3: Musterwohnung in einem Wohnhaus von Eduard Ludwig auf der Interbau 1957 Berlin.

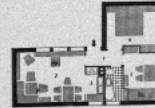
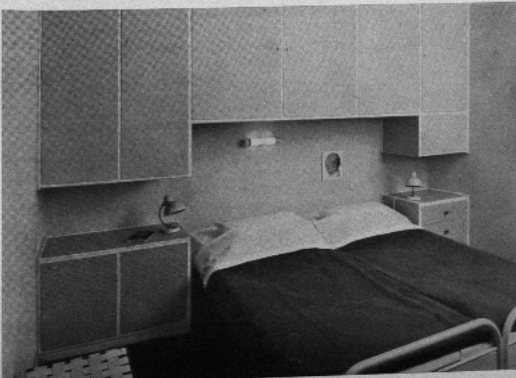


Wohnzimmer im eingeschossigen Einfamilienhaus (Doppel- oder Reihenhäuser). Entwurf Architekt BDA Professor Lauterbach, Kassel.

Eingangstür, Küche mit Wasch- und Spülküche vereinigt, Abstellraum, WC und Bad liegen auf der Sonnenseite. Wohn- und Schlafzimmer zum Garten sind zur Sonne hin. Diese Raumgruppe ist durch schichtbetrierte Wände trennbar, tagsüber aber vereinigt, so daß ein weiträumiger Eindruck entsteht. Statt der üblichen Kleiderschränke sind begehbare Kleiderkammern angeordnet, welche die Schlafzimmere mit den Nebenräumen (Bad, WC usw.) verbinden.



Blick aus obigem Wohnzimmer in das Kinderschlafzimmer mit zwei Betten. Dieses und das Elternschlafzimmer sind nicht nur durch große Schiebetüren vom Wohnzimmer aus zugänglich, sondern können auch durch je eine Tür vom Abstellraum bzw. vom Vorräumen betreten werden. Die Nutzfläche beträgt 59,43 qm. Grundriß siehe Heft 7/51, Seite 338. Fotos (6) Franz Lutz, Junior, Stuttgart.



Elternschlafzimmer mit eingebauten Wandschränken im Einfamilienhaus (Einkaufszentrum) auf Baustrommaß von 1,25 m bzw. 0,625 m). Entwurf Architekt BDA Professor Neufert, Darmstadt. Vom Eingangstür sind zugänglich Wohnraum mit Kochplatz, Elternschlafzimmer, Kinderschlafraum, Spardach mit Kaminheizung und Klappenschleusen räumlich WC auf 1,25 x 2,50 m Grundfläche. Der Typ ist als Einzel- oder Doppelhaus verwendbar. Die Nutzfläche beträgt 44,1 qm.

Abb. 4: Schauwohnung auf der Constructa 1951 Hannover.

Einrichten und Einfügen

Es waren allesamt Schauen, in denen viele Einzelteile gezeigt wurden – Möbel, Haushaltsgeräte, Geschirr, Vorhänge, Tapeten etc. – in denen aber vor allem *das Wohnen* Ausstellungsinhalt war. Die Räume der Wohnung waren sowohl Präsentationsfläche für die diversen Dinge des Wohnens als auch selbst Gegenstand der Betrachtung. Und vor allem waren sie der Raum, in und über dessen Ordnungen gesellschaftliche und insbesondere auch geschlechtliche Ordnungen produziert und verhandelt wurden.

Die Wohnung ist *der* Raum der Entwicklung des modernen bürgerlichen Subjekts, gleichermaßen Raum und Ort, in dem und an dem die „gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Formierung von Individuum, Familie, Geschlechterdifferenz und Privatheit, samt all ihrer sozialen Implikationen (Warenkonsum, geschlechtliche Arbeitsteilung, Familienstruktur etc.)“ situiert sind und ausgehandelt werden.¹⁷

Dieser Raum, der ausdrücklich ein „Privates“ zu versprechen schien, wurde in der medialen Öffentlichkeit auffallend sichtbar, schien in geradezu extrem expliziter Weise über sein Zur-Schau-gestellt-Werden und Betrachtet-Werden konstruiert zu werden.¹⁸ Die vielen bildreichen Publikationen wie Ausstellungskataloge, Warenbücher, Einrichtungsratgeber und Zeitungs- und Zeitschriftenartikel doppelten und ergänzten die Ausstellungen. Diese Bilder sind keine bloßen Illustrationen eines vieldiskutierten Themas, sie sind zentraler Baustein eines Diskurses um eine Ordnung des Wohnens. Es sind Fotografien von musterhaft eingerichteten Innenräumen, Möbelstücken, Geschirrrangements und Haushaltsgeräten, Zeichnungen, die in leichten Strichen das heitere Leben von Familien in gut gestalteten Wohnräumen erzählen, Pläne, Diagramme und Wegegrafiken, die erläutern, wie die Mühen der Hausfrau durch bessere Küchengestaltung erleichtert werden könnten, es sind Wohnungsgrundrisse, die mit ihren Linien und Flächen, Schraffuren, Einzeichnungen und Beschriftungen deutlich machen, wie der Wohnraum aufgeteilt sein soll, was innen und was außen ist, welche Handlungen wo stattfinden sollen

¹⁷ Irene Nierhaus, Rahmenhandlungen. Zuhause gelernt. Anordnungen von Bild, Raum und Betrachter, in: Viktor Kittlausz und Winfried Pauleit (Hrsg.), Kunst - Museum - Kontexte. Perspektiven der Kunst- und Kulturvermittlung. Bielefeld 2006, S. 55–72.

¹⁸ Zum Ausgestelltsein des modernen Wohnens vgl. Betariz Colomina, Privacy and Publicity. Modern Architecture as Mass Media, Cambridge, Mass. 1994; Beatriz Colomina, Das Wohnhaus als Schaustück, in: Russel Ferguson (Hrsg.), Am Ende des Jahrhunderts. 100 Jahre gebaute Visionen Ostfildern-Ruit 1999, S. 126–165; Linda Hentschel, Die Zimmerreise. Wohnsucht und Bildersucht in der visuellen Kultur der Moderne, in: Susanne von Falkenhausen u.a. (Hrsg.), Medien der Kunst. Geschlecht, Metapher, Code. Beiträge der 7. Kunsthistorikerinnen-Tagung in Berlin 2002, Marburg 2004, S. 111–121; Nierhaus, Rahmenhandlungen 2006.

und wer wo hingehört. Dabei wurden vergeschlechtlichte Zuweisungen unternommen, es wurden männliche und weibliche Rollenmodelle zur Verfügung gestellt.

Gemeinsam mit den Bildern, die die Wohnung ähnlich der Stadt als Plan erfahrbar machten, lieferten die Ausstellungen beispielhafte Skripte von Raumordnungen und Subjektbeziehungen, in die sich die BetrachterInnen und AusstellungsbesucherInnen beim Beschauen und – wo es möglich war – auch Betreten der ausgestellten Räume selbst als BewohnerInnen einfügen sollten und konnten. Es ging um ein gleichzeitiges (räumliches und soziales) Einrichten wie (ebenfalls räumliches und soziales) Ausrichten des Subjekts. Über die zur Schau gestellten Wohnräume und die tausendfache visuelle Wiederholung dieser und ähnlicher Räume wurde ein Sehen der Ordnungen eingeübt. Und über die Ordnung des Wohnraums und seiner Dinge wurde zugleich eine Ordnung der zu BewohnerInnen gewordenen BeschauerInnen unternommen.

Familien und Frauen

Die Identifikationsmuster, die die Ausstellungen an die BesucherInnen machten, waren dem geschlechterpolitischen Diskurs (wenn auch nicht der Realität) der westdeutschen 1950er Jahre entsprechend vor allem Familienmodelle mit einem erwerbstätigen Vater und einer sich um Haushalt und Kinder kümmernden Mutter. Der Familienminister Franz-Josef Wuermeling benannte die Familie klar als „erste Ordnungszelle und Grundlage der Gesellschaft“.¹⁹ In der Familie wurde der „Ort der moralischen Erneuerung Deutschlands“²⁰ vermutet, sie war das „Schlüsselargument in der Diskussion um eine Stabilisierung der sozialen Ordnung“²¹, wobei mit der Normalisierung der Lebensverhältnisse nach dem Krieg vor allem die Herstellung klar definierter Geschlechterrollen gemeint war.²² Die Aufgabe des Mannes war es nicht länger, als Soldat sein Vaterland zu verteidigen, er hatte nun – heimgekehrt und „gereinigt von der Gewalt des Krieges“²³ – in der Rolle des „schützenden, verantwortlichen Vaters“²⁴ sowie des Ernährers und Haushaltsvorstandes der Familie

¹⁹ Familienminister Franz-Josef Wuermeling 1953 „über die Rolle der Familie“, in: Werner Bührer (Hrsg.), Die Adenauer-Ära. Die Bundesrepublik Deutschland 1949-1963, München/Zürich 1993, 248–250, hier: 248.

²⁰ Uta Schwarz, Wochenschau, westdeutsche Identität und Geschlecht in den fünfziger Jahren, Frankfurt am Main und New York 2002, S. 4.

²¹ Ebd., S. 29.

²² Vgl. dazu Dagmar Herzog, Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, München 2005.

²³ Schwarz, Wochenschau 2002, S. 199.

²⁴ Ebd., S. 199.

die patriarchale Organisation der Gesellschaft wieder abzusichern. Neben dieser Neubestimmung der männlichen Rolle war es insbesondere die Rolle der Frau, die nach den Veränderungen während der Kriegszeit in die restaurative Familieninszenierung eingepasst und ins Innere des häuslichen Raums platziert werden musste.

Wohnungen „für Ehepaare mit Kleinkind [...], wie sie heute wohl am häufigsten gebraucht werden“²⁵ sowie für Familien mit mehreren Kindern standen im programmatischen Zentrum der Wohnausstellungen. Für wen die gezeigten Wohnungen jeweils gedacht waren, ließ sich nicht nur aus der Anzahl der Räume und eventuellen Vermerken wie „Schlafzimmer“ und „Kinderzimmer“ in den Grundrissen entnehmen, sondern auch aus den bildlichen und textlichen Skizzierungen der MusterbewohnerInnen, die in die präsentierten Räume hineingedacht werden sollten. So hing etwa über jeder der Schauwohnungen, die 1951 in einer langen Halle der Bauausstellung *Constructa* aufgebaut worden waren, nicht nur ein großes Schild, auf dem ein möblierter Grundriss der jeweiligen Wohnung zu sehen war, es fanden sich dazu außerdem in Gestalt schematischer Figuren (ähnlich solchen, wie sie an Toilettentüren zu finden sind) diejenigen, für die die Wohnung eingerichtet worden war:

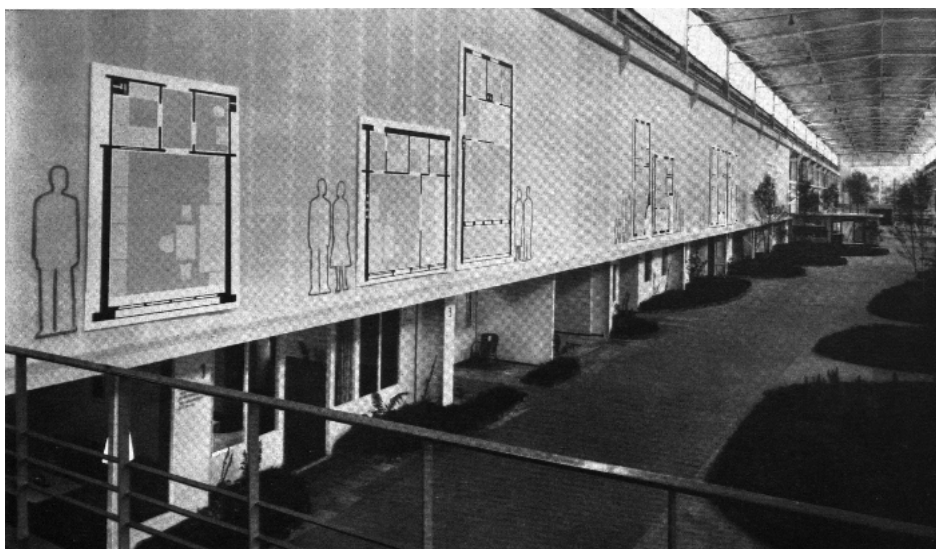


Abb. 5: Sonderschau „Die heutige Wohnung“ in der Halle 1 der *Constructa* 1951 Hannover.

²⁵ Annemarie Lancelle, Gehag und Werkbund Berlin gestalten Wohnungen, in: *Architektur und Wohnform, Innendekoration 1* (1953/54), S. 21.

An der Silhouette ihrer Kleidung waren sie als Männer oder Frauen zu identifizieren, mehrere solcher Figuren in unterschiedlichen Größen ergaben eine Familie. Zusätzlich zu diesen bildlichen Hinweisen gab es bei verschiedenen Ausstellungen für ausgewählte Schauwohnungen kleine Geschichten zu den imaginären BewohnerInnen. In einer Broschüre werden ein paar MusterbewohnerInnen der *Constructa*-Wohnungen in Text und Bild vorgestellt. In „Wohnung Nr. 7“ beispielsweise sollte „Familie Index“ wohnen: „Herr Index, 41 Jahre alt“, „Mutti Index, Hausfrau“, das „16jährige Töchterchen“ und der „14 Monate alte Bub.“²⁶ Kleine Zeichnungen zeigen die glücklichen BewohnerInnen im trauten Zusammensein, die Texte erzählen ein wenig vom Glück über ein neues Zuhause.

Neben dem deutlichen Schwerpunkt auf Familienwohnungen gab es aber auch Schauwohnungen, die für kinderlose Ehepaare und Alleinstehende gedacht waren. Sie fallen auf, weil sie als etwas Spezielles beschrieben wurden, das von der ‚Normalität‘ der Familienwohnung abwich, das man aber in dieser Nachkriegszeit in besonderer Weise eben auch benötigte. Es wurden verschiedene mögliche BewohnerInnen dieser Räume entworfen, wobei die zentralen Figuren die nach dem Krieg mit den Kindern allein lebenden Mütter sowie die „viele[n] Mädchen“ waren, für die aufgrund des ‚Frauenüberschusses‘ „kein Lebensgefährte und Ehepartner vorhanden sein wird, mit dem sie ein Heim gründen könnten“.²⁷ Von diesen nahm man an, dass eine ansprechende Wohnung ihre als besonders schwierig beurteilte Situation erleichtern würde: „Viele alleinstehende Frauen, die für die vaterlose Familie sorgen, und die unverheirateten Berufstätigen würden durch einen eigenen Raum, in dem sie ihre fraulichen Wünsche und weiblichen Talente als Heimgestalterin entwickeln können, Glück und Kraft finden, ihr nicht leichtes Schicksal zu bewältigen.“²⁸

Körperordnungen

Auch wenn der Mann irgendwie wohnen musste, war es die Frau, die über Texte, Zeichnungen, Fotografien etc. wieder und wieder im Inneren des Hauses positioniert wurde. Sie war diejenige, der die Pflege und Führung des Haushalts zugewiesen war und somit die Hauptzielgruppe der Anleitungen zum richtigen Wohnen, sei es in Ausstellungen, Zeitschriften oder Ratgebern. Vor allem aber war sie auch

²⁶ Niedersächsisches Sozialministerium – Abtlg. Aufbau, Frau Heim Küche. Interessantes für die Frau. Zweckmäßige preiswerte zeitgemäße Wohnformen Constructa 1951 Ausstellungshalle 1, hg. in Zusammenarbeit m. d. Frauenbeirat u. d. Leitung der Constructa Bauausstellung 1951, unter Verwendung v. Arbeitsergebnissen des Instituts für Bauforschung e. V. Hannover, Hannover 1951.

²⁷ Ebd., S. 15-16.

²⁸ Ebd., S. 16.

diejenige, die in besonderer Weise einer Einfügung in den häuslichen Innenraum zu bedürfen schien. Begründet wurde dies sowohl mit einer speziellen weiblichen Wesenhaftigkeit als auch mit einer spezifisch weiblichen Körperlichkeit. Ein Beispiel dafür ist die Bemerkung des Mediziners Paul Vogler in einer Diskussion der Vorbereitungsgruppe der Sonderschau „die Stadt von morgen“ auf der *Interbau* 1957. Es ging darum, ob die außerhäusliche Erwerbstätigkeit der Frauen zu befürworten sei oder nicht, wobei das Gespräch um die Frage kreiste, was passiere, wenn die Frau sich anstatt im Inneren der Wohnung in der außerhäuslichen Sphäre der Erwerbsarbeit bewege. Nachdem mehrere GesprächsteilnehmerInnen sich geäußert hatten, wie wichtig es für den Zusammenhalt der Familie sei, dass die Frau – die immer als Mutter gedacht wurde – zu Hause bliebe, formulierte Vogler seine Bedenken. Er befürchtete „Zivilisationsschäden bei den Frauen“, wenn sie in ihren „wertvollen, biologisch so außerordentlich wechselvollen Jahren“ berufstätig seien und so „über den Menstruationszyklus hinweggehen“.²⁹ Der weibliche Körper, als dessen vorrangige Aufgabe definiert wurde, schützender Mutterleib für die nächste Generation einer sich im Neuentstehen begreifenden Nation zu sein, schien selbst eine schützende Hülle am meisten zu benötigen.

Das Ordnen im Wohnen der 1950er Jahre war ein Ordnen der Räume, der Dinge und der Geschlechter. Es war in seinen Verschränkungen ein verräumlichtes Ordnen von Geschlecht und ein vergeschlechtlichtes Ordnen von Räumen und Dingen, und es war ein Ordnen der Körper und des Körpers. Das Einfügen der AusstellungsbesucherInnen als mögliche BewohnerInnen der zur Schau gestellten Wohnungen war ein deutlich körperlich gedachtes Einfügen, bei dem es nicht nur darum ging, die moderne Wohnung mit modernen Möbeln zu füllen, sondern auch mit modernen Körpern, die sich zurechtfinden in den Ordnungen dieser Wohnungen, im Umgang mit den Möbeln, Dingen und Geräten. Vor allem aber ging es dabei um *vergeschlechtlichte* Körper, deren Ordnung in und über räumliche Strukturen auf mehreren Ebenen verhandelt wurde. Zum einen wurden Geschlechterrollen durch die räumliche Positionierung von Körpern definiert, zum anderen erfuhren die zu ordnenden Räume eine bemerkenswerte sprachliche und bildliche Überlagerung mit dem Körper, speziell einem weiblich gedachten Körper.

Ein Beispiel, in dem die Überblendung des weiblichen Körpers mit dem Innenraum eine sehr direkte Visualisierung erfuhr, ist der Einrichtungsratgeber „Geschmack ist erlernbar. Grundlagen für die Gestaltung von Raum + Fläche“, in dem

²⁹ Die Arbeitsgespräche wurden mitstenografiert, sind aber, da „Vertraulich – Nur zu persönlichem Gebrauch“ unveröffentlicht geblieben. Paul Vogler, in: Internationale Bauausstellung Berlin 1957 (Interbau), Thematische Schau: Die Stadt von morgen, 1. Arbeitsgespräch, 28./29. Oktober 1955, S. 23-24, unveröffentlichtes Manuskript.

raumgestalterische Grundlagen vermitteln werden sollten.³⁰ Das Buch ist 1956 erschienen und fand rasch weite Verbreitung. Um zu erläutern, welche Auswirkungen die Wahl der Tapete beziehungsweise Wandfarbe auf die Raumwahrnehmung haben, beginnt der Abschnitt zum Thema „Das richtige ‚Wand-Kleid‘ für einen Raum mit schlechten Maßen“ mit einer Reihe von gezeichneten Frauenkörpern.

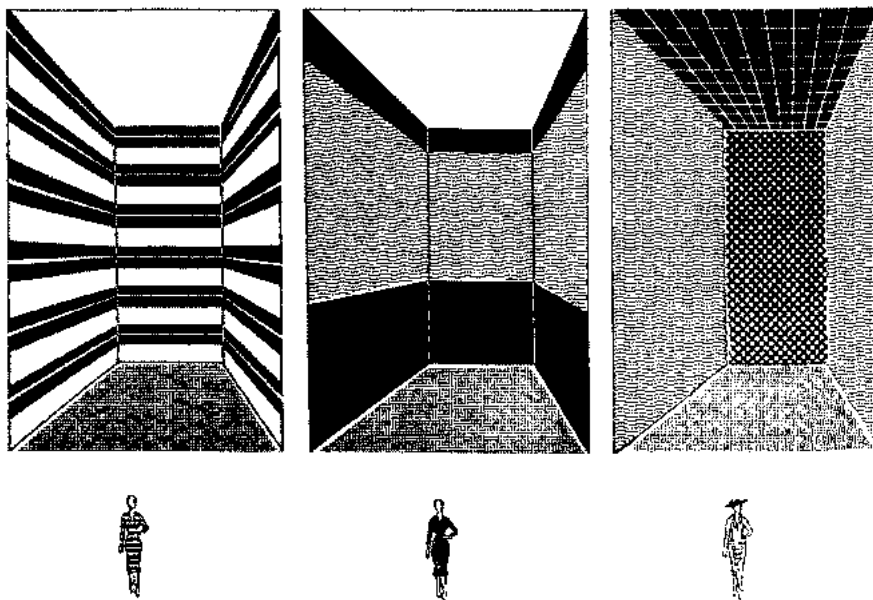


Abb. 6: Zeichnung aus dem *Einrichtungsratgeber Geschmack ist erlernbar*, 1956.

Ihre Körperformen und ihre unterschiedlich gemusterten Kleider sollen als Beispiel für gut oder schlecht gestaltete Räume gelesen werden. Auf sechs kleine dicke Frauenkörper folgen sechs große dünne, jede Figur trägt ein langes Kleid, mal einfarbig, mal zweifarbig, mal gestreift, mal gepunktet. Auf den folgenden Seiten werden jeweils ein Raum und ein Körper zueinander gestellt, wobei immer ein Frauenkörper und ein Zimmer in der gleichen Weise ‚bekleidet‘ werden. Der Text erläutert, wie direkt das ohnehin Offensichtliche als Gleichung verstanden werden soll: „a) eine kleine, dicke Dame = ein kleiner, quadratischer Raum, b) eine lange, schlanke Dame = ein langer, rechteckiger, hoher Raum.“ Die Dame *ist* der Raum. Der weibliche

³⁰ Arthur Lutz, *Geschmack ist erlernbar*. Grundlagen für die Gestaltung von Raum und Fläche, München 1956.

Körper und das Zimmer werden als zwei unterschiedliche Variationen einer Figur besprochen, der je nach Proportionen zu Längs- oder Querstreifen, ruhigen oder wilden Mustern, kräftigen oder zurückhaltenden Farben geraten wird. Der Frauenkörper wird zum Raumkörper und umgekehrt.³¹

Die verschiedenen Ebenen einer Verschränkung von weiblichem Körper und Raum, die in diesem Artikel nur kurz angerissen werden konnten, fanden in einer Aufrufung und Erneuerung der dichotomen Konstruktion einer hierarchisch geordneten Zweigeschlechtlichkeit statt, in der eine geistige Männlichkeit einer körperlichen Weiblichkeit gegenübergestellt wurde.

Der weibliche Körper schien immer entweder in Gefahr oder selbst gefährlich, manchmal auch beides. Die Unternehmungen eines Ordnen von Stadt-, Wohnraum und Gesellschaft sind explizit als Unternehmungen zu verstehen, diesen Körper zu zähmen, zu positionieren und einzuhausen, seine gleichzeitig prekäre und ubiquitäre Leiblichkeit zu schützen und zu bändigen. Im Diskurs über die Neuordnung der Stadt galt es, eine Weiblichkeit beziehungsweise eine Frauenfigur zu rekonturieren, die die geordnete „Stadt von morgen“ benötigte. Dabei wurde die Inszenierung einer gefährlichen Weiblichkeit als Allegorie für die labyrinthische Stadt mit dem Bild der fürsorglichen Mutter und liebevollen Ehefrau kontrastiert, die in einer neuen Ordnung der Stadt in die Sphäre des häuslichen Innenraums verwiesen wurde. Zentralen Stellenwert für diese mütterlich sorgende Figur hat die Familie, als deren Zentrum sie vorgestellt wurde, sowohl sozial als auch räumlich.

Abbildungsnachweise

Abb. 1: Oswin, Die Stadt von morgen. Karikaturesammlung, Berlin 1957.

Abb. 2: Architektur und Wohnform, Innendekoration 6 (1948/49).

Abb. 3: Abbildung aus: Bauen und Wohnen, 8 (1951).

Abb. 4: Johanna Hofmann, Wohnen in unserer Zeit, Darmstadt 1958.

Abb. 5: Architektur und Wohnform 1 (1951/52).

Abb. 6: Arthur Lutz, Geschmack ist erlernbar. Grundlagen für die Gestaltung von Raum und Fläche, München 1956.

Johanna Hartmann, Promotionsstudentin am Institut für Kunstwissenschaft und Kunstpädagogik an der Universität Bremen, jo.hart@freenet.de

³¹ Zu den Überblendungen von weiblichen Körpern, Einrichtungen und Innenräumen, wie sie seit dem 19. Jahrhundert in unterschiedlichen Diskursen auftauchen, und zum Textil als stofflichem Untergrund dieser Verschmelzungen siehe Irene Nierhaus, Text + Textil. Zur geschlechtlichen Strukturierung von Material und Innenraum, in dies., Arch⁶ Raum, Geschlecht, Architektur, Wien 1999, S. 115-139.

„Trautes Heim, Glück allein“? – Wohnen als Familie in der DDR. Eine Annäherung

Einleitung

Der Mensch lebt nicht für sich allein. Das Wohnen in familiären Strukturen ist zeitlos. Aber das familiäre Wohnen im Standort Stadt ist ein besonders aktuelles Thema.¹ Dessen Förderung wurde und wird als wichtige familienpolitische Frage gesehen. Wir betrachten den Ostteil Deutschlands vor 1989/1990 in historischer Fragestellung: Wie wohnten Familien in der DDR? Wie war insbesondere die Situation der Frauen?

Der Mangel an Wohnungen sowie der schlechte Zustand der vorhandenen waren und blieben in der DDR vom Anfang bis zu ihrem Ende virulente wie ungelöste Probleme. Daher steht die Wohnungsbaupolitik als Teil der Sozialpolitik der SED im Fokus der historischen wie sozialwissenschaftlichen Forschung. In der fachspezifischen Forschungsliteratur nehmen unterschiedliche Phasen der DDR-Wohnungsbaupolitik jeweils größeren Raum ein; in der Bau- und Planungsgeschichte waren lange Zeit die frühen Jahrzehnte ein wichtiges Forschungsfeld, in den Sozialwissenschaften eher die späte Zeit der DDR sowie die Transformationsphase ab 1989/90.² In der allgemeinen, öffentlichen Wahrnehmung sind auch über zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR gerade die oft sehr großen, in industrieller Bauweise hergestellten Neubaugebiete üblicherweise das, was mit dem als typisch betrachteten Wohnen und Wohnungsbau in der DDR verbunden wird.³ „Die Platte“ hat mittlerweile

¹ Vgl. beispielsweise: Stadt als Wohnort für Familien. Ergebnisse der ExWoSt-Studie „Strategien und Aktionsfelder für städtisches Wohnen von Familien“, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung u. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (Hrsg.), Bonn 2009. – Der Experimentelle Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

² Etwa Werner Durth, Jörn Düwel und Nils Gutschow, Architektur und Städtebau der DDR, 2 Bde., Frankfurt am Main [u.a.] 1998; Christine Hannemann, Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR, Braunschweig 1996 (div. Neuauflagen); Gitta Scheller, Die Wende als Individualisierungsschub? Umfang, Richtung und Verlauf des Individualisierungsprozesses in Ostdeutschland, Wiesbaden 2005.

³ Der Wohnungsbestand aus DDR-Zeiten und der Umgang damit sind für viele Städte im Ostteil Deutschlands bis heute ein gegenwartsbezogenes, oft brisantes lokalpolitisches Thema. Dazu vgl. u.a.: Manfred Kühn und Heike Liebmann, Regenerierung der Städte. Strategien der Politik und Planung im Schrump-

einen gesicherten Platz im Kanon der „Erinnerungsorte der DDR“.⁴ Vertiefende Blicke, sei es zum Wohnen „in einem typischen DDR-Neubaugebiet“⁵ oder zu „Erfahrungsgeschichte(n) vom Wohnen [...] in der Spätzeit der DDR“⁶ liefern etwa Untersuchungen zu Dresden-Prohlis und zu Reichenbach im Vogtland oder aber zur Industriestadt Schwedt.⁷

In den Geschichtswissenschaften dominierten in der Forschung zum Themenfeld ‚DDR und Stadt‘ lange Zeit drei jüngst von Christoph Bernhardt und Heinz Reif kategorisierte Zugänge: Zunächst die Ebene des Zentralstaates, weiter die Schwerpunktsetzung auf planungs- und baugeschichtliche Stadtentwicklungen sowie eine Eingrenzung auf „die ostdeutsche oder allenfalls deutsch-deutsche Entwicklung, die selten in ihren internationalen Bezügen und Kontexten gesehen und interpretiert wurde“. Die Herausgeber des Bandes „Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung“ befürworten u.a. „statt primär nach den Gründen für das Scheitern ... zumindest auch nach den Ursachen für die relative Stabilität und Langlebigkeit des DDR-Systems zu fragen“.⁸

In unserem Beitrag, der sich dem Topos ‚Alltag und Herrschaft in der DDR‘ zuordnet, beziehen wir bewusst auch die sozialwissenschaftliche Perspektive mit ein, die das Thema Wohnen stark in Genderperspektive betrachtet.⁹ Dies ist für unsere Leitfrage, wie Familien in der DDR wohnten, besonders lohnend. Denn die Wohnungsbaupolitik in der DDR war ein sozialpolitisches Instrument zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Trotz der intendierten Gleichberechtigung von Mann und Frau blieben aber die Hauptverantwortung für die Familie sowie die Mehrfachbelastung mit Haushaltsführung und Berufstätigkeit nach wie vor bei den Frauen. Wir

fungskontext, Wiesbaden 2009.

⁴ Siehe Adelheid von Saldern, Die Platte, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 301-311.

⁵ Siehe Anita Maaß, Wohnen in der DDR. Dresden-Prohlis. Wohnungspolitik und Wohnungsbau 1975 bis 1981, München 2006, S. 12.

⁶ Siehe Margarethe Meggle, Zwischen Altbau und Platte: Erfahrungsgeschichte(n) vom Wohnen; Alltagskonstruktion in der Spätzeit der DDR, am Beispiel der Sächsischen Kleinstadt Reichenbach im Vogtland, Diss. phil Jena 2004.

⁷ Vgl. Philipp Springer, Verbaute Träume. Herrschaft, Stadtentwicklung und Lebensrealität in der sozialistischen Industriestadt Schwedt, Berlin 2006.

⁸ Siehe Christoph Bernhardt und Heinz Reif, Neue Blicke auf die Städte im Sozialismus, in: Christoph Bernhardt und Heinz Reif (Hrsg.), Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung. Kommunalpolitik, Stadtplanung und Alltag in der DDR, Stuttgart 2009, S. 7-19, hier: S. 7. Hier ist auch ein sehr guter, zusammenfassender Überblick zur aktuelleren geschichtswissenschaftlichen Forschung zu finden.

⁹ Vgl. jüngst Darja Reuschke (Hrsg.) unter Mitarbeit von Beate Kortendiek, Anja Szypulski und Shihcheng Lien, Wohnen und Gender. Theoretische, politische soziale und räumliche Aspekte, Wiesbaden 2010.

wollen uns dem Wohnen als Familie in der DDR annähern. Baugeschichtliche und planungsrelevante Prozesse finden dabei Beachtung, stehen aber nicht im Vordergrund dieses Beitrages. Eine Schwerpunktsetzung auf die 1970er und 1980er Jahre spiegelt u.a. das in dieser Zeit geplante und realisierte sehr große Bauvolumen wieder. Dazu richtet sich der Blick zunächst auch auf frühere Bauaktivitäten und die Sozialpolitik der Ära Ulbricht. Zudem gilt es, Homogenisierungen innerhalb der sozial- und geschichtswissenschaftlichen Forschungsgebiete entgegenzutreten. Ein differenzierender Blick, beispielsweise auf das Wohnen abseits der großen Neubaugebiete, ist dabei hilfreich. Der Beitrag wird durch Überlegungen zur Relevanz der Wohnungsbaupolitik für Stabilität und Zusammenbruch der DDR abgeschlossen.

Wohnen und Wohnungsbau in der DDR während der Ära Honecker (1971 bis 1989)

„Trautes Heim, Glück allein“, so lautet der Haupttitel eines Beitrages des DEFA-Dokumentarfilmers Harry Hornig¹⁰ für das DDR-Fernsehen im Jahr 1963. Der Film thematisiert den aktuellen Wohnungsnotstand in der DDR sowie die neuentwickelte Wohnungsvergabepaxis in Ost-Berlin, teils mit vermeintlich kritischem Unterton.¹¹ Der Film beginnt mit einer Einstellung auf frisch vermählte Brautpaare vor dem Köpenicker Rathaus und leitet damit die Thematik des Wohnungsmangels ein: „Das junge Paar hat Nestsorgen. Man will unter sich sein, man will sich gemütlich einrichten. Nichts verständlicher als das; aber: Ihr Problem ist unser aller Problem.“¹² Das Problem fehlender und mangelhafter Wohnungen wird somit als Familienthema wie auch als gesellschaftliches Thema verstanden und vermittelt.

¹⁰ Der 1930 geborene Dokumentarfilmer Harry Hornig war neben seiner Arbeit im DEFA-Dokumentarfilmstudio als stellvertretender Leiter des DEFA-Studios für Kurzfilme, Bereich Fernsehen, tätig. Weitere Informationen zu Hornig und vgl. <http://www.defa-stiftung.de/cms/DesktopDefault.aspx?TabID=878> (abgerufen am 04.09.2010).

¹¹ Der 1960 bis 1963 aufgezeichnete Film ist im Deutschen Rundfunkarchiv in Potsdam-Babelsberg archiviert, Archivnummer DRAB/E10545. Der vollständige Filmtitel lautet: „Trautes Heim, Glück allein. Eine Betrachtung über Makler, Wohnungsämter und Nestsorgen“. Der halbstündige Film wurde am 27. 11.1963 um 20.40 Uhr gesendet und am Folgetag mittags wiederholt. Vergleiche mit anderen europäischen Ländern und der Blick auf die aktuellen Zustände vor allem in „Westdeutschland“ sind propagandistisch und geprägt vom Tenor des Kalten Krieges.

¹² Der Kommentar des Reporters lautet erweitert: „Die glückliche Stunde eines jungen Paares, meine Damen und Herren. Er hat ‚ja‘ gesagt, sie hat ‚ja‘ gesagt, und Schwiegermama weint ein bißchen. Die Schwierigkeiten, nach diesem wichtigen Schritt ins gemeinsame Leben, aber haben nicht aufgehört. Das junge Paar hat Nestsorgen. Man will unter sich sein, man will sich gemütlich einrichten. Nichts verständlicher als das; aber: Ihr Problem ist unser aller Problem. Wohnungsorgen und Risse in der Zimmerdecke, Tauschwünsche und Anträge in doppelter Ausfertigung, alte Fassaden und schwer vermietbarer Wohnraum.“ Siehe Anmerkung 11.

Wo also soll das junge Glück wohnen? Wo wird der Nachwuchs aufwachsen? Dabei war das Familienthema auch in der DDR letztlich ein Frauenthema, denn es ging in der Praxis um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die zumeist junge Ehefrau. Wo also wird die frischgebackene Ehefrau ihre zukünftige Doppelbelastung zwischen Berufstätigkeit und Familienhaushalt praktizieren?

Bereits 1950 formulierte die Regierung der DDR 16 „Grundsätze des Städtebaus“ infolge einer Ende 1949 vorbereiteten Fachreise ostdeutscher Architekten und Baufunktionäre in die Sowjetunion, welche im Mai April und Mai 1950 stattfand.¹³ Anfang September 1950 folgte das „Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik“, kurz „Aufbaugesetz“, welches nun die erwünschte Orientierung am sowjetischen Ideal vorsah.¹⁴ Dieses Gesetz bildete letztlich die Grundlage für das Bauwesen in der DDR bis zu ihrem Ende 1990. In den Grundsätzen und ihren Erläuterungen durch Aufbauminister Lothar Bolz wird darin bei verschiedenen Punkten näher auf die angestrebten kollektiven Wohn- und Lebensverhältnisse in der Stadt eingegangen. Gleich zu Beginn führt Bolz dazu folgendes aus: „Mit der Betonung des Gemeinschaftslebens wird also nicht etwa die Familie (und ihre Wohnung) in ihrer außerordentlichen Bedeutung für den Städtebauer geleugnet; es wird nicht einmal bestritten, daß auch der alleinstehende Mann oder die alleinstehende Frau ihr Leben und ihre Wohnung in der Stadt finden müssen. Aber es wird doch bewußt betont, daß es größere Bedürfnisse zu befriedigen gilt als die persönlichen und die privaten, und daß [...] die privaten Bedürfnisse sich nur dann in vollem Reichtum befriedigen lassen, wenn darüber hinaus gehende Bedürfnisse, nämlich die Bedürfnisse des Gemeinschaftslebens, zur Grundlage des Städtebaues gemacht werden.“¹⁵ Die nachgeordnete Bedeutung der familiären Bedürfnisse hinter den Bedürfnissen des Gemeinschaftslebens stellt eine Stufe auf dem Weg zum ‚Aufbau des Sozialismus‘ dar. Denn damit war der Zusammenhang zwischen der Wohn- und Lebensform und der politischen Herrschaftsanspruch der SED vorgezeichnet.

¹³ Vgl. Andreas Butter, Neues Leben, Neues Bauen. Die Moderne in der Architektur der SBZ/DDR 1945-1951, Berlin 2006, S. 62-66.

¹⁴ Siehe Lothar Bolz, Grundsätze des Städtebaues (Sonderdruck der Bauzeitung), [Berlin 1950], S.1-8. Wiederabgedruckt u.a. in Jörn Düwel, Baukunst voran! Architektur und Stadtplanung im ersten Nachkriegsjahrzehnt in der SBZ/DDR, Berlin 1995, S. 85-92 und in Vittorio Magnago Lampugnani, Katia Frey und Eliana Perotti, Anthologie zum Städtebau. Vom Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg bis zur zeitgenössischen Stadt, Berlin 2005, S. 63-76.

¹⁵ Erläuterung zum ersten Grundsatz, hier zitiert nach Lampugnani, Frey und Perotti, S. 65; der Grundsatz selbst lautet: „Die Stadt als Siedlungsform ist nicht zufällig entstanden. Die Stadt ist die wirtschaftlichste und kultureichste Siedlungsform für das Gemeinschaftsleben der Menschen, was durch die Erfahrung von Jahrhunderten bewiesen ist. Die Stadt ist in Struktur und architektonischer Gestaltung Ausdruck des politischen Lebens und des nationalen Bewußtseins des Volkes.“, ebd., S. 64-66.

Im Juli 1952 verkündete dann SED-Generalsekretär Walter Ulbricht auf der II. Parteikonferenz den planmäßigen ‚Aufbau des Sozialismus‘ in der DDR. Dem Aufbau der Schwerindustrie wurde Vorrang gegeben, weshalb der Wohnungsbau nicht immer die benötigten Ressourcen und Materialien erhalten sollte.¹⁶ Ziel dieses ‚Aufbaus‘ war die politisch geplante Entwicklung und Steuerung einer sozialistischen Gesellschaft sowie einer sozialistischen Lebensweise, kurz: der ‚neue Mensch‘. Dies beinhaltete auch die intendierte Gleichberechtigung von Frau und Mann.¹⁷ Die Lebens- und Wohnverhältnisse der Bevölkerung waren zentraler Bestandteil der neu zu formenden Gesellschaft. Das Wohnen galt als einer der entscheidenden Faktoren für die Herausbildung der ‚sozialistischen Persönlichkeit‘.



Abb. 1: Spielende Kinder im „Wohngebiet Erfurt Johannisplatz“. Das Areal ist das früheste Baugebiet in industrieller Bauweise in Erfurt, errichtet ab Mitte der 1960er Jahre bis 1972. Es handelt sich hier um das Titelbild der DDR-Fachzeitschrift ‚deutsche architektur‘ vom Februar 1973 zum Themenschwerpunkt ‚Wohnungsbau und Wohnen‘.

¹⁶ Vgl. grundsätzliche Überblicke zur DDR-Geschichte: Ulrich Mählerl, Kleine Geschichte der DDR, München 2009; Hermann Weber, Die DDR 1945-1990, München 2011.

¹⁷ Vgl.: Annette Harth, Frauen im Osten – Wohnen nach der Wende. Eine empirische Untersuchung der Wohnweise ostdeutscher Frauen in der ersten Transformationsphase, Frankfurt am Main/Berlin et al. 2005, besonders S. 57.

Seit Mitte der 1950er Jahre begegnete die DDR dem akuten Mangel an Wohnraum mit einer verstärkten Hinwendung zum industrialisierten Bauen. Letztlich entsprach dies einem internationalen Trend, ging hier jedoch von der Sowjetunion aus.¹⁸ Das Bauen in experimenteller Großtafelbauweise mit vorfabrizierten Bauelementen sollte für die zahlreichen Wohnungssuchenden günstige und adäquate Wohnungen schaffen. Dennoch klappte zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine große Lücke: Der Bedarf an Wohnungen blieb stets größer als die Zahl der neu errichteten Wohneinheiten.¹⁹ Überdies führte die Konzentration auf Neubauten in der Regel zur Vernachlässigung des Altbaubestandes. Die Sehnsucht nach einem ‚trauten Heim‘ blieb somit für viele Familien noch lange unerfüllt, wie auch der Kommentar der Reporters des titelgebenden Filmes einräumte, wenn er von „mangelndem Wohnraum“ sprach, aber darauf verwies, dass dieser „keine Erfindung unserer Zeit“ sei.²⁰ Eine solche Wahrnehmung entsprach dem Empfinden der Zeit, wonach diese Zustände als bald überwundene Anfangsschwierigkeiten galten.²¹ Die Behebung dieser mangelhaften Zustände war ein Ziel und wichtiger Bestandteil der Sozialpolitik des Ulbricht 1971 nachfolgenden Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker.

In Honeckers politischer Leitlinie der ‚Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik‘ gewannen Fragen der Lebensweise und der Wohnverhältnisse zunehmende Bedeutung.²² Der Ausbau neuer Wohngebiete wurde in sehr großem Maßstab vorangetrieben. Die Lösung des Wohnungsproblems bis 1990, genauer die Lösung der „Wohnungsfrage als soziale Frage in historisch kürzester Frist bis 1990“²³ wurde

¹⁸ Infolge der Kritik Chruschtschows an den bestehenden Architekturtraditionen wurden auch in der DDR ab 1955 die Industrialisierung und Standardisierung des Bauens beschlossen. Das begründete letztlich den Weg zur industriell gefertigten ‚Platte‘.

¹⁹ Vgl. Hardt, S. 83.

²⁰ Der vollständige Kommentar lautet: „Bei uns wird viel gebaut, meine Damen und Herren, aber immer noch nicht können alle Wünsche erfüllt werden. Der Krieg schlug da schwere Wunden, der Mietkasernenbau einer vergangenen Epoche hinterließ uns ein Erbe, das alles andere als schön ist, und schließlich sind unsere Ansprüche auch gestiegen. [...] mangelnder Wohnraum [ist] keine Erfindung unserer Zeit [...] Und noch eines, meine Damen und Herren: Wohnungsprobleme sind keine speziellen DDR-Probleme, ganz im Gegenteil.“ Siehe Anmerkung 11.

²¹ Vgl. überblickend Heinz-Gerhard Haupt, Jörg Requate unter Mitarbeit von Maria Köhler-Baur (Hrsg.), *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004, darin besonders Martin Sabrow, *Zukunftspathos als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittsparadigmas in der DDR*, S. 165-184.

²² Zur Wirtschaftsgeschichte der DDR sei auf die grundlegende Untersuchung André Steiners verwiesen: *André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Bonn 2007.

²³ Zitiert nach Joachim Palutzki, *Architektur in der DDR*, Berlin 2000, S. 291. Siehe auch: *Bauakademie der DDR* (Hrsg.), *Die Aufgaben des Städtebaus zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms bis*

zum Kernstück von Honeckers Sozialpolitik.²⁴

Die Umsetzung sollte durch eine fortlaufende Standardisierung der Bauelemente im Zuge einer vollständigen Industrialisierung der Bauweise gelingen. Sichtbarer und bis heute bekanntester Ausdruck dessen war die Entwicklung der Wohnungsbauserie 70, kurz WBS 70, im Jahre 1972.²⁵ Mit den auf Standardisierung ausgerichteten staatlichen Wohnungsbauprogrammen gingen für die Bewohner vor allem der Neubaugebiete Nivellierungen der Wohnverhältnisse einher. Gerade junge Familien wurden bei der Wohnungsvergabe bevorzugt. Ein Erstmietler des Potsdamer Neubaugebietes ‚Am Stern‘ blickt zurück: „Nach der Geburt unseres zweiten Kindes erfüllte sich [...] unser lang ersehnter Wunsch eine Neubauwohnung zu beziehen [...] Überglücklich zogen wir im August 1976 in unsere neue Wohnung mit Fernheizung ein. Nicht fertig gestellte Straßen, Gehwege und Grünanlagen und zunächst provisorische Einkaufsmöglichkeiten konnten unsere Freude über das neue Heim nicht trüben.“²⁶ Die ideologischen Grundsätze der SED stellten Ehe und Familie unter besonderen Schutz, was sich auch in der DDR-Verfassung niederschlug. Die Familie galt als die ‚kleinste Zelle der Gemeinschaft‘.²⁷ Dabei war die Familienpolitik insbesondere auf Mütter ausgerichtet.²⁸

1990 als Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitag. Thesen zur 31. Plenartagung der Bauakademie der DDR, in: *Architektur der DDR*, 4 (1975), S. 201-208.

²⁴ Bemerkenswerterweise wurde dieses Modell ausgehend von Überlegungen zu Berlin erst nachfolgend auf die ganze Republik übertragen. Vgl. Joachim Palutzki, *Zur Baupolitik in der Ära Honecker. Das Wohnungsbauprogramm*, in: Holger Barth (Hrsg.), *Planen für Kollektiv. Handlungs- und Gestaltungsräume von Architekten und Stadtplanern in der DDR*, Erkner 1999, S. 69-84, hier: S. 73.

²⁵ Vgl. Hannemann, *Die Platte*, S. 92.

²⁶ So Hans-Joachim S., in: *Potsdamer Platte ... im grünen Bereich. Zur Entstehungsgeschichte, Weiterentwicklung und den Perspektiven der Potsdamer Wohngebiete der 60er bis 80er Jahre*, Landeshauptstadt Potsdam (Hrsg.), Potsdam 2008, S. 27. Das Neubaugebiet ‚Am Stern‘ wurde in den Jahren 1971 bis 1979 im Süden Potsdams errichtet.

²⁷ Der strukturierende Grundgedanke der Familie als ‚kleinster Zelle der Gemeinschaft‘ findet sich bis heute national wie international verankert und wurde auch in bundesrepublikanischen Publikationen der 1950er Jahre benannt. Dieser Ordnungsgedanke geht dabei auf im Nationalsozialismus entwickelte Planungsvorstellungen (Stichwort: ‚Ortsgruppe als Siedlungszelle‘) zurück. Vgl. und vertiefend David Kuchenbuch, *Geordnete Gemeinschaft. Architekten als Sozialingenieure – Deutschland und Schweden im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010 und Sylvia Necker, *Modernes Denken und Volksgemeinschaft. Der Hamburger Architekt Konstanty Gutschow (1902-1978)*, München und Hamburg (erscheint 2012).

²⁸ Grundlegend zur ‚Frauenfrage‘ in der DDR: Ina Merkel, *Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR*, in: Jürgen Kocka, Hartmut Kaelble und Hartmut Zwahr, *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S.359-382 und Ute Gerhard, *Die staatlich institutionalisierte „Lösung“ der Frauenfrage. Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR*, in: ebd., S. 383-403 sowie zum Thema von DDR-Frauenpolitik und Fertilitätsverhalten siehe: Marlies Schulz, *Wohnen und Fertilitätsverhalten in der DDR*, in: Reuschke, S. 117-128, besonders S. 122.



Abb. 2: Innenliegende Küche einer Neubauwohnung mit Durchreiche. Die Wohnungen des achtgeschossigen Baus in Cottbus werden von Mittelfluren erschlossen. So sind die Wohnzimmer an den Außenfassaden mit Fenstern versehen, die innenliegenden Küchen und Bäder jedoch fensterlos und nur mit Kunstlicht sowie mechanischer Be- und Entlüftung ausgestattet.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen und Mütter war wesentlicher Bestandteil der sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Einbeziehung ihrer Arbeitskraft zum Nutzen der Volkswirtschaft stand dabei über dem Ideal einer vorbehaltlosen Befreiung von überkommenen Strukturen. Somit war die flächendeckende Kinderbetreuung – Krippenplätze, Kindergärten und Schulhorte – als Voraussetzung für die Berufstätigkeit der Mütter zwingend notwendig. Der Versorgungsgrad in der Betreuung von Kleinkindern stieg im Laufe der 1970 und 1980er Jahre von 29 Prozent (1970) auf 80 Prozent (1989) an.²⁹ Dies hatte vielerlei Auswirkungen: „Die DDR-Familie war“, so die Soziologin Gitta Scheller, „von bestimmten hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, wie etwa der des regelmäßigen Kochens, enthoben. Männer und Frauen wurden werktags in Betriebskantinen und Kinder in Kindergärten und Schulhorten beköstigt. Auf Grund der nahezu vollständigen Erwerbstätigkeit der Frauen hatte die Ehe ihre ökonomische Versorgungsfunktion zu Teilen eingebüßt.“³⁰ Die tatsächlichen Wohnbedingungen erschwerten oftmals ein emotional ausgewogenes Zusammenleben aller Familienmitglieder: In den Altbauten fehlten vielfach Bäder. Außentoilette und Kohleöfen blieben lange Standard.³¹ Bauliche Mängel wiesen die Wohnungen in den Neubauten oftmals schon beim Bezug auf, besonders bei jenen, die unter den wirtschaftlich prekären Zuständen der 1980er errichtet worden waren. Mängel bei den Heizungen, Fenstern, Sanitärinstallationen sowie die Hellhörigkeit und räumliche Enge der Wohnungen stellten das Familien- und Eheleben oftmals auf eine harte Probe.³²

Dennoch änderte sich außerhalb der Arbeitsstelle die Rolle der Frau kaum. Die Entlastung der Frau von Hausarbeit – jenseits des Mittagsessens – war kein Topos der Politik der SED. „Es blieb“, so Annette Harth, „bei der bürgerlichen Vorstellung der Minderwertigkeit von privater Reproduktionsarbeit gegenüber Erwerbstätigkeit“.³³ Trotz kurzer Wege zu Arbeitsplatz und Kinderbetreuungsstätten sowie zu den Verkehrsmitteln und Einkaufsmöglichkeiten belastete die Realität der sozialistischen Mangelwirtschaft mit ihren permanenten Versorgungsengpässen und Warteschlangen das familiäre Zeitbudget stark – dies betraf wiederum in erster Linie die Frauen. Die Kombination aus mangelnder frei verfügbarer Zeit, Leistungsdruck

²⁹ Prozentangaben aus: Harth, *Frauen im Osten*, S. 90.

³⁰ Siehe Gitta Scheller, *Partner und Eltern-Kind-Beziehung in der DDR und nach der Wende*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, B 19/2004, S. 33-38, hier S. 34.

³¹ Mitunter wurden waren kleinere Neubauten, sogenannte ‚Ersatzneubauten‘ der 1980er Jahre noch mit Kohleöfen ausgestattet, so beispielsweise in der Potsdamer Lennéstraße.

³² Vgl. Scheller, *APuZ*, S. 34.

³³ Siehe Harth, *Frauen im Osten*, S. 138.

am Arbeitsplatz und beengten Wohnraumverhältnissen machte gerade die Frauen zu Improvisationskünstlerinnen. Beengte und zum Teil fensterlose Küchen (beispielsweise in der „Ratio-3-Raumwohnung“) betonten die Abwertung der häuslichen Tätigkeiten.

Da das Recht auf Wohnraum verfassungsmäßig garantiert war, waren die Wohnungsvergabe, die Festlegung der (niedrigen) Mieten und die Entwicklung der Wohnungsgrundrisse staatlich geregelt. Junge Ehepaare, junge Familien sowie alleinstehende Mütter erhielten bevorzugt Wohnungen.³⁴ Der Staat nahm so indirekt wie direkt Einfluß auf die Art und Weise des Zusammenlebens. Allerdings reflektierten Veränderungen in der staatlichen Wohnungsvergabe während der 1980er Jahre auch die sich im Laufe dieser Zeit spürbar wandelnden Lebensformen, z.B. nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften, Alleinerziehender und familiärer Patchwork-Strukturen.³⁵ Dies war ein generationelles und vor allem städtisches Phänomen.³⁶

Für Kinder waren im standardisierten Wohnungsbau sehr kleine Kinderzimmer vorgesehen. Die begrenzten Möglichkeiten eines individuelleren familiären Wohnens zeigten sich lediglich im Zimmertausch entgegen der von den Planern vorgesehenen Nutzung oder gar Zimmer mit Doppelnutzung (beispielsweise das Schlafen der Eltern im Wohnzimmer). Bei den erwähnten „Ratio-Wohnungen“ wurde beispielsweise vom Wohnzimmer qua Trennwand ein Kinderzimmer abgetrennt.³⁷ An Rückzugsbereichen für Heranwachsende oder die Eltern bestand ein klarer Mangel. In einer atmosphärischen Darstellung nordostdeutscher Bilder ruft die Schriftstellerin Julia Schoch in ihrem 2009 veröffentlichten Roman „Mit der Geschwindigkeit eines Sommers“ das Stereotyp einer Hochhaussiedlung wach, welches in Ost wie West mit dem Massenwohnungsbau verbunden ist, hier jedoch erneut die Mütter thematisiert: „In der Erinnerung lebten die Kinder wie elternlos in der Siedlung: Ihre Verbindung hinauf in die Wohnungen ist das Schreien, das zurückhält von den Wänden der Wohnblocks. Die Kinder schreien, anstatt die Treppen zu benutzen. Sie rufen nach den Müttern, manchmal wie in Trance stehen sie, den Kopf im Nacken, die Augen geschlossen und hören nicht auf zu rufen. Nach Schlüsseln, belegten Broten, irgendeinem Spielzeug, bis in den Fenstern Arme erscheinen und das gewünschte Ding vor die Füße der schreienden Kinder werfen“³⁸.

³⁴ Vgl. Scheller, Wende, S. 96.

³⁵ Ebd., S. 88.

³⁶ Vgl. Johannes Huinink, Familienentwicklung und Haushaltgründung in der DDR. Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung?, in: Bernhard Nauck, Norbert F. Schneider und Angelika Tölke (Hrsg.), Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch, Stuttgart 1995, S. 39-55, besonders S. 52-53.

³⁷ Vgl. Potsdamer Platte, S. 28.

³⁸ Siehe Julia Schoch, Mit der Geschwindigkeit des Sommers, München 2009, S. 45.



Abb. 3a: Das ‚Wohngebiet Potsdam-West‘ wurde 1972 bis 1974 errichtet. Die fünfgeschossigen Zeilenbauten sind hier um einen großen Hof angeordnet. Der an den Ecken offene Hof verfügt über Spiel- und Sportflächen umgeben von Grünbereichen in unterschiedlichem Bodenniveau.



Abb. 3b: Im ‚Wohngebiet Potsdam-West‘ (errichtet 1972 bis 1974) sind den Erdgeschosswohnungen der fünfgeschossigen Zeilenbauten – erstmalig in Potsdam – sogenannte Wohnterrassen zugeordnet worden. Die kleinen Gärten der Erdgeschosswohnungen sind zum großen, offenen Hof hin angeordnet.

Die Autorin Barbara Wiesener³⁹ wurde in einem Zeitungsinterview auf die Rolle der Frauen in der DDR im Werke der bekannten DDR-Schriftstellerin Brigitte Reimann angesprochen. Ihre Einschätzung spiegelt eine wichtige These zur Gleichberechtigung in der DDR wieder: „Bei den Frauenfiguren ist ein deutlicher Wandel von der männlich dominierten zur selbst bestimmten Frau zu erkennen. Auch werden die Frauen selbst zunehmend männlicher. Damit bestätigt [Reimann] [...] die These, dass die Gleichheit in der DDR vom Mann aus gedacht war.“⁴⁰ Die Interviewerin fragt Wiesener weiter nach Bezügen zwischen der von ihr erforschten Autorin und ihrem eigenen Leben in der DDR, besonders hinsichtlich ihres Berufes als Chemikerin und als Mutter von sechs Kindern. Die Antwort Wieseners lautet: „Man konnte in der DDR in jedem Beruf und mit jeder Kinderzahl arbeiten. Aber dennoch hatte wohl jede Frau das Gefühl, nirgendwo richtig zu genügen, da der größere Arbeitsanteil eben doch bei der nicht ganz (männer)gleichen Frau blieb. Das erzeugte eine immerwährende Spannung und Anspannung.“⁴¹ Diese vom ‚Mann aus gedachte Gleichberechtigung‘ fand ihren Niederschlag in der Planung und Umsetzung der Architektur. Letztlich blieb auch in der DDR der Bereich der Architektur- und Stadtplanung ein von Männern dominiertes Berufsfeld. Da das SED-Regime bis zum Ende der DDR nicht vom Anspruch seiner absoluten Deutungshoheit abwich, waren offene Auseinandersetzungen über diese Themen nicht möglich. Debatten wie etwa in der Bundesrepublik in den 1980er Jahren waren in der DDR aufgrund der fehlenden Öffentlichkeit nicht denkbar. Deshalb blieb auch der Zusammenhang zwischen Geschlechterfrage, Wohnung- und Stadtplanung lange Zeit unerkannt.⁴² Die für das Wohnen im 20. Jahrhundert getroffenen folgenden Feststellungen der Soziologin Ulla Terlingen gelten somit auch für die ‚Moderne in der DDR‘: „Auch hier ist die Absicht zu erkennen, die kulturellen Praktiken der Reproduktion als naturhafte Phänomene zu deuten und nach androzentrischen Prinzipien der Ergonomie und des Taylorismus zu ordnen. Rationalisierung im Haushalt hat zwar die Berufstätigkeit der Frau ermöglicht, ihre Verantwortung und Zuständigkeit für Haus-

³⁹ Wiesener verfasste u.a. eine Publikation über die DDR-Schriftstellerin Brigitte Reimann: Barbara Wiesener, *Von der bleichen Prinzessin. Das Utopische im Werk Brigitte Reimann*, Saarbrücken 2008.

⁴⁰ Siehe Heidi Jäger im Interview mit Barbara Wiesener, „Ohne Rücksicht auf Verschleiß“, *Potsdamer Neueste Nachrichten*, 16.09.2008.

⁴¹ Ebd.

⁴² Aktuell veranstaltete u.a. die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg zu diesem Thema eine Tagung („Wir Frauen vom Bau. Damals und heute. Fachtagung zu Frauen in Architektur, Bau- und Ingenieurwesen, Potsdam, 05.05.2011): „Architektur, Bau- und Ingenieurwesen waren und sind in der öffentlichen Wahrnehmung genauso wie in der Praxis bis ins 21. Jahrhundert hinein Männerdomänen. Frauen werden kaum wahrgenommen, wenn es ums Bauen und Entwerfen geht.“ Siehe: http://www.boell-brandenburg.de/calendar/VA_viewevt.aspx?evtid=9743 (abgerufen am 05.05.2011).

halt und Familie aber nicht in Frage gestellt“⁴³. Dieser Befund gilt insbesondere für das von Standardisierung geprägte Wohnen in den DDR-Neubauten, und in Teilen auch für den älteren Baubestand. Der ältere Baubestand war trotz der mangelnden Substanzpflge für die Wohnraumversorgung der Bevölkerung unabdingbar. Jedoch waren es gerade diese ‘anderen Wohnformen’, die es den Bewohnern leichter ermöglichten, Abstand vom SED-Regime und der erwünschten Wohn- und Lebensweise zu halten. Ein Zitat aus dem zeitgenössischen Ratgeber „Schön wohnen“ des Jahres 1960 zeichnet eben diesen intendierten Idealbewohner eines ‚sozialistischen‘ Wohngebietes wie folgt: „Das ‚traute Heim – Glück allein‘ genügt ihm nicht mehr. Er mag sich nicht abschließen von den Mitbewohnern und hat das auch gar nicht nötig. Neid, Habgier und Konkurrenzkampf gibt es nicht oder – brauchte es nicht zu geben. Jeder Mensch hat eine gesicherte Existenz. Einer hilft dem anderen.“⁴⁴



Abb. 4a: Das ‚Wohngebiet Waldstadt‘.

⁴³ Siehe Ulla Terlinden, *Naturalisierung und Ordnung*, in: Reuschke, S. 15-S.26, hier: S. 24.

⁴⁴ Zitiert nach Harth, *Frauen im Osten*, S. 92.



Abb. 4b: Das ‚Wohngebiet Waldstadt‘ wurde im Süden Potsdams in zwei Bauabschnitten errichtet. Im 2. Bauabschnitt wurden von 1977 bis 1986 in industrieller Bauweise 4068 Wohneinheiten unter größtmöglicher Berücksichtigung des Baumbestandes in einen Wald (Ravensberge) hinein gebaut. Große bewaldete Höfe sind teils um fünfgeschossige Bauten angeordnet, und der Wald beginnt fast nahtlos im Mietergarten.

Abseits der großen Neubaugebiete – ‚anders‘ Wohnen?

Kehren wir an dieser Stelle kurz zu dem Film „Trautes Heim, Glück allein“ aus dem Jahr 1963 zurück. Der Film verfolgt im weiteren Verlauf unter anderem die Suche nach einer Wohnung für eine junge Familie mit zwei Kindern, natürlich einem Jungen und einem Mädchen. Am Ende erfüllt sich ihr Traum nach einer eigenen Wohnung – in einem sanierten Altbau. Die Relevanz des Altbaubestandes in Hinblick auf Schaffung von Wohnraum darf nicht übersehen werden. Für die Ära Honecker fasst Marlies Schulz in ihrer Studie zu „Wohnen und Fertilitätsverhalten in der DDR“ folgende Zahlen zum DDR-Wohnungsbestand zusammen: „Insgesamt wurden in der Zeit von 1971 bis 1989 1.809.302 Wohnungen neu gebaut [...] Der Wohnungsbestand der DDR vergrößerte sich von 6.057.032 Wohnungen 1971 auf 7.002.539 Wohnungen im Jahr 1989. Das entspricht einem Zuwachs von rund 945.00 Wohnungen. Der Zuwachs beträgt damit rund 52% des Volumens des Wohnungsneubaus, d.h. dass nur jede zweite Neubauwohnung eine Bestandserweite-

rung erbrachte.“ Als Ursachen benennt sie Zusammenlegungen und Nutzungsveränderungen von Wohnungen sowie den Verfall nicht mehr bewohnbarer Häuser und Gebäudeabrisse.⁴⁵ Diese Zahlen zeigen, dass der dominierende Blick auf den ‚Plattenbau‘ für das Wohnen in der DDR unzureichend ist. Abseits der Neubaugebiete gab es das Wohnen im selbstgenutzten Eigenheim in Stadt und Land, besonders in Form von Ein- und Zweifamilienhäusern.⁴⁶ Aber auch Wohnungen in barocken oder gründerzeitlichen Mehrfamilienhäuser und Villen konnten staatlich zugewiesen werden. Der Kenntnisstand über das Wohnen ‚abseits der Platte‘ ist nach wie vor ausschnittshaft und ein Forschungsdesiderat. Gleichwohl könnte die analytische und empirische Vertiefung von Wohn- und Lebensverhältnissen beispielsweise der Akteure von architektur-, stadt- und wohnraumbezogenen Protestaktionen in den späten 1980er Jahren durchaus weitere Erklärungsansätze für die einerseits lange Stabilität der DDR und andererseits ihren schnellen Zusammenbruch liefern. Solche Untersuchungen könnten die Überlegungen Andrew I. Ports zur „rätselhaften Stabilität der DDR“ weiterführen, der die „Reibereien und grundsätzlichen Spannungen“ innerhalb der horizontalen Ebenen der DDR-Gesellschaft als Erklärungsansatz für die lange währende innenpolitische Stabilität benennt. Denn laut Port „waren es just diese Spannungen, die im Endeffekt ernsthafte Erschütterungen des Regimes von unten verhinderten“.⁴⁷ Lassen sich diese „Reibereien“ auch auf den Bereich des privaten Wohnens und Zusammenlebens in der DDR weiter denken? Mit anderen Worten: Waren die durch die Spezifik des Wohnens in der DDR (Wohnungsmangel, Ausstattungsdefizite, mangelnde Privatsphäre) evozierten häuslich-familiären „Spannungen“ Teil des Kitts, der die DDR auf dieser Basis stabilisierte? Erinnert sei an dieser Stelle auch an die Aussage Wieseners, dass die Belastungen für die Frauen „eine immerwährende Spannung und Anspannung“⁴⁸ erzeugte. Mißstände bei der Kinderbetreuung (unzureichende Anzahl von Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen) hatten beispielsweise stärkere Auswirkungen auf das Leben der Frauen, die dann nicht arbeiten gehen konnten und mit den Kindern zu Hause blieben⁴⁹ – sei es in der Enge der Neubauwohnung oder der abgeteilten Villenetage.

⁴⁵ Siehe und vergleichend Schulz, S. 120.

⁴⁶ Die Themen Umsiedlung, Landflucht und Stadt-Land-Gegensatz können hier nicht vertieft werden. Gleichfalls verzichten wir auf die Analyse sogenannter Eingaben betreffs Wohnraums, die unter Genderperspektive gewinnbringend sein würde.

⁴⁷ Siehe Andrew I. Port, *Die rätselhafte Stabilität der DDR. Alltag und Arbeit im sozialistischen Deutschland*, Berlin 2010, S. 345f. Allerdings behandelt Ports Studie nur den Zeitraum bis Anfang der 1970er Jahre.

⁴⁸ Siehe Anmerkung 41.

⁴⁹ Siehe Port, S. 319 und Fußnote 58. – Port spricht sogar von einer „Dreifachbelastung“ berufstätiger Frauen, ebd., S. 318-322.

Auch wären diese Überlegungen dahingehend zu erweitern, ob nicht das Wohnen abseits der Neubaugebiete, wie eingangs des Kapitels angedeutet, eigensinnigem Verhalten der Bewohner gegenüber der politischen Führung förderlich war. Der sich aus dieser Wohnsituation ergebende „Eigen-Sinn“⁵⁰ kann ebenso ein weiterer Ansatz zur Klärung der Stabilität wie letztlich auch des schnellen Zusammenbruchs der DDR sein. Weitere Untersuchungen seien hiermit nachdrücklich angeregt.

Zum Abschluss eine literarische Impression des ‚anderen‘ Wohnens in familienähnlichen Strukturen in der späten DDR. Der Autor Uwe Tellkamp beschreibt in seinem 2008 erschienen Roman „Der Turm“ eine frühmorgendliche Szene in einer der aufgeteilten Villen am Dresdner Elbufer: „Christian stand auf, zog sich den Bademantel über, den Anne bereit gelegt hatte ... Im Bad sah er Licht; er hörte Libussa eines ihrer böhmischen Vokliedersingen [...]. Im Flur war es noch kälter als in der Kajüte, auf den Kohleschütten knisterte Frost; er lief ins Zimmer zurück [...]. »Krischan«, hörte er von draußen Libussa rufen, »kannst ins Bad, Frühstück«, – sie sagte »Frie-h-stick« – »gibt’s im Wintergarten, hörst du.« [...] Am Wochenende wurde im Tausendaugenhaus gemeinsam gefrühstückt.“ Das friedliche Frühstück der zusammengewürfelten Bewohner im Wintergarten der Villa findet in Tellkamps Roman ein baldiges Ende. Die „Kaminski-Zwillinge“, neue, überraschend zugeteilte Bewohner des „Tausendaugenhauses“ mit bester amtlicher Kenntnis der räumlichen Strukturen des Hauses, dringen in die behagliche Wintergarten-Nische ein und stören die familiär-nachbarschaftliche Welt der bisherigen Bewohner.⁵¹ Das Wohnen abseits der Neubaugebiete hatte viele Facetten, und Tellkamps Beschreibung ist nur eine von vielen Möglichkeiten, ‚anders‘ zu wohnen.

Resümee und Fazit

Wohnen meint nicht nur die Behausung eines Menschen, die Versorgung mit Raum zum Schlafen, Essen und anderen menschlichen Grundbedürfnissen. Das Wohnen meint letztlich auch die soziale Wohnungsumgebung sowie architektonische und städtebauliche Strukturen. Sie prägen die Lebensführung der Menschen.

⁵⁰ Vgl. Thomas Lindenberger (Hrsg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999; ders., Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 13-44 sowie Alf Lütke, Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hrsg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9-63; ders., Geschichte und Eigen-Sinn, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte. Münster 1994, S. 139-153.

⁵¹ Siehe Uwe Tellkamp, Der Turm. Geschichte aus einem versunkenen Land, Frankfurt am Main 2008, S. 84.

Wir haben uns dem Wohnen als Familie in der DDR auf verschiedenen Wegen angenähert und halten fest: Das Leben als Familie in der Diktatur der DDR war in weiten Teilen das Leben einer Familie in ‚modernen Zeiten‘, in einer von Industrialisierung geprägten Welt. Die alleinige Fokussierung auf die industriellen Neubaugebiete verengt den Blick in unzulässiger Weise. Homogenisierungstendenzen verlieren jenes Wohnen und Zusammenleben aus dem Auge, welches den hegemonialen Normen nicht entsprach. Auch der Altbaubestand war – trotz des teilweise dramatischen Investitionsdefizites – in vielen Punkten einerseits relevant für die Deckung des Wohnungsbedarfs und andererseits für die Möglichkeit eines vielfältigeres Wohnens, als dies standardisiert vorgesehen war. Besagte Standardisierung führte im Verbund mit ökonomischen und materiellen Engpässen zu mitunter unbefriedigenden Wohnungslösungen wie beispielsweise der fensterlosen Küche im Neubau. Die Situation der Familien war maßgeblich geprägt von der erwünschten Berufstätigkeit der Mutter. Dabei befanden sich die Frauen in einer Mehrfachbelastung, die letztlich einem traditionellen Geschlechterbild geschuldet war.

Abbildungsnachweise

Abb. 1: deutsche architektur, Jg. 22 (1973) Heft 2, Titelbild. Titelbild: Martin Skoyan, Leipzig.

Abb. 2: deutsche architektur, Jg. 22 (1973) Heft 2, S. 93.

Abb. 3a: Archiv der Wissenschaftlichen Sammlungen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS).

Abb. 3b: Archiv der Wissenschaftlichen Sammlungen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS).

Abb. 4a+b: Archiv der Wissenschaftlichen Sammlungen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS).

Edda Campen, Promotionsstudentin am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam und Mitglied der URBANGrad an der TU Darmstadt, campen@stadtforschung.tu-darmstadt.de

Sven Schultze, Promotionsstudent am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam, S.Schultze77@web.de

Die Kinder und ihr Recht auf Stadt.¹ Die Rechte. Die Wünsche. Die Palmen. Die Erfahrungen.

„The street is an extension of the house; in it children learn for the first time of the world outside the family.“ (Peter and Alison Smithson¹)

Erste Szene

Wien Stephansplatz: Von den Rechten der Kinder

Am 11. November ist der internationale Tag der Kinderrechte. Die UN-Kinderrechtskonvention wurde im November des Jahres 1989 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Am 11. November des Jahres 2010 fand in Wien, im historischen Herzen der Stadt, vor dem Stephansdom aus Anlass dieses United Nations Children's Rights Day ein sogenannter *Smart Mob*² statt. Dieser formulierte eine drängende Frage, die als Forderung aufzufassen ist: All those formally granted children's rights – where are they? Um diese Frage als öffentlichwirksame Manifestation der Nachfrage nach den Rechten der Kinder formierte sich der *Smart Mob*. Dieser war von den Österreichischen Kinderfreunden organisiert worden.

Unter einem *Smart Mob* versteht man einen scheinbar spontan, wie von selbst entstehenden Menschaufmarsch. *Smart Mobs* wurden im Umfeld der Globalisierungskritik als neue wendige und überaus agile Protestform entwickelt. In der Verflüssigung des Protests liegt die Notwendigkeit, den physischen Raum, auch wenn

¹ Über das Recht auf Stadt wurde in den vergangenen Jahren ausgehend von Henri Lefebvres Schrift „Le droit à la Ville“ aus dem Jahr 1968 sowohl in Theoriezusammenhängen wie auch in künstlerischen und aktivistischen Praxen ebenso intensiv wie assoziativ Bezug genommen. Als Beispiele für diese unabgeschlossene Welle der Bezüge seien exemplarisch folgende Publikationen und Projekte genannt: Don Mitchell, *The Right to the City. Social Justice and the Fight for Public Space*, New York und London 2003; Sabine Bitter und Helmut Weber, *Right to the City*, Salzburg 2009; <http://www.rechtaufstadt.net>

¹ Peter und Alison Smithson, *Golden Lane Housing*, London 1953. Zitiert nach: Roy Kozlovsky, *Urban Play: Intimate Space and Postwar Subjectivity*, in: Vittoria Di Palma, Diana Periton und Marina Lathouri (Hrsg.), *Intimate Metropolis: Urban Subjects in the Modern City: Constructing Public and Private in the Modern City*, Oxon und New York 2008, S. 212.

² Vgl. Howard Rheingold, *Smart Mobs: The Next Social Revolution*, Basic Books 2003.

nur kurzzeitig, zu besetzen, zu markieren, im Bildregime³ anzueignen und zu verwenden. In der Verflüssigung des Protests entwickeln sich neue Formen von Kollektivität, die als Spontaninteressensgemeinschaft Öffentlichkeit herstellen. Per E-mail, Facebook, Twitter, My Space und durch SMS via Mobiltelefon lassen sich *Smart Mobs* mit größter technologisch-zwischenmenschlicher Effizienz innerhalb von kürzester Zeit organisieren. Durch selbstorganisierte und sich von selbst weiter organisierende Praxis besetzen *Smart Mobs* öffentliche Plätze. Soziale Aktivität zwischen Menschen, technologiebasierte Kommunikation und der öffentliche Raum der Stadt wirken für die Entstehung eines *Smart Mob* zusammen.



Abb. 1: *Flash Mob, Kinderrechte, Wien Stephansplatz, 11. November 2010.*

Der Smart Mob, der sich am 11. November 2010 formierte, begann um 14.22 Uhr Lokalzeit und hatte eine Gesamtdauer von 60 Sekunden. Wo auch immer in der Stadt man sich bewegte, konnte man Teil des Schwarmkollektivs werden, in dem man für 60 Sekunden stehen blieb und ein weißes Stück Stoff in die Höhe hielt. Das Kollektiv existiert nur mehr in der Kürze. Die Anliegen formieren nicht mehr auf längere Sicht.

³ Ein Bildregime kann, wie Jens Kastner ausführt, zugleich Ordnungsraster von Wahrnehmungen wie hermeneutisches Prinzip sein. Jens Kastner, Regimestörungen im Buch, Bildpunkt, Wien Frühling 2010, S. 30.

Basisdemokratische, technologiebasierte Anteilhabe besetzt den Raum der Stadt in Windeseile. Die Dauer der Wirkung steht in Frage. Der Wiener Stephansdom, das touristische Wahrzeichen der Stadt, war als brauchbar erscheinender Hintergrund für diese Manifestation ausgewählt worden. Auf dem Stephansplatz dauerte die Kundgebung sechzig Sekunden. Die Dauer der Wirkung lud sich so an der stadthistorischen Ressource auf. Die angestrebte Wirkung, die eine dauerhafte sein soll, kontrastiert auf den ersten Blick mit der Kürze des Engagements, mit der zeitlichen Verkürzung der Demonstration. Unterstrichen wird die langfristig angelegte Wirkungsabsicht jedoch durch die Wahl des hegemonialen, prestigeträchtigen, lokalspezifisch wie touristisch ikonischen Standortes, der so eine tiefe Beziehung zur Stadtgeschichte nahelegt. Gerade im Momentanen der Demonstration – die Manifestation selbst währte nur kurz – braucht es als Unterstützung der Rechtmäßigkeit der Ansprüche und als Apell an die dauerhafte Wirkung den historischen Ort.

Das bildpolitisch hochaufgeladene historische Zentrum der Stadt war somit als manifestationsidealer Hintergrund erkannt worden. Öffentlichkeit braucht starke Orte. Öffentlichkeit braucht einschlägige Bilder. Öffentlichkeit hat wenig Zeit. Die demonstrative Teilhabe am Anliegen der Kinderrechte wird zur extrem verkürzten Zeit einer Gemeinsamkeit, die nur durch den Moment der Manifestation hervorgebracht wird. Diese Kürzestgemeinschaft in der schwarmhaften Spontan-Manifestation verdichtet sich zum Instant. Dieser *Instant* besetzt die Stadt. Dieser *Instant* lässt die Rechte der Kinder im öffentlichen Raum erscheinen. Folgt man den Verbindungen von Instant und Stadt, so gelangt man zu *Instant Urbanism*. *Instant Urbanism*⁴ hat seine konzeptuellen Wurzeln in den konstruierten Situationen und der urbanistischen Kritik der Situationisten. Fragil, prekär, flexibel und manifesthaft lässt sich von den konstruierten Situationen, wie sie die Situationisten als städtische Kritik visionär entwarfen, zu heutigen *Smart Mobs* als situationserzeugende, selbstorganisierte Protestpraxis eine Genealogie des urbanen Handelns⁵ konstruieren. Die Städte dienen dabei als jene öffentliche Ressource, die sich im zu erzeugenden, medial zu transportierenden Bild als Hintergrundbild in Szene setzen lässt. Durch die Besetzung wird temporär in das Stadtbild interveniert, um jene Beset-

⁴ Zur genealogischen Herleitung und zu zeitgenössischen urbanistischen und architektonischen Sichtweisen und Praxen auf *Instant Urbanism* siehe: Schweizerisches Architekturmuseum, Francesca Ferguson (Hrsg.), *S AM N° 02 INSTANT URBANISM*, Basel 2007. Auf den Zusammenhang zwischen den Praktiken der Situationisten und den technologiebasierten öffentlichen Manifestationen von kollektiv organisierten *Smart Mobs* hat auch Mark Shepard verwiesen: Mark Shepard, *Tactical Sound Garden [TSG] Toolkit*, in: Cecilia Benites, Clare Lyster, Emily Abruzzo u.a. (Hrsg.), *306090 v.9 - Regarding Public Space*, New York 2005, S. 64-71.

⁵ Der hier verwendete Begriff des Handelns bezieht sich auf Michel de Certeau, *Die Kunst des Handelns*, Berlin 1988.

zung bildpolitisch einsetzen und verbreiten zu können. Da die Stadt zum bildpolitisch hoch aufgeladenen und medial immer wieder verbreiteten Anker des Öffentlichen geworden ist, lässt sich ein *Smart Mob*, der die Stadt bewusst als hintergründige Bedeutungskulisse wählt und verwendet, sowohl als urbanistische wie auch als politische und als mediale Praxis der Kundgebung begreifen. Diese Kundgebung lässt sich als eine begreifen, die dem medialen Imperativ Folge leistet. In den gemeinsamen *Instant* im öffentlichen Raum der Stadt, in dem sich die Körper versammeln, in dem die Frage nach den Kinderrechten zur öffentlich gestellten Frage wird, ist dieser mediale Imperativ eingeschrieben.

In der Gegenwart der heutigen Stadt wird diese *Instant*-Öffentlichkeit momenthaft produziert. Produziert wird dabei ein Zusammenspiel aus drei verschiedenen Ebenen: Gegenwart, Stadt und Öffentlichkeit. Der historische Stadtkern wird zum Schauplatz, an dem sich aktuelle Anliegen artikulieren. Stadtgeschichte und akute Gegenwart treffen so räumlich aufeinander. Die Gegenwart entsteht durch die Intensitätsverdichtung in einem als kollektiv erlebbaren Moment, in dem sich die Frage als Forderung nach den Rechten der Kinder artikuliert. Die Produktion dieses Dreischritts aus Gegenwart, Stadt und Öffentlichkeit wird im Idealfall per Kamera festgehalten, dokumentiert und in Zirkulation versetzt, um dem medialen Imperativ zu gehorchen. Als medialer Imperativ wird jenes Gebot der zeitgenössischen (Selbst)Verpflichtung begriffen, die dem gesellschaftlich erzeugten Druck der medialen Omnipräsenz Rechnung trägt. Der mediale Imperativ ist jene Regel, die kategorisch die Frage nach sich zieht, wie man mit seinen Handlungen den Gesetzen der Medien entsprechen kann. Dieser mediale Imperativ bringt den universellen Geltungsanspruch der Medien hervor und stellt zugleich die Frage nach einer Ethik innerhalb desselben. Als illustrierende Abbildung zum Eintrag zu den Kinderrechten wird auf Wikipedia ein Bild gezeigt: Vier Männer sind auf diesem Bild zu sehen. Der erste der Männer hält eine Kamera vor seinem rechten Auge und filmt das Geschehen, die Menschenmenge, wie die Bildbetrachterin vermutet. Der zweite der Männer hält ein kleines Kind auf seinem Arm. Der dritte der Männer hält ein Mikrofon in der Hand, das er vor seinen Mund hält, als ob er eben dabei wäre, zum Sprechen anzusetzen. Der vierte Mann hat ebenfalls eine Kamera, eine größere, die auf Grund des Logos als eine erkennbar ist, die dem ORF, dem staatlichen Österreichischen Rundfunks gehört. Auch der ORF-Kameramann hat das Auge seiner Kamera, wie die Bildbetrachterin annimmt, auf die Menschenmenge gerichtet, die sich versammelt hat, um auf die Frage, wo denn die Kinderrechte seien, hinzuweisen. Aus der Frage ist konsequenterweise die Forderung abzuleiten, dass die Rechte, die formell garantiert sind, eben auch entsprechend durchgesetzt und umgesetzt werden müssten. Die beschriebene Gruppe der vier Männer ist seitlich vor einem im

Ausschnitt eben noch erkennbaren Stephansdom platziert. Die Abwesenheit von Kindern, die Nicht-Anwesenheit von Frauen im Bild, findet die Bildbetrachterin ebenso bemerkenswert wie bedenklich. Recherchiert man auf Wikipedia den Eintrag zu den Kinderrechten, stößt man auf diese Abbildung. Sie ist die einzige Abbildung, die den Eintrag illustriert. So kann man sich auf Wikipedia dieses Bild von den Kinderrechten machen. Es steht für den Einsatz für die Kinderrechte ein. Der durch die Kundgebung besetzte öffentliche Raum, der als im Herzen Wiens befindlich erkennbar ist, fungiert für die deutschlesende Wikipedia-Öffentlichkeit als jener bildgewordene Stadtraum, der den prägnanten Bildausschnitt als stadthistorisch legitimierenden Hintergrund liefert, um, der Schluss ist naheliegend, so die Dringlichkeit, aber auch die Ernsthaftigkeit der Forderungen bewusst durch den gewählten stadthistorisch bedeutsamen Schauplatz zu unterstreichen.

Nur draußen in der Stadt können die Forderungen manifest werden. Nur drinnen in der Stadt, in den angeworfenen Suchmaschinen auf den Computerbildschirmen wird diese Manifestation der Forderungen nach den Kinderrechten manifest bleiben. Draußen in der Stadt haben, wie wir seit geraumer Zeit wissen, die Kinder und in fast noch höherem Ausmaß die Jugendlichen zunehmend immer weniger Spiel-Raum für sich zur Verfügung, also muss konsequenterweise genau dort, wo sie nicht sind, wo sie raumpolitisch unerwünscht sind, bildpolitisch verdrängt werden, für sie eine Manifestation abgehalten werden. Um die Öffentlichkeit für das Anliegen der Kinderrechte zu gewinnen, wird folglich mit einem kleinen Kind auf dem Arm und der Stadt im Hintergrund gekämpft. So zeigt sich, wie der demonstrativ gewählte Ort in der Stadt, der als Bild der Stadt den Hintergrund liefert, mit dem inhaltlichen Anliegen verknüpft wird und so seine Raumpolitik wie seine Bildpolitik ausdrückt. Der Begriff der Raumpolitik geht auf Henri Lefebvre zurück, der den Zusammenhang zwischen Raumpolitik und Gesellschaftsbeziehungen darstellte. „Raum und Raumpolitik sind Ausdruck der Gesellschaftsbeziehungen und wirken sich auf sie aus.“⁶ Nicht nur der Raum ist umkämpftes Territorium, durch das sich die gesellschaftlichen Beziehungen ausdrücken und erzeugen, sondern auch das Bild. Insofern lässt sich nicht nur von raumpolitischen, sondern auch von bildpolitischen⁷ Gesellschaftsbeziehungen sprechen.

⁶ Henri Lefebvre, *Die Revolution der Städte*, Berlin 2003, S. 20.

⁷ Den Begriff der Bildpolitik verwendet beispielsweise der Kunsthistoriker Horst Bredekamp, der Kulturwissenschaftler und Kunsthistoriker Tom Holert, aber auch die Stadtsoziologin Martina Löw. Horst Bredekamp, *Leviathan. Das Urbild des modernen Staates. Bildpolitik der Souveränität*, Berlin 2006. Die Untersuchung bezieht sich auf das Bild des Staates als Souverän, auf das von Abraham Bosse entworfene Bild des Frontispizes von Thomas Hobbes' *Leviathan*. Bredekamp arbeitet die Formation der politischen Ikonographie heraus und analysiert die Dominanzwerdung des Bildes im 17. Jahrhundert. Tom Holert untersucht mit dem von Walter Benjamin geprägten Begriff des Bildraums die Strategien des Regierens

In der immer heftiger umkämpften Ressource der Ökonomie der Aufmerksamkeit⁸ in einer bildbedrängten, imagegejagten und mit immer mehr Anliegen bedrängten, nahezu bombardierten Öffentlichkeit haben die einzelnen Anliegen nicht viel Spielraum. Nicht nur geht es darum, den öffentlichen Raum zu besetzen, gleichermaßen muss es darum gehen, die öffentliche Zeit zu besetzen. Dies ist mindestens ebenso schwierig, wenn nicht noch schwieriger. Wiewohl die Sorge um den öffentlichen Raum nicht abreißt, müsste die Sorge ebenso sehr der öffentlichen Zeit, der Zeit, die sich die Öffentlichkeit für die Anliegen und den Einsatz der Öffentlichkeit nimmt, gelten. 60 Sekunden sind nicht lang. 60 Sekunden müssen ausreichen, um den effizient orchestrierten Einsatz für die Kinderrechte raumpolitisch und bildpolitisch wirksam werden zu lassen.

In den Kinderrechten sind unter anderem die Rechte auf Bildung, auf Partizipation, auf Meinungsäußerung, Eigentum und Freiheit verankert. Ein Kinderrecht auf Architektur ist nicht angeführt. Ein Kinderrecht auf Wohnen wird man vergeblich suchen. Ein Kinderrecht auf Stadt gibt es schon gar nicht. Ich zeige den Kindern⁹ auf Wikipedia das Bild des *Smart Mobs* für die Kinderrechte. Das Bild beeindruckt sie wenig. Viel mehr als von dem für sie durchaus faszinierenden, da cool klingenden Begriff des *Smart Mobs* sind sie von der Idee der Kinderrechte sofort eingenommen, ja schlicht hellauf begeistert. Damit können sie etwas anfangen. Die Litanei, was denn die Kinderrechte nun alles umfassten und was sie nicht beinhalteten, kann man sich, wie unmissverständlich zu spüren gegeben wird, eigentlich sparen. Sie ziehen sich alle drei sofort in eines ihrer Kinderzimmer zurück. Dieses wird, wie man aus dem sich sofort einstellenden intensiven Tuscheln unschwer schließen kann, zum Beratungszimmer. Das Kinderzimmer wird zum Ort der Debatte. Sie diskutieren. Sie verhandeln miteinander. Die Lautstärke steigt. Die Türen bleiben geschlossen. Die Verhandlungen finden bei geschlossenen Türen statt. Die Erwachsenen haben draußen zu bleiben. Das Kinderzimmer wird zum Arbeitszimmer. Bei ih-

mit den Mitteln der visuellen Kultur, Tom Holert, Regieren im Bildraum. Einzelanalysen der internationalen Bildpolitik der letzten Jahre, Berlin 2008. Martina Löw verknüpft ihre Argumentation über die Eigenlogik der Städte mit den Verfahren der Bildpolitik, sich als besondere Stadt zu inszenieren, ins Bild zu setzen, Martina Löw, Soziologie der Städte, Frankfurt am Main 2008.

⁸ Zum Begriff der Ökonomie der Aufmerksamkeit siehe: Georg Franck, Ökonomie der Aufmerksamkeit, München 1998. Franck analysiert die kulturellen und gesellschaftlichen Folgen des Wettbewerbs um mediale Aufmerksamkeit, welcher die Frage nach der Öffentlichkeit als zu Überdenkende aufgeworfen hat.

⁹ Ist in diesem Text von „den Kindern“ die Rede, so handelt es sich um die Kinder der Autorin (Alter 7, 9 und 11 Jahre). Die Gespräche der Autorin mit ihren Kindern so wie deren Aktionen, Reaktionen, Erfahrungen und Artikulationen wurden durch teilnehmende Beobachtung erfasst und als aus dem Alltag kommende Grundlage für die theoretische Reflexion verwendet, um so ein nahes Verhältnis zwischen Praxis und Theorie zu erzeugen.

rer Arbeit wollen sie sich nicht in die Karten schauen lassen. Plötzlich werden die Türen aufgestoßen. Sie sind fertig.

Die Kinder verwandeln das Innere der Wohnung in eine Demonstrationszone. Auch das Wohnen ist ein Teil der Stadt. Auch drinnen, so folgt daraus, kann demonstriert werden. Die Kinder haben im Internet recherchiert, wie sie erzählen. Sie haben gegoogelt und nachgeschaut, was sich so alles finden lässt, wenn man nach Stadt und Demonstration sucht. Sie haben unendlich viele Bilder gefunden, wie sie sagen, Bilder von Demonstrationen und von Transparenten, Bilder, die Menschen in Verkleidungen zeigen, Menschen, die Schilder in die Höhe halten, Menschen, die auf diese Schilder und auf diese Transparente ihre Forderungen geschrieben haben. Das können sie auch. Sie produzieren Forderungen. Sie produzieren Bilder. Sie produzieren Raum. Sie haben eine ganze Menge an Forderungen. Sie halten ihre Schilder probeweise in die Höhe. Das, was zur Hand war, ist sofort eingesetzt worden für die Transparente, aber auch für die Kleiderbeklebungen und die Schilder: Eßstäbchen aus dem Chinarestaurant, Leintücher, Schuhkartons, Verpackungskartons von Amazon-Sendungen, Klebstoff aus dem Bastelkoffer, Tixo, weißes Papier, dicke schwarze und rote Filzschreiber. Die Forderungen, die sie auf die Transparente geschrieben haben, auf die Schilder gezeichnet und geschrieben haben, mittels handgemachter Sticker auf die Kleidungsstücke geklebt haben, werden auch gemeinsam und vor allem lautstark vorgetragen. Das Skandieren scheint ihnen intuitiv gegeben zu sein. Das musste nicht erst lange geprobt werden. Die Forderungen sind unmissverständlich: „DVD Player für alle!“, „Mehr Computer-Zeit für alle!“

Es sind diese Forderungen, die der Zuseherin und Zuhörerin in ihrer Eindeutigkeit Sorgen machen. Die Forderungen stimmen ambivalent. Die Ambivalenz der eigenen Stimmung lässt die Beobachterin der Kinderdemonstration in ihren eigenen vier Wänden nachdenklicher und nachdenklicher werden. Sie findet es wichtig, dass die Kinder sich über Kinderrechte informieren. Sie findet es wichtig, dass die Kinder die Zusammenhänge zwischen Rechten und Forderungen, zwischen Öffentlichkeit und Rechten in der Stadt begreifen. Die Artikulationen, die Forderungen, das Lernen, dass man etwas zu fordern hat, das Lernen, dass man seine Artikulationen vorträgt, was als eine der Grundvoraussetzungen für politische Teilhabe anzusehen ist, das findet sie alles wichtig. Dennoch erzeugt die hausgemachte Demonstration höchst ambivalente Gefühle. Die Kinder-Rechte, von denen sie gehört haben, werden im Moment als Wunscherfüllungen begriffen, und nur als solche. Die geäußerten Wünsche sind konkret, materiell, technologisch, medial, käuflich. Treten DVD-Player, Computer-Zeit und die Frage von Kinderrechten in ein ausgesprochenes Verhältnis zueinander, so sind Nachdenken und Diskussion gefordert. Also braucht es eine Nachbesprechung. Das, was aus den demonstrativen Bildern der

Stadt bei ihnen angekommen ist, wurde sofort appropriiert, angeeignet, umgedeutet, in das ihnen nützlich Erscheinende, ins Private, übersetzt. Das Öffentliche wird privat. In der hausgemachten Manifestation aus dem Kinderzimmer, die insgesamt auch nicht viel länger als 60 Sekunden dauerte, ging es um ihre Wünsche, die sie als Rechte begriffen. Im gemeinsamen Sprechen über die vielen Fragen, die sich mir dann doch stellen, wurden die Unterschiede klarer. Gemeinsam sprachen wir viel über Rechte, und mindestens genau so viel über Wünsche. Das eine ist nicht dasselbe wie das andere. Wiewohl sie ihre DVD-Player-Rechte, ihre Computer-Zeit-Rechte, spielerisch forderten, mit einem Augenzwinkern die selbst erfundenen Parolen skandierten, mit einer fast liebevoll für die Erwachsene eingebauten Provokation mit ihren Schildern im Kreis herummarschierten, so war ihnen die grundlegende Differenz zwischen Recht und Wunsch dennoch nicht sofort eingängig. „Gibt es denn gar kein Recht auf Wünsche?“ Mit dieser Frage drangen sie sofort haarscharf analysierend zum Kern des Dilemmas vor. „Warum gibt es kein Recht auf Wünsche?“

Zweite Szene

Hamburg. Park Fiction. Von den Erfahrungen der Kinder

Sie sind aufgeregt. Sie machen sich bereit. Sie sind startklar. Es kann auf in die Stadt gehen. Obwohl es für die drei schon ein sehr langer und an Eindrücken reicher Tag gewesen war, wollen sie nun am späten Nachmittag doch noch mal los. Unbedingt wollen sie mitkommen. Sie wissen, dass die nächste Verabredung unter einer Palme stattfinden wird. Sie wissen auch, dass diese Palme, die als Treffpunkt vereinbart worden ist, gar keine echte ist. Eine wirklich unechte Palme, das kann man sich, wenn man im richtigen, begeisterungsfähigen Alter zwischen sechs und elf Jahren ist, nun doch auf keinen Fall entgehen lassen. Die Palmen-Expeditionstruppe steigt in die S-Bahn ein. Sie steigt in den Bus um. Sie geht, der Enthusiasmus ist ein wenig gedämpft, die vielen steilen Stufen der Treppe hinauf. Die Palmen-Expeditionsgruppe ist oben angelangt.

Auf dem Weg hatten die Kinder für den Ort, dem sie sich annäherten, Interesse gezeigt. In Kürzestfassung war der Versuch unternommen worden, ihnen das zu erzählen, was das Wesentliche über *Park Fiction* aussagt. Das, was sie zu hören bekommen hatten, hatte sie dann noch neugieriger gemacht, die Erwartung gesteigert. Das Bild, das sie sich aufgrund der Erzählung machten, erfüllte sie mit Vorfreude. Das Bild, das sie sich von dem Ort entwarfen, erschien ihnen äußerst wünschenswert. Dort wollten sie auch sein.

Die Entstehungsgeschichte von *Park Fiction* überzeugt durch die insistente und wi-

derständige Erzählung ihres entscheidenden Unterschieds zu herkömmlichen Mechanismen, Regeln und Logiken, die bei der Entstehung von Stadt am Werk sind. Entsteht die Stadt von unten, dann kann sie von oben anders betrachtet werden. Es ging um das letzte Stück vom unverbauten Blick auf die Elbe, auf den Hafen. In der Realpraxis an die Theorien von Henri Lefebvre anknüpfend und auf die Kraft der situationistischen Stadtpraxis vertrauend, wurde in einer Bewegung rund um die beiden KünstlerInnen Christoph Schäfer und Cathy Skene gemeinsam mit dem Hafendrandverein in jahrelangem Aktivismus an *Park Fiction* auf dem Areal vor der St. Pauli-Kirche geglaubt und das Potenzial der Wünsche schließlich stückweise durchgesetzt. Die intensive Rezeption des im Kunstkontext erzeugten medialen Drucks, eine generierte Öffentlichkeit, steigerte dadurch letztlich auch die Möglichkeiten für eine Umsetzung. Im Planungscontainer waren ab dem Jahr 1997 die aktivierten Wünsche gesammelt worden.

„Die seltsamen Tools der Instituierung von Wünschen umfassten ein Knetbüro, ein Wunscharchiv, eine Gartenbibliothek, Bastel-, Mal- und Zeichenutensilien, Infomaterial und herkömmlichere Planungsunterlagen. Personen, die noch keinen Zugang zum Projekt hatten, wurden bei mehr als 200 Haus- und Ladenbesuchen mit einem tragbaren ‚Action-Kit‘ (einer Miniatur-Version des Planungscontainers) Möglichkeiten zur Einmischung angeboten. Auf einer Stadtteilkonferenz im April 1998 erfolgte die umfassende Präsentation und Diskussion der Ergebnisse.“¹⁰ Der im Jahr 1999 von der Künstlerin und Filmemacherin Margit Czenki realisierte Film „Park Fiction - die Wünsche werden die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen“ war sowohl lokal gezeigt worden als auch bei vielen internationalen Konferenzen und Ausstellungen. Dieser Film setzte die Wünsche frei. Die Wünsche befreien die Assoziationen. Es geht um Vogelstimmen vom Band, es geht um einen Seeräuberinnenbrunnen, es geht um ein Baumhaus, das so aussieht wie eine Erdbeere, es geht um geheime Briefkästen für die Post, die die überwachenden Augen der Eltern nicht lesen sollen, es geht um Obstbäume auf der Wiese und um Gras zum Rollen. Im Sommer 2003 war es dann schließlich soweit, *Park Fiction* alias Antonipark konnte Realität werden.

¹⁰ Gerald Raunig, *Instituierende Praxen*, No. 2, Institutionskritik, konstituierende Macht und der lange Atem, 2007, <http://eipcp.net/transversal/0507/raunig/de>. Vgl. Christoph Schäfer, „Der Garten des bescheidenen Politikers“, in: *Kulturrisse* 02/01, S. 28–30.



Abb. 2: Park Fiction, Antonipark, Hamburg, 2011.

„Es geht bei der kollektiven Wunschproduktion darum, neu zu bestimmen, was die Stadt ist, darum, ein anderes Netz über die Stadt zu legen, sich die Stadt anzueignen, überhaupt sich vorzustellen, wie es anders laufen könnte, und dann das Spiel nach anderen Regeln zu spielen.“, so Christoph Schäfer in dem genannten Film von Margit Czenki.¹¹ Der Zusammenhang zwischen den Individuen mit ihren Wünschen, den Individuen in ihren Wohnungen, die ihre Wünsche auf die Straße bringen, in die Stadt tragen, die ihre Wünsche aktiv werden lassen, und dadurch zur kollektiven Wunschproduktion¹² werden lassen, wird durch Christoph Schäfers Beschreibung hergestellt. Dieser Zusammenhang wird als stadtwirksamer beschworen. Die entscheidende Frage ist die nach den Verhältnissen. Die Frage nach den Verhältnissen führt zu den Verhältnissen zwischen den Individuen und dem Kol-

¹¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Park_Fiction.

¹² Gilles Deleuze und Félix Guattari, an deren Theorien der von Christoph Schäfer für die Beschreibung des alternativen Planungsprozesses verwendete Begriff der kollektiven Wunschproduktion anknüpft, gingen davon aus, dass das Unbewusste wie eine Maschine strukturiert sei, die Wünsche produziere.

lektiv, zwischen den individuellen Wünschen und der kollektiven Wunschproduktion, zwischen dem realen Raum und dem Wunschraum, zwischen Raumpolitik und Bildpolitik, zwischen den geweckten Wünschen und den konkreter werdenden Vorstellungen, zwischen den konkreter gewordenen Vorstellungen und den Gestaltungsmöglichkeiten, nicht zuletzt zwischen den Wünschen und den Rechten.

Nicht nur hatten die Kinder von der Palme erzählt bekommen, sondern auch von dem Fliegenden Teppich und vom dem Seeräuberinnen-Brunnen, den es zwar noch nicht gibt, der aber in Zukunft auf dem Rondell neben dem Antonipark noch realisiert werden soll. Auch das erdbeerähnliche Baumhaus ist noch nicht Wirklichkeit geworden. Die Erwartungen der Kinder waren nun wirklich hoch. Das Wünschen war ihnen eine vertraute Sache. Das Wünschen war eine Sache, in der sie ExpertInnen waren. Das Wünschen war eine Angelegenheit, mit der sie sich bestens auskannten. Sie sahen sich um. Das, was sie sahen, ließ sich mit den Vorstellungen, die in ihnen durch die Erzählungen geweckt worden waren, nicht in Einklang bringen. Ihre Vorstellungen waren stärker gewesen, überzeugender gewesen, als das, was sie nun tatsächlich wahrnahmen. Sie suchten den Fliegenden Teppich. Sie fanden ihn nicht. Erst nach einer Erklärung akzeptierten sie die Realität des Fliegenden Teppichs. Dieser war nicht kühn, dieser war nicht abenteuerlich, dieser verleitete sie nicht zum Abheben. Der Teppich ließ ihre Vorstellungen nicht fliegen. Der Teppich ließ sie ins Wünschen kommen. Sie stellten sich wirklich fliegende Teppiche aus Gras vor. Das wäre doch wunderbar. Auf dem Fliegenden Teppich im *Park Fiction*-Park konnte man sich auch gar nicht niederlassen, obwohl sie nach der langen Anreise sich gerne hingeworfen hätten. Alles war schon besetzt. So viele andere waren da, dass sie sich nicht trautes, sich dazu zu setzen. Sie trautes sich auch nicht zu fragen. Auf dem Teppich konnte man, obwohl das schon sehr verlockend gewesen wäre, auch nicht ins Rollen kommen. Die archaische Kindervorstellung des Glücks vom Rollen im Gras, des Immer-Weiter-Rollens im Gras, konnte keinen Anfang nehmen. Es war zu Ende, bevor es begonnen hatte, das kleine Glück vom Rollen im Gras. Zu viele Glasscherben hatten hier andere im Gras zurückgelassen, zu viele Zigarettenkippen hatten andere im Gras ausgedrückt und dann auch einfach liegen gelassen. Die Kinder drehten eine Runde. Sie sahen die Palmen. Sie sahen die Sitzgelegenheiten aus Holz. Sie sahen die Vorrichtung zum Einhängen der Hängematte. Sie sahen jemanden in der Hängematte liegen. Sie sahen die Leute, die den Blick von der Brüstung aus genossen. Sie gingen in den Kirchhof hinein. Dort hätten sie gerne mitgespielt, aber es waren schon andere da, die sie nicht mitspielen ließen. Dort könne man nur spielen, wenn man auch alles selbst mitgebracht habe, um auf der Boule-Fläche zu spielen. Sie fanden die Hundezone. „Eine Kinderzone gibt es nicht“, lautete ihr abschließender Befund. Sie klangen müde. Sie klangen resigniert.

Sie klangen enttäuscht. Sie hatten sich auf einen Ort gefreut, der ihre Imagination zu Höhenflügen angetrieben hatte. Die Realität des Ortes konnte mit ihren Vorstellungen bei weitem nicht mithalten. Alles hatte so vielversprechend geklungen. Die Wortbilder waren so stark gewesen, so einprägsam, so überzeugend und vor allem so lustvoll. Die Realität des Ortes konnte mit dem Versprechen der Worte nicht mithalten. Die Worte waren stärker als der Ort.



Abb. 3: *Park Fiction, Antonipark, Hamburg, 2011.*

Die Realität des Ortes weckte die Wünsche bei ihnen. Sie dachten nicht nur an sich. Sie dachten auch an andere Kinder. Sie dachten sich, dass auch andere Kinder sich so einen Ort anders wünschen würden. Sie hatten gelernt, dass man den Wünschen der anderen nicht trauen kann. Sie hatten gelernt, dass die Versprechen, die Worte geben können, manchmal stärker sind, viel-versprechender sind, als das, was hinter ihnen steckt. Sie hatten gelernt, dass in der Stadt nicht alle das Gleiche wünschen.



Abb. 4: *Park Fiction, Antonipark, Hamburg, 2011.*

Sie hatten gelernt, dass, wenn es um die Rechte der Kinder gehen soll, das Wünschen alleine nicht ausreichend ist. Sie gaben sich nicht sofort geschlagen. Sie waren so schnell nicht von ihren Vorstellungen abzubringen. Sie debattierten. Sie boten. Sie griffen zum Stift. Sie griffen zum Papier. Sie machten sich an die Arbeit. Sie begannen, einen guten Park zu entwerfen, einen, der auch ihnen, der auch anderen Kindern, wie sie betonten, gefallen würde, Spaß machen würde, Freude machen würde. Sie hatten das Wünschen noch nicht aufgegeben. Sie waren sich sicher, dass man das, was man aufzeichnet, auch Wirklichkeit werden lassen kann. Sie waren überzeugt, dass man es nur genau genug entwerfen muss, damit es die anderen, die es dann bauen werden, es sich gut genug vorstellen können, um es dann richtig zu machen. Sie hatten die Konsequenz gezogen. Sie hatten etwas verstanden von den Verhältnissen zwischen den Rechten, den Wünschen und den Kindern. Sie waren sich sicher, dass sie in der Zukunft für ihre eigenen Kinder bessere Orte in der Stadt erfinden würden. Sie gerieten ins Träumen. Ein kleines Schwimmbecken, kann auch aufblasbar sein, an jeder Straßenkreuzung, wenn es im

Sommer so heiß ist, wenn die Ampelschaltung so lange auf Rot ist, das wäre eine wirklich nützliche Erfrischung. Mehr Bäume, damit man die Straßen entlang klettern kann, wären viel lustiger und auch viel gesünder. Mehr Wiesen zum Rollen würden Spaß machen. Mehr Orte, an denen man einfach spielen kann, das wäre das Beste.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Wolfgang H. Wögerer, Vienna, Austria.

Abb. 2: Elke Krasny.

Abb. 3: Elke Krasny.

Abb. 4: Elke Krasny.

Elke Krasny, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Bildenden Künste Wien und an der TU Wien, <http://www.elkekrasny.at/kontakt>

Die „Rückkehr“ der Familien in die Stadt. Ende der Suburbanisierung?

„Ende der Stadtflucht aus Hamburg“ (Hamburger Abendblatt vom 02.06.2006), „Ab in die Mitte“ (Catrin Watermann), „Rückkehr zum Stadtleben“ (Michaela Paus), „Zuhause in der Stadt“ (Schader-Stiftung), „Triumph der City“ (Susanne Beyer), „Neue Heimat Stadt“ (Hanno Rauterberg) – die Liste solch sprechender Titelzeilen¹, die die „Renaissance der Innenstadt“² als Wohn- und Arbeitsort konstatieren und zumeist auch begeistert feiern, ließe sich noch eine ganze Weile fortsetzen.³ Glaubt man der steigenden Zahl solcher wissenschaftlicher und vor allem journalistischer Veröffentlichungen, so erleben die westlichen Industrieländer gerade einen markanten Prozess der *Reurbanisierung*.⁴

¹ Catrin Watermann, Ab in die Mitte – Junge Familien entdecken die Innenstadt als Wohnort, in: Mieter-Magazin 5 (2004); Michaela Paus, Rückkehr zum Stadtleben, in: Kölner Stadtanzeiger 2008. Online verfügbar unter: <http://www.ksta.de/html/artikel/1208124187175.shtml> (Zugriff: 06.09.2010); Schader-Stiftung (Hrsg.), Zuhause in der Stadt – Herausforderungen, Potenziale, Strategien, Darmstadt 2008; Susanne Beyer, Triumph der City, in: Der Spiegel 2 (2006), S. 134–135. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45280077.html> (Zugriff: 06.09.2010); Hanno Rauterberg, Neue Heimat Stadt – Ein Epochenwechsel kündigt sich an. Die Deutschen entdecken das urbane Leben wieder, in: Die Zeit, 34 (2005). Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2005/34/StadtRenaissance> (Zugriff: 06.09.2010).

² Dankwart Guratzsch, Renaissance der Innenstadt. Worauf Stadtplaner sich einstellen müssen, in: Die Welt vom 09.04.2008. Online verfügbar unter <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article6071793/Renaissance-der-Innenstadt.html> (Zugriff: 11.02.2011).

³ Die folgenden Überlegungen finden sich ausführlicher auch in Susanne Frank, Reurbanisierung als innere Suburbanisierung, erscheint in: Alexandra Hill und Achim Prosek (Hrsg.), Metropolis und Region. Herausforderungen für Stadtforschung und Raumplanung zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Dortmund 2011.

⁴ Was der Begriff „Reurbanisierung“ bedeutet, variiert je nach fachlichem Hintergrund und/oder politischem Interesse der SprecherInnen. Quantitativen Betrachtungen wie bei Stefan Siedentop, der „auf feststellbare Anteilsveränderungen verschiedener Raumtypen (Kernstädte, suburbaner Raum, agglomerationsferne Räume) an der Gesamtbevölkerung und –beschäftigung eines Staates oder einer Region abstellt“, stehen qualitative Sichtweisen gegenüber, die mit dem Begriff vor allem eine gesteigerte, realiter meist auf bestimmte städtische Teilräume bezogene Wertschätzung städtischer Wohn- und Lebensweisen verbinden, die sich nicht unbedingt auch quantitativ in Form von gesamtstädtischen Einwohner- und Arbeitsplatzzuwächsen niederschlagen muss. Darüber hinaus ist die strategische Perspektive von Bedeutung: Im stadt(entwicklungs)politischen Diskurs ist Reurbanisierung ein normatives Ziel absichts-

Mit dieser Entwicklung scheint sich eine tiefgreifende Trendwende in der Stadtentwicklung anzudeuten. Im 20. Jahrhundert und insbesondere in den Nachkriegsdekaden haben die westlichen Industriestädte bekanntlich mehr und mehr Einwohner und Arbeitsplätze an ihr Umland abgegeben. *Suburbanisierung* wird deshalb allgemein als bedeutendste Tendenz der fordistischen Stadtentwicklung betrachtet. Die Innenstädte hatten die Kosten dieser Entwicklung zu tragen. Denn ins Umland wanderten „überproportional die jüngeren, besser gestellten, und aktiveren Familienhaushalte sowie die dynamischeren, expandierenden Betriebe“⁵. Im Gegenzug erschienen die Kernstädte immer mehr als „Sammelbecken für ungelöste soziale Probleme“ (Christine Hannemann und Dieter Läßle, o.S.) – als Orte, an denen sich vor allem diejenigen konzentrierten, die auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt wenig Chancen hatten: Arbeitslose, Arme, Alte, Alleinerziehende und Ausländer.

Dieses Bild beginnt sich langsam, aber sicher zu verändern. Mit der Globalisierung und dem Wandel von der Industrie- zu einer wissens- und kulturbasierten Dienstleistungsökonomie geht eine Transformation der wirtschaftlichen Basis der Städte einher, die diese als Standorte für Arbeit und Wohnen wieder attraktiv macht – und zwar aus der Sicht sowohl der Unternehmen als auch der Beschäftigten.⁶ Im Jahre 2003 kam das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zu dem für die Autoren damals selber überraschenden Ergebnis, dass die Beschäftigung in den Jahren seit 1998 jedenfalls in den westdeutschen Ballungsräumen deutlich stärker als im Durchschnitt des Landes angewachsen war. Und als „noch bemerkenswerter“ unterstrichen Kurt Geppert und Martin Gornig, dass ausgerechnet „die Kernstädte, die lange Zeit die eindeutigen Verlierer im räumlichen Strukturwandel waren, die günstigste Entwicklung aufwiesen.“⁷ Träger des städtischen Wachstums waren und sind die überregionalen Dienstleistungen wie Finanz- und Beratungsdienste, Medien und Tourismus, die um ein Vielfaches schneller wuchsen als die Gesamtwirtschaft

vollen planerischen Handelns zur Stärkung der Innenstädte bzw. der innenstadtnahen Quartiere. Die beiden letztgenannten Bedeutungen stehen hier vor allem im Fokus. Stefan Siedentop, Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese, in: Informationen zur Raumentwicklung 34 (2008), S. 193–210, hier: S. 194; Christine Hannemann und Dieter Läßle, Zwischen Reurbanisierung, Suburbanisierung und Schrumpfung, 2004. Online verfügbar unter: www.kommunale-info.de/infotehke/2313.asp (Zugriff: 06.09.2010).

⁵ Walter Siebel, Suburbanisierung, in: Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover 2005, S. 1135-1140, hier: S. 1138.

⁶ Dieter Läßle, Städte im internationalen Kontext – Herausforderungen und Chancen der Globalisierung, in: Schader-Stiftung (Hrsg.), Zuhause in der Stadt – Herausforderungen, Potenziale, Strategien, Darmstadt 2008, S.20-31.

⁷ Kurt Geppert und Martin Gornig, Die Renaissance der großen Städte - und die Chancen Berlins, in: Wochenbericht des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung 26 (2003), S. 411–418, hier: S. 412.

insgesamt und urbane Zentren als Standorte bevorzugten.⁸

Die Rede von der Wiederentdeckung der Städte als Wohnstandorte verbindet sich vor allem mit einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) von 2005. Darin konstatierten die Autoren ein steigendes Interesse am Wohnen in innenstadtnahen Quartieren und prognostizierten, dass die Rückkehr in die Städte zu einem alle Großstädte betreffenden Trend werden würde.⁹ Bisher lässt sich die These einer umfassenden Reurbanisierung empirisch nicht eindeutig belegen.¹⁰ Dennoch gibt es deutliche Anzeichen für eine neue und steigende Wertschätzung der Stadt als Wohn- und Arbeitsort und damit auch für städtische Lebensformen. Die *Stimmung* hat sich erkennbar verändert. Wie auch die eingangs zitierten Schlagzeilen unterstreichen, gibt es ganz offenbar wie zum Beispiel in der Stadt Oldenburg eine „neue Lust auf Stadt“.¹¹

Neue Stadtlust

Die Städte bemühen sich nach Kräften, diese neue Stadtlust in „messbare Zuwanderungsgewinne“ umzusetzen: „Reurbanisierung“ wird vielerorts zum „normativen Ziel der Stadtentwicklung“ erklärt.¹² Und natürlich lässt vor allem der Umstand, dass es die gebildeten und besser verdienenden Teile der Gesellschaft wieder verstärkt in die Stadt zieht, Politiker, Planer und Investoren frohlocken.¹³ Im Fokus der kommunalen Strategien zur Profilierung der Innenstädte als Wohn- und Arbeitsorte stehen deshalb auch vor allem die so genannten jungen Kreativen und die schon etwas etabliertere gehobene Dienstleistungsklasse – jene so genannten neuen „städtischen Leitmilieus“, denen „von Seiten der öffentlichen Akteure eine wichtige stra-

⁸ Ebd.

⁹ Hasso Brühl u.a., *Wohnen in der Innenstadt - eine Renaissance?*, Berlin 2005, S. 30.

¹⁰ Claas Beckord, *Renaissance der (Innen-)Stadt. Mediales Phänomen oder realistische Zukunftsperspektive für die Kernstädte im Ruhrgebiet?*, in: *RaumPlanung* 144/145 (2009), S. 159–163, hier: S. 159; Joachim Scheiner, *Lebensstile in der Innenstadt – Lebensstile am Stadtrand: Wohnstandortwahl in der Stadtregion*, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* 1 (2008), S. 47–62, hier: S. 47.

¹¹ *Stadt Oldenburg, Die neue Lust auf Stadt. Urbanes Wohnen in Oldenburg*, Oldenburg 2007. Online verfügbar unter: http://www.oldenburg.de/stadtol/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/40/Broschuere_urbanes_wohnen.pdf (Zugriff: 06.09.2010).

¹² Beckord, *Renaissance* 2009, S. 159.

¹³ Harald Bodenschatz, *Alte und neue Wohnungsfrage. Nicht mehr die Versorgung Bedürftiger, sondern das Umwerben Begehrter bewegt Anbieter und Planer zu Wohnungen*, in: *Deutsches Architektenblatt* 11 (2007), S. 12–15; Wüstenrot-Stiftung (Hrsg.), *Städte und Baugemeinschaften*, Stuttgart und Zürich 2009, S. 7; Heinrich Wefing, *Einige Anmerkungen zum neu erwachten Interesse am Wohnen in den Zentren*, in: Ders. und Bettine Hintze (Hrsg.), *Die besten Einfamilienhäuser in der Stadt. Deutschland – Österreich – Schweiz*, München 2009, S. 8-18.

tegische Rolle für die ökonomische Zukunft der Städte zugeschrieben wird“.¹⁴ Es geht also darum, die neue Stadtaffinität der (gehobenen) Mittelschichten nach Kräften zu fördern.

Von allen „Reurbaniten“ wird nun eine Gruppe in besonderer Weise bestaunt und bejubelt: die jungen Stadtfamilien.¹⁵ Denn lange Zeit stimmte es ja – wenn die Begriffe „Familie“ und „innerstädtisches Wohnen“ in einem Satz zu finden waren, so ging es dabei in aller Regel um Abwanderung. Dass sich junge Menschen – so sie denn die Mittel dazu haben – ein Häuschen im Grünen suchten, sobald sich Nachwuchs einstellt, galt als selbstverständlich. Nun aber entscheiden sich junge Familien, die sich ein vorstädtisches Eigenheim sicherlich leisten könnten, gezielt und bewusst für den Verbleib in der Stadt beziehungsweise bzw. für die Rückkehr in die Stadt. Aus *Yuppies* (young urban professionals) und *Dinks* (double income no kids) werden *Yupps* (young urban professional parents, Lia Karsten, Family Gentrifiers, vgl. Fussnote 23) und *Diwiks* (double income with kids, Frank, Reurbanisierung, Suburbanisierung, vgl. Fussnote 3). Sie erwerben Eigentum oder wohnen zur Miete.

Diese Gruppe der neuen Stadtfamilien im Besonderen ist gemeint, wenn allenthalben das „Ende der Stadtflucht“ gefeiert wird. Dabei bringt die häufig gebrauchte Redewendung von der „Rückkehr der Familien“ in die Stadt den eben konstatierten Mittelschichten-Fokus der Debatte deutlich zum Ausdruck: Denn gerade die inneren Bezirke vieler Städte waren ja immer Wohnorte von Familien geblieben: Dort leben überproportional viele ärmere und migrantische Familien. Insofern entbehrt die Behauptung der „Rückkehr“ der Familien nicht eines gewissen Zynismus.

Innerstädtischer Eigenheimbau

Das Bemühen, die Städte den Ansprüchen und Bedürfnissen dieser Zielgruppen entsprechend zu gestalten, ist allerorten zu beobachten. Wie die Stadtplanerin Gisela Schmitt betont, werden im Rahmen der städtischen Reurbanisierungsstrategien vor allem zwei Angebotstypen für das innerstädtische Wohnen entwickelt: Zum einen das „Lifestyle-Wohnen“ für die „unkonventionellen, weltläufigen Stadtbewohner“, die Wert auf „außergewöhnliche, großzügige Wohnungen in urbaner Umgebung mit hohem Freizeit-Wert“ legen.¹⁶ Zum anderen, und darum soll es hier im Beson-

¹⁴ Gisela Schmitt, Die Stadt als Wohnort für alle – Bestand- und Wohnungspolitik unter neuen Vorzeichen, in: Dies. und Klaus Selle (Hrsg.), Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt, Dortmund 2008, S. 237–256, hier: S. 251.

¹⁵ Zu den anderen Gruppen siehe Susanne Frank, Reurbanisierung als innere Suburbanisierung, erscheint in: Alexandra Hill und Achim Prosek (Hrsg.), Metropolis und Region. Herausforderungen für Stadtforschung und Raumplanung zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Dortmund 2011.

¹⁶ Schmitt, Die Stadt als Wohnort für alle 2008, S. 251.

deren gehen, boomt der urbane Eigenheimbau für Familien. PolitikerInnen und PlanerInnen wird empfohlen, „innenstadtnahen Wohnungsneubau in Form von Wohnungen und Wohnformen (zu realisieren), die bisher primär im Stadtrandbereich oder suburbanen Raum zu finden waren“.¹⁷ Fieberhaft bemühen sich die Kommunen, die Einfamilienhaus-Nachfrage innerhalb der Stadt zu befriedigen, um die umworbenen Mittelschicht-Familien in die Stadt zurück zu locken oder dort zu halten (siehe zum Beispiel Paus). In zahlreichen Bestandsquartieren entstehen neue „Wohnparks“; gute (und später noch betrachtete) Beispiele sind hier das Gilde-Carrée in Hannover oder der Marthashof in Berlin-Prenzlauer Berg. Es werden aber auch ganze Stadtquartiere neu gebaut; man denke an Tübingen-Französisches Viertel, Freiburg-Vauban oder Berlin-Rummelsburger Bucht. Diese Angebote zielen klar auf aktive, mobile und gut verdienende Mittelschicht-Familien vor allem des bürgerlich-liberalen und des grün-alternativen Milieus.

Family Gentrification

Was das Wohnen im Bestand angeht, so richtet sich das Interesse der urban orientierten Mittelschichten vor allem auf attraktive Altbau-, meist Gründerzeitviertel mit besonderen sozialen und physischen Qualitäten. Insgesamt stellen diese Gruppen besondere Ansprüche an ihr (gewachsenes oder neu gebautes) städtisches Wohnumfeld. Aufgrund ihres meist hohen ökonomischen, sozialen und/oder kulturellen Kapitals sind *Yuppies* und *Dinks*, aber vor allem auch *Yupps* und *Diwiks* in der Lage, diese Viertel ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprechend (um) zu gestalten.¹⁸ Mit gutem Grund werden Reurbanisierungsprozesse deshalb häufig auch im Zusammenhang mit *Gentrifizierung* diskutiert (Frank, Suburbanisierung und Gentrifizierung); im Falle der jungen Stadtfamilien wird von „family gentrification“ gesprochen.

In den USA sind Begriff und Phänomen der *family gentrification* schon recht lange bekannt: Peter Marcuse hat den Terminus schon 1986 in die US-amerikanische Debatte eingeführt und damit „die abschließende Phase der Auf- und Umwertung eines Wohnviertels“ gekennzeichnet, in der Personen zuziehen, „die älter als

¹⁷ Katrin Sandfuchs, Die Motive der Wohnstandortwahl und die Bewohnerstruktur innenstadtnaher Neubaugebiete am Beispiel von Hannover, in: Steffen Maretzke (Hrsg.), Städte im demografischen Wandel – Wesentliche Strukturen und Trends des demografischen Wandels in den Städten Deutschlands, Wiesbaden 2008, S. 83-92, hier: S. 83.

¹⁸ Vgl. Lia Karsten, The upgrading of the sidewalk: from traditional working-class colonisation to the squatting practices of urban middle-class families, in: Urban Design International - Special Issue on Liveable Streets 2 (2008), S. 61-66; Catrin Watermann, Ab in die Mitte – Junge Familien entdecken die Innenstadt als Wohnort, in: MieterMagazin 5 (2004).

30 Jahre sind und kleine Kinder haben“.¹⁹ In Deutschland handelt es sich dagegen um eine vergleichsweise neue Entwicklung: Hierzulande wurden die Familien lange Zeit zu den Verlierergruppen gezählt: zu denen, die von *Yuppies* und *Dinks* aus den Innenstädten verdrängt wurden. Nun aber tauchen Mittelschicht-Familien vermehrt auf der Seite der Gentrifier-Haushalte auf. Hier sticht vor allem auch das gezielte und bewusste *Verbleiben* junger Eltern in gehobenen innerstädtischen Wohnvierteln hervor. Berlin-Prenzlauer Berg und zunehmend auch Berlin-Friedrichshain, das Münchner Glockenbachviertel oder Amsterdams Port District sind bekannte Beispiele dafür, wie ganze Stadtviertel entsprechend den Anforderungen und Präferenzen von Mittelschichtfamilien überformt und aufgewertet werden. Nicht selten geht dies mit der (unbeabsichtigten oder gezielten) Verdrängung bisheriger Bewohner- oder Nutzergruppen einher.²⁰

Orientierung auf die Stadt

An der Basis der verstärkten Nachfrage von Mittelschicht-Familien nach städtischen Wohnstandorten stehen gewandelte Rollen- und Familienmodelle. Gut gebildete Frauen und zunehmend auch viele Männer sind nicht (mehr) bereit, zwischen Kindern und Karriere zu wählen, sondern erheben den Anspruch, Familie und qualifizierte Berufstätigkeit möglichst gleichberechtigt zu verbinden. Eine wichtige Voraussetzung der Bewältigung der damit verbunden enormen Herausforderungen der Alltagsorganisation ist ein zentral gelegenes städtisches Wohnumfeld, das vielfältige personen- und familienbezogene Infrastrukturen und Dienstleistungen und damit auch kurze Wege bietet. Darüber hinaus wollen viele junge Eltern ihren urbanen Lebensstil und ihre im Laufe von Ausbildung, Studium, Berufstätigkeit etc. gewachsenen sozialen Netze keinesfalls aufgeben. Die allermeisten verbindet die Ablehnung der traditionellen suburbanen Lebensweise und ein emphatisches Bekenntnis zur Stadt als Lebensort. Viele junge Eltern schwärmen vom quirligen städtischen Leben, von der Internationalität und der Buntheit der Lebensstile, von der breiten Palette an Läden, Restaurants und Cafés, von der Vielfalt des kulturellen Angebots. „Daily activity patterns, social networks and urban identities lie at the heart of an urban orientation“, fasst Lia Karsten zusammen.²¹

¹⁹ Monika Alisch, *Frauen und Gentrification - der Einfluss von Frauen auf die Konkurrenz um den innerstädtischen Wohnraum*, Wiesbaden 1993, S. 126.

²⁰ Zu den verschiedenen Formen von Verdrängung s. Andrej Holm, Kap. 6: Andrej Holm, *Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung*, Münster 2010.

²¹ Lia Karsten, *Housing as a way of life: Towards an understanding of middle class families' preferences for an urban residential location*, in: *Housing Studies* 1 (2007), S. 83-98, hier: S. 84.

„Sozialstruktur“ als Standortkriterium

Deutlich ist allerdings, dass die jungen Stadtfamilien sich bei weitem nicht für jedes innerstädtische Quartier interessieren. Ihre Nachfrage ist selektiv; sie richtet sich gezielt auf einige ausgewählte Stadtteile. Ein halbwegs attraktives Wohnraumangebot ist dafür eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Allen Bekenntnissen zur urbanen Vielfalt zum Trotz wird deutlich, dass die *Yupps* und *Diwiks* (wie alle anderen sozialen Gruppen auch) vor allem solche Quartiere präferieren, in denen sie im Alltagsleben weitestgehend „unter ihresgleichen bleiben“ können. „Urbane Gegensätze“ so hat es Hanno Rauterberg auf den Punkt gebracht, sehen sie lieber aus der Ferne.²² Mittlerweile zahlreich vorliegende Studien zum Alltagsleben und Quartiersbezug der „neuen Stadtfamilien“ zeigen übereinstimmend, dass *Sozialstruktur* das entscheidende Standortkriterium ist.²³ Das ausgesprochene „Wohlfühlen“ im jeweiligen Quartier wird vom Großteil der untersuchten Stadeltern auf die „angenehme soziale Zusammensetzung“ zurückgeführt. Das heißt konkret, dass die Nachbarn ganz überwiegend derselben sozialen Schicht und derselben ethnischen Gruppe angehören und sich zudem in derselben Familienphase befinden. Die Kinder, so wird argumentiert, könnten sich unkompliziert treffen und man habe durch diese viele Anknüpfungspunkte. Die gerade für berufstätige Eltern so essentiellen sozialen Netzwerke der gegenseitigen Unterstützung, deren Bedeutung auch in zahlreichen Reportagen beschrieben wird, entstünden so zwang- und problemlos. Lia Karsten zitiert die typische Aussage einer Bewohnerin des Amsterdamer Port District wie folgt: „Social life with the people of this neighbourhood is just *gezellig*.“

²² Hanno Rauterberg, Neue Heimat Stadt – Ein Epochenwechsel kündigt sich an. Die Deutschen entdecken das urbane Leben wieder, in: Die Zeit, 34 (2005). Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2005/34/StadtRenaissance> (Zugriff: 06.09.2010).

²³ Sandra Bernien, Urbanes Leben. Warum bevorzugen Akademikerinnen mit Kindern den innenstädtischen Berliner Ortsteil Prenzlauer Berg als Lebensort und hat diese Wohnstandortentscheidung Konsequenzen für ihr Reproduktionsverhalten? Diplom-Arbeit im Studiengang Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Berlin 2005. Online verfügbar unter: https://zope.sowi.hu-berlin.de/lehrebereiche/stadtsoz/abschlussarbeiten/Diplomarbeit_SBernien.pdf (Zugriff 06.09.2010); Tim Butler und Garry Robson, London Calling – The Middle Class and the Re-making of Inner London, Oxford und New York 2003; Nadine Ehrenbrusthoff, Die Innenstadt als Wohnort der Familie. Eine Fallstudie am Beispiel von Familien im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg. Diplom-Arbeit im Studiengang Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Berlin 2005. Online verfügbar unter: <https://zope.sowi.hu-berlin.de/lehrebereiche/stadtsoz/abschlussarbeiten/DiplomArbeitEhrenbrusthoff.pdf> (Zugriff: 06.09.2010); Lia Karsten, Family Gentrifiers: Challenging the City as a Place Simultaneously to Build a Career and to Raise Children, in: Urban Studies 12 (2003), S. 2573–2584; Isabella Kleiner-Weidhaas, Die „neue“ Kinderfreundlichkeit in einem gentrifizierten Innenstadtgebiet - untersucht am Beispiel des Münchner Glockenbachviertels, München 2006, und Beobachtungen der Autorin.

It is all the same kinds of people who want to live in Amsterdam, many young families, all working parents [...] Our neighbors had children relatively late in life, like we did [...] We take care of each other's children if necessary."²⁴

Als besonderer Vorzug der ausgewählten Quartiere wird in diesem Zusammenhang auch das allgemein hohe Bildungsniveau beschrieben. So treffe man selbst auf den Elternabend immer wieder „sehr interessante Leute, vor allem auch vom Bildungsstand her“.²⁵ Ein multikulturelles Klima, wie es . zum Beispiel Berlin-Kreuzberg kennzeichnet, wird durchgehend als ungünstig für das Kinderaufziehen bewertet, insbesondere mit Blick auf die Schulsituation.²⁶ Die Sorge um die Qualität der schulischen und sonstigen Bildung sowie um die Sozialisation der Kinder spielt eine herausragende Rolle im Hinblick auf die Wohnstandortwahl.²⁷ Und insofern verwundert es auch nicht, dass eine vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) in Auftrag gegebene *empirica*-Studie zu Stadtentwicklung und Integration gerade erneut bestätigt hat: Stadtkinder leben in sozial weitgehend getrennten Welten. „In ethnisch geprägten Wohnquartieren wohnen überdurchschnittlich viele Familien (mit Migrationshintergrund) mit Kindern, während sich die Familienanteile bei den Haushalten ohne Migrationshintergrund genau gegensätzlich verteilen (größerer Familienanteil in Wohnquartieren mit geringem Migrantenanteil).“²⁸ In Politik und Planung wird die zentrale Bedeutung von Schule/Bildung als Ursache der Herausbildung und Vertiefung von sozialen Segregationstendenzen immer noch viel zu wenig beachtet.

Was noch nicht passt, wird passend gemacht

Und dort, wo die innerstädtischen Wohnviertel ihren Bedürfnissen noch nicht genügen, entfalten Mittelschicht-Eltern zahlreiche politische, soziale und kulturelle Aktivitäten, um diese ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprechend umzuprägen. So verändern sich Freizeit- und Konsumangebote sowie soziale Infrastrukturen; beispielsweise findet man zahlreiche Initiativen zur Gründung von Krabbelgruppen, Kitas und zunehmend eben auch Schulen.²⁹ Karsten hat beobachtet, wie stark Familien Bürgersteige als Spiel-, Aufenthalts- und Kommunikationsräume in Besitz

²⁴ Karsten, Family Gentrifiers 2003, S. 2582.

²⁵ Ehrenbrusthoff, Die Innenstadt 2005, S. 79.

²⁶ Ehrenbrusthoff, Die Innenstadt 2005, S. 80, ebenso Bernien, Urbanes Leben 2005, S. 75.

²⁷ Vgl. Butler und Robson 2003.

²⁸ Migration/Integration und Stadtteilpolitik - Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration, hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. BMVBS-Online-Publikation 08/2010.

²⁹ Siehe hierzu zum Beispiel die Versuche, in Berlin-Kreuzberg eine evangelische Schule zu gründen.

nehmen.³⁰ Sehr häufig tun sich Eltern auch zusammen, um für mehr „Sauberkeit und Ordnung“ im Kiez zu sorgen und auf die kindergerechte Umgestaltung von Baulücken, Parks und Grünanlagen hinzuwirken. Diese Anstrengungen gehen nicht selten auf Kosten anderer Nutzergruppen. Ein typisches Beispiel hierfür ist der bis dahin eher von Marginalisierten frequentierte Traveplatz in Berlin-Friedrichshain. Ausgerechnet unter der Überschrift „Trave für alle“ hat sich 2003 eine AnwohnerInneninitiative gegründet, um den Traveplatz kindergerecht umzugestalten. Diese Kampagne richtete sich vor allem gegen die Präsenz von unangepassten Jugendlichen, Trinkern, Punks, Obdachlosen und Hundehaltern.

Dörfer in der Stadt

Die Erkenntnis, dass Urbanität mit ihren Gegensätzen, Spannungen und Ambivalenzen von vielen der neuen Städter vor allem als Hintergrundmusik nachgefragt wird, machen sich vor allem diejenigen zunutze, die Quartiere oder Wohnanlagen für die heiß umworbenen Nutzergruppen neu entwickeln. „Kann man gleichzeitig in der Stadt und auf dem Land leben?“ fragt der Investor *Stofanel* in seinem Werbeprospekt rhetorisch. Die Antwort ist der Berliner „Marthashof“, ein „urban village“, das ein dörfliches Wohngefühl inmitten der städtischen Umgebung verheißt: „Aus dem ruhelosen Treiben der umliegenden Metropole kehren Sie in die erholsame Geborgenheit ihres friedlichen Hauses im Marthashof zurück.“³¹ „Das urbane Dorf ist ein Ort mit grünen Flächen und Natur – eine Idylle, wo Menschen sich beschützt und geborgen fühlen können“, lässt sich *Stofanel*-Inhaber Ludwig Stoffel in der Berliner Zeitung zitieren.³² Ganz ähnlich heißt es im Konzept des Gilde-Carrés in Hannover-Linden, hier werde „eine besondere Wohnform entwickelt, die sich nach den Notwendigkeiten und Bedürfnisse von heutigen Stadtbewohnern richten [*sic!*]. Zum einen also die vielfältigen urbanen Qualitäten der Innenstadt zu nutzen, zum anderen privates Wohneigentum in Form eines Hauses zu erwerben und nicht auf den Genuss von Ruhe, Garten und Hof verzichten zu müssen.“³³ Diese Rhetorik der Vereinigung der besten Eigenschaften von Stadt- und Landleben unter Vermeidung der jeweiligen Nachteile ist aus der Suburbanisierungsgeschichte bestens bekannt. Auch dies ist in meinen Augen ein Indiz dafür, dass hier bislang suburban verortete und erfüllte Wohnwünsche und -bedürfnisse in die Innenstädte rückverlagert werden. Beide Projekte, Marthashof und Gilde-Carré, können exemplarisch

³⁰ Karsten 2008.

³¹ <http://www.stofanel.com/de/marthashof.html#/Marthashof/Offering>. (Zugriff: 05.08.2010).

³² Till Schröder, Dorfleben für Großstädter. Berlins Immobilienmarkt kennt ein neues Produkt: Das "urban village" soll das Beste aus Großstadt- und Landleben vereinen, in: Berliner Zeitung vom 30.08.2008.

³³ http://www.ostland.de/gilde_carre/konzeption. (Zugriff: 05.08.2010).

für das neue Stadtwohnen stehen. Es handelt sich um abgeschlossene Ensembles, die die Distanz zu ihrer Umgebung materiell und symbolisch hervorheben. „Das Eigentum und der Privatismus werden zum Leitmotiv erhoben.“³⁴ Neu und bemerkenswert ist auch die Selbstverständlichkeit, mit der der allergrößte Teil dieser urban-suburbanen Enklaven materiell und symbolisch gegen seine Umgebung gesichert wird: mit Mauern und Zäunen, Doormen, Video-Klingelanlagen und ähnlichem mehr.

Urban-suburbane Familienenklaven in den Cities

Insgesamt wird deutlich, dass sich das Interesse der jungen Mittelschicht-Familien vor allem auf solche Viertel richtet, in denen das Umfeld „passt“ oder jedenfalls „passend gemacht“ werden kann. „Wir machen uns die Welt, widdi wie sie uns gefällt“, heißt es ganz sinnig am Eingang zum Freiburger Familienquartier Vauban. Neben attraktiven Bauformen und physischen wie sozialen Infrastrukturen gehört die soziale, kulturelle und (meist auch) ethnische Hegemonie der eigenen Gruppe zu den ‚Musts‘. Das Alltagsleben außerhalb der Erwerbsarbeit ist stark nachbarschaftsorientiert. Zieht man die deutlich veränderten Geschlechterrollen ab, so scheinen hier soziale Strukturen, Muster der alltäglichen Lebensführung und Werthaltungen hervor, die stark an die klassische Suburbanisierung erinnern. Immer häufiger beobachten wir die von Politik und Planung unterstützte Herausbildung von Mittelschicht-Familienenklaven mitten in den *Cities*. Viele davon sind sozial homogener sind als es das klassische Häuslebauer-Suburbia je war.

³⁴ Bettina Schlomka und Verena Gernert, Das Gilde Carré in Hannover – Beispielprojekt für städtisches Wohnen, in: Wohnbund-Informationen 1 (2006). S. 26–28, hier: S. 26.



Abb. 1: Wandmalerei im Quartier Vauban Freiburg: „Wir machen uns die Welt, widdi-wie sie uns gefällt.“

Reurbanisierung/Gentrifizierung als innere Suburbanisierung

Meine These lautet deshalb, dass im Innern der Städte eine neue, an die gewandelten Geschlechterbeziehungen und die neuen Arbeitsverhältnisse der flexiblen Ökonomie angepasste Form der Suburbanisierung entsteht – ohne langes Pendeln von Männern und mit berufstätigen Müttern. Wie bei den industriegesellschaftlichen Vorstadtsiedlungen geht es auch bei den neuen Familienklaven „um die Möglichkeit der Entwicklung eines möglichst störungsfreien Privatlebens im Alltag – in räumlicher Distanz zu den jeweiligen sozialen, kulturellen oder wirtschaftlichen Verwerfungen seiner Zeit“.³⁵ So betrachtet weist der aktuelle Zug der neuen Mittelschichten *in die Stadt*, das heißt in Viertel mit bereits vorhandener oder zu schaffender Mittelklasse-Hegemonie, auch funktional eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten mit der Abwanderung der Mittelschichten der fordistischen Industriegesellschaft *aus der Stadt* in die *Suburbs* auf. Damit können die Familienklaven als

³⁵ Ilse Helbrecht, Stadt der Enklaven - Neue Herausforderungen der Städte in der globalen Wissensgesellschaft, in: Neues Archiv für Niedersachsen. Zeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesentwicklung 2 (2009), S. 2-17, hier: S. 15.

funktionale Äquivalente der traditionellen suburbanen Siedlungen betrachtet werden. Anstelle der großflächigen Segregation von Innenstadt und Umland beobachten wir heute die Entstehung von Mittelschicht-Inseln umgeben von ärmeren Wohngebieten. Die Funktion der sozialräumlichen Abgrenzung bleibt indes dieselbe.

Wie ich an anderer Stelle ausführlicher dargelegt habe, führt deshalb auch die im Zuge der Reurbanisierungsdiskussion häufig vorgenommene Entgegensetzung von Suburbanisierung und Gentrifizierung als zweier einander diametral entgegengesetzter Wohn- und Lebensformen in die Irre.³⁶ Gerade der Blick auf das Phänomen der *Family Gentrification* wirft die Frage auf, ob Reurbanisierungs-/Gentrifizierungsprozesse nicht vielmehr zutreffend als eine Form innerer Suburbanisierung zu beschreiben wären.

Abbildungsnachweis:

Abb. 1: SUSI (Selbstorganisierte Unabhängige Siedlungs-Initiative) GmbH Freiburg.

**Prof. Dr. Susanne Frank, Stadt- und Regionalsoziologie TU Dortmund,
susanne.frank@tu-dortmund.de**

³⁶ Susanne Frank, Suburbanisierung und Gentrifizierung – Je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück, erscheint in: Heike Herrmann u.a. (Hrsg.), Die Besonderheit des Städtischen, Wiesbaden 2011.

Familien in der Stadt: Gratwanderungen zwischen Wünschen und Wirklichkeiten

Vorbemerkung

Herkömmliche Suchmaschinen verweisen im Internet unter dem Stichwort ‚Familien in der Stadt‘ auf unzählige Seiten mit Informationen zur Familienfreundlichkeit unterschiedlichster Klein-, Mittel und Großstädte in Deutschland. Es existiert offenbar ein normativer Konsens über die Notwendigkeit eines familienfreundlichen Klimas in urbanen Lebenswelten. Doch was verbirgt sich hinter dem Begriff der Familienfreundlichkeit? Welche Vorstellungen von Familie liegen den jeweiligen freundlichen Bemühungen zugrunde? In welcher Beziehung stehen Familie und Stadt? Wer interessiert sich warum in Städten für welche Belange von Familien? Eine Beantwortung dieser Fragen erfordert zunächst ein Nachdenken über die Konturen und die geschichtliche Entwicklungsdynamik des Gegenstandes ‚Familie und Stadt‘. Auf dieser Grundlage lassen sich in einem nächsten Schritt aktuelle familiäre Lebenswelten und deren Entwicklungstrends in unterschiedlichen Städten unter sachlichen, sozialen und räumlichen Gesichtspunkten beleuchten, um abschließend Möglichkeiten und Grenzen einer räumlichen Gestaltung urbaner Lebenswelten für unterschiedliche Familientypen zu diskutieren.

Städtische Familien gestern und heute

Ein Blick in die Statistik¹ zeigt, dass sich die Zahl der Haushalte im früheren Bundesgebiet zwischen den Jahren 1961 und 1990 von 20 Millionen auf 28 Millionen erhöht hat. Dass dieser Zuwachs nicht zugunsten von Familien ausgefallen ist, wird an der Tatsache deutlich, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte im selben Zeitraum von 21 % auf 35% gestiegen ist, während der Anteil von Haushalten mit drei und mehr Personen von knapp 53% auf knapp 35% gesunken ist. Besonders auffällig ist dabei der starke Rückgang von Haushalten mit fünf und mehr Personen von 14% auf 5%. Die Daten für Ost- und Westdeutschland zusammen verweisen ab

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland, Bevölkerung. <http://www.destatis.de> (Zugriff am 24.05.11).

dem Jahr 1991 auf einen Zuwachs der Haushalte von 35 Millionen auf 40 Millionen im Jahr 2009; dabei erhöhte sich der Anteil von Einpersonenhaushalten von 34% auf 40% und der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen sank von 36% auf 26%. Diese Langzeitbetrachtung belegt den Entwicklungstrend einer wachsenden Zahl von Haushalten, die zunehmend aus einer Person bestehen. Gründe hierfür sind steigende Scheidungsraten mit der Folge des Alleinlebens oder der Gründung von zusammen oder getrennt lebenden Patchwork-Familien, sinkende Geburtenziffern, hinausgeschobenes Heiratsalter, zunehmende räumliche Mobilität und Auflösungstendenzen der Bindungen zwischen Generationen im Erwachsenenalter.

Vorliegende Daten zum Generationsverhältnis aus dem Jahr 2009 zeigen, dass unter den bundesdeutschen Haushalten² nur noch in 1% aller Haushalte drei und mehr Generationen unter einem Dach lebten, 29% waren Zweigenerationenhaushalte; sich der Anteil der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren von 27% im Jahr 1991 auf 20% im Jahr 2009 verringert hat und nur in 6% aller Haushalte jüngere Menschen mit Senioren zusammenleben, während 24% der Haushalte Menschen im Seniorenalter ab 65 Jahren umfassen. Diesen Daten zufolge können wir nicht von einer rosigen Zukunft des Zusammenlebens von jüngeren und älteren Generationen ausgehen. Insbesondere die Bedingungen des Arbeitsmarktes erfordern bei Erwerbstätigen in vielen Teilräumen der Bundesrepublik wie im europäischen und außereuropäischen Ausland zunehmend räumliche Mobilität, vielfach mit dem Ziel großstädtischer Agglomerationen. Dabei sind auch Familien mit minderjährigen Kindern – ob als Ehepaar-Familien, Lebensgemeinschaften oder Alleinerziehende – öfter zu multilokalen Lebensformen und Alltagsarrangements gezwungen.³ Betrachtet man die im Bundesgebiet im Jahr 2009 registrierten knapp 16 Millionen Einpersonenhaushalte⁴ im Vergleich zu den 24 Millionen Mehrpersonenhaushalten⁵, so verweist Tabelle 1 auf einige Unterschiede.

² Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland, Haushalte . <http://www.destatis.de> (Zugriff am 24.05.2011).

³ Vgl. Nicola Hilti, Hier – Dort – Dazwischen. Lebenswelten multilokal Wohnender im Spannungsverhältnis von Bewegung und Verankerung, Diss. ETH Nr. 19543, Zürich 2011; Marcus Menzl u.a., Wohnen in der HafenCity. Zugangsmotive, Alltagserfahrungen, nachbarschaftliche Aktivitäten. Materialien zur HafenCity Nr. 1, Hamburg 2011, S. 75-97.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1, Reihe 3, Wiesbaden 2011, S. 24.

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, S. 26.

Merkmale	Einpersonenhaushalte	Mehrpersonenhaushalte
Wohnort mit <ul style="list-style-type: none"> • bis zu 20.000 Einwohnern (EW) • 20.000 bis zu 100.000 EW • mehr als 100.000 EW 	31% 26% 43%	42% 28% 30%
Alter des Haupteinkommensbeziehers <ul style="list-style-type: none"> • bis 25 Jahre • 25 bis 65 Jahre • 65 Jahre und älter 	8% 57% 34%	3% 71% 24%
Familienstand <ol style="list-style-type: none"> 1. ledig 2. getrennt lebend/geschieden 3. verwitwet 4. verheiratet zusammenlebend 	49% 24% 28%	14% 9% 3% 75%
Nettoeinkommen pro Monat <ul style="list-style-type: none"> • weniger als 1.500 EUR • 1.500 bis 2.600 EUR • 2.600 EUR und mehr • Sonstige 	65% 23% 6% 6%	15% 35% 42% 9%
Lebensunterhalt <ol style="list-style-type: none"> a) Erwerbstätigkeit b) Staatliches Transfereinkommen c) Rente, Pension d) Vermögen e) Unterstützung von Angehörigen 	45% 12% 38% 1% 5%	65% 7% 27% 1% 1%

Tabelle 1: Sozialstrukturelle Charakteristika von Ein- und Mehrpersonenhaushalten in der Bundesrepublik im Jahr 2009. Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, S. 24-27. (Differenzen zu 100% ergeben sich aus Rundungsfehlern).

Alleinlebende, deren Anteile in den Altersgruppen unter 25 und über 65 Jahren höher sind, bevorzugen offenbar eher größere Städte und verfügen häufig über geringe Einkommen. Demgegenüber führt umfangreichere Erwerbstätigkeit bei den Mehrpersonenhaushalten, die dominant in mittleren Altersgruppen vertreten sind, zu höheren Durchschnittseinkommen. Letztere setzen sich bei einem Drittel aller Familien aus zwei Gehältern zusammen.⁶

⁶ Vgl. Hamburger Abendblatt vom 14./15.05.2011, Nur noch jede dritte Familie lebt von einem Gehalt.

Verändert hat sich zwischen den Jahren 1996 und 2009 auch das Spektrum der Familien mit minderjährigen Kindern⁷: Der Anteil der Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren sank von 81% im Jahr 1996 auf 73% im Jahr 2009. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Anteile der Lebensgemeinschaften von 5% auf 9% und die der Alleinerziehenden von 14% auf 19%. Familien mit einem Kind verteilten sich zu 64% auf Ehepaare, 11% auf Lebensgemeinschaften und 25% auf Alleinerziehende, während 3 und mehr minderjährige Kinder zu 84% mit Ehepaaren, zu 5% in Lebensgemeinschaften und zu 11% mit alleinerziehenden Eltern leben. Die insgesamt 8,2 Millionen Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren bevorzugten im Jahr 2009 Wohnstandorte in Gemeinden mit bis zu 50.000 Einwohnern: Von den 6 Millionen Ehepaar-Familien lebten 65% in diesem Gemeindetyp, 16% in Gemeinden zwischen 50.000 und 200.000 Einwohnern und 20% in Großstädten mit mehr als 200.000 Einwohnern. Die Präferenz für Großstädte steigt bei den 702.000 familiären Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren auf 27% und bei den 1,5 Millionen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern auf 29%.⁸ Auch Karten des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung⁹ bestätigen mit Daten aus dem Jahr 2008 die Präferenz von Haushalten mit Kindern für ländliche Gebiete und Kleinstädte, während sich Einpersonenhaushalte in großstädtischen Agglomerationen konzentrieren. Erklärbar wird dieser Sachverhalt mit der Tatsache, dass die höchsten Haushaltseinkommen in den Stadtregionen um München, Stuttgart, Frankfurt/Wiesbaden, Düsseldorf/Köln und Hamburg auch mit den höchsten Miet- und Wohnungspreisen verknüpft sind.¹⁰ Sie verdrängen vor allem Mehrpersonenhaushalte mit einem niedrigen Pro-Kopf-Einkommen in peripherere Wohnlagen und begünstigen berufliche Pendelbeziehungen, die sich in der Stadtregion Hamburg wie in Abbildung 1 darstellen.

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland, Familien mit minderjährigen Kindern. <http://www.destatis.de> (Zugriff am 24.05.2011).

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, S. 61-63.

⁹ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Deutschland anders sehen. Atlas zur Raum- und Stadtentwicklung. Bonn 2010. S. 27 und 33.

¹⁰ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, S. 91, 101 und 103.

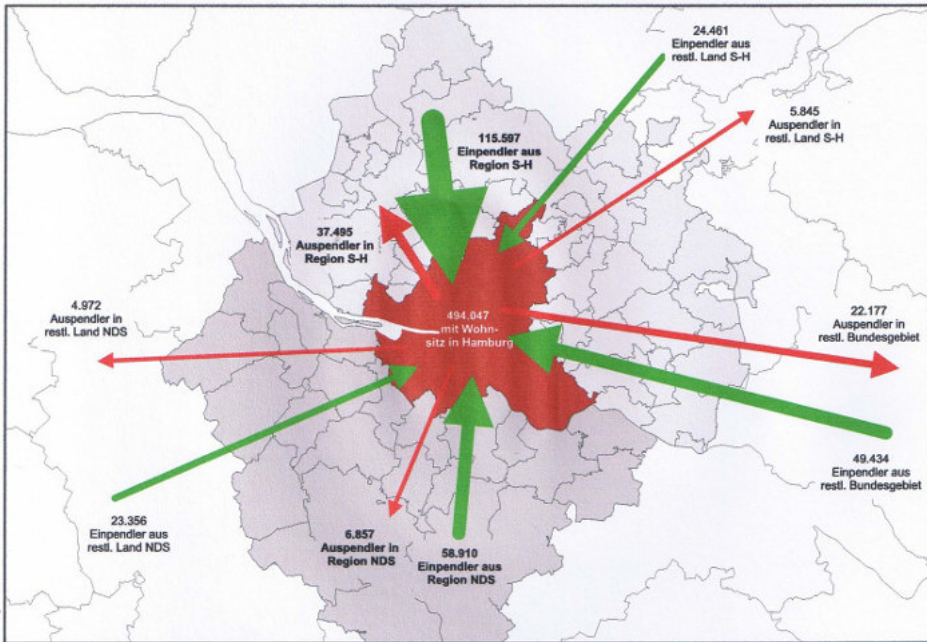


Abb. 1: Pendlerbeziehungen in der Stadtregion Hamburg im Jahr 2002.

Die in den verfügbaren Daten sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen erfordern heute und in Zukunft Klarheit darüber, von welchen Familien wir in welchen Städten bzw. deren Teilräumen sprechen. Die tradierte Vorstellung einer Normalfamilie mit einem verheirateten Elternpaar, einem oder mehreren Kindern und vielleicht noch Großeltern ist in der heutigen gesellschaftlichen und vor allem urbanen Wirklichkeit längst nicht mehr ein vorherrschendes Phänomen. Hinzu kommen unterschiedliche Konstellationen von sogenannten Patchwork-Familien, bestehend aus Lebensgemeinschaften mit Kindern aus vorgängigen Partnerschaften sowie Alleinerziehende, von denen immer noch die Mehrheit weiblich und vielfach gering verdienend ist. Die Daten zur Staatsangehörigkeit und zum Bildungsstand erwachsener Familienmitglieder¹¹ zeigen, dass in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2009 mindestens ein Elternteil Ausländer¹² ist bei 18% aller Ehepaar-Familien, 11%

¹¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, S. 61-64.

¹² Gemeint ist hier die aktuelle Staatsangehörigkeit. Nicht enthalten sind in diesen Daten Eltern mit ausländischer Herkunft, die inzwischen eingebürgert wurden. D.h. der Anteil von Familien, in denen mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist, ist deutlich höher und wurde im Jahr 2007 mit 27% angegeben (vgl. Statistisches Bundesamt, Familienland Deutschland. Begleitmaterial zur Presse-

aller Lebensgemeinschaften und 10% aller Alleinerziehenden. Nur 12% aller Alleinerziehenden verfügen über einen höheren Bildungsabschluss (Fachhochschul- oder Hochschulabschluss), während 26% dieser Eltern keinerlei Berufsausbildung abgeschlossen haben. Bei Eltern mit Migrationshintergrund verfügten im Jahr 2007 jeweils ein Viertel über einen höheren und einen niedrigen sowie die Hälfte über einen mittleren Berufsabschluss, während der Anteil von Eltern mit niedrigem Berufsabschluss bei Familien ohne Migrationshintergrund nur 6% betrug.¹³

Vor dem Hintergrund der dargestellten Sachverhalte ist der Umgang mit Differenz die zentrale zukünftige Herausforderung in der Analyse und Gestaltung familiärer Lebenswelten in den unterschiedlichen städtischen wie in ländlichen Gebieten der Bundesrepublik. Als Differenzkriterien sind dabei neben Entwicklungstendenzen zur Haushaltsgröße und zur Familienform ebenso der Bildungsstand und die räumliche Herkunft der Eltern sowie Einkommensverhältnisse, Lebenshaltungskosten und infrastrukturelle Ausstattung an den freiwillig oder gezwungenermaßen gewählten Wohnstandorten als Einflussfaktoren auf die städtische wie ländliche Lebensqualität von Familien zu berücksichtigen.

Im folgenden Abschnitt werden städtische Bedingungen des familiären Alltags in das analytische Blickfeld genommen und Herausforderungen einer familienfreundlichen Stadtpolitik diskutiert.

Familien in städtischen Lebensräumen: Wunschbürger und/oder Kostenfaktor?

Familien sind als Stadtbürger allgemein hoch erwünscht. Mit ihnen erhofft man sich auf politischer Ebene demographische Schrumpfung und Überalterung zu bewältigen, Nachwuchs für die jeweiligen städtischen Arbeitsmärkte und kontinuierliche Steuerzuweisungen zu gewährleisten sowie unattraktive Stadtgebiete zu beleben bzw. zu befrieden.

Betrachtet man die Wohnstandorte von Haushalten mit Kindern, so wiederholt sich auf städtischer Ebene das Bild, das wir aus dem großräumlichen bundesdeutschen Maßstab bereits kennen: Der geringere Anteil von Familien, die in Deutschland in Großstädten leben, befindet sich auch dort – ob freiwillig oder gezwungenermaßen – eher in Randlagen. Dort gibt es in der Regel mehr Grünflächen und häufig vergleichsweise günstigeren Wohnraum. Demgegenüber konzentrieren sich Einpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder in zentralen Lagen von Großstädten.

konferenz am 22.07.2008, Wiesbaden 2008, S. 9).

¹³ Vgl. Statistisches Bundesamt, Familienland Deutschland, S. 12-13.

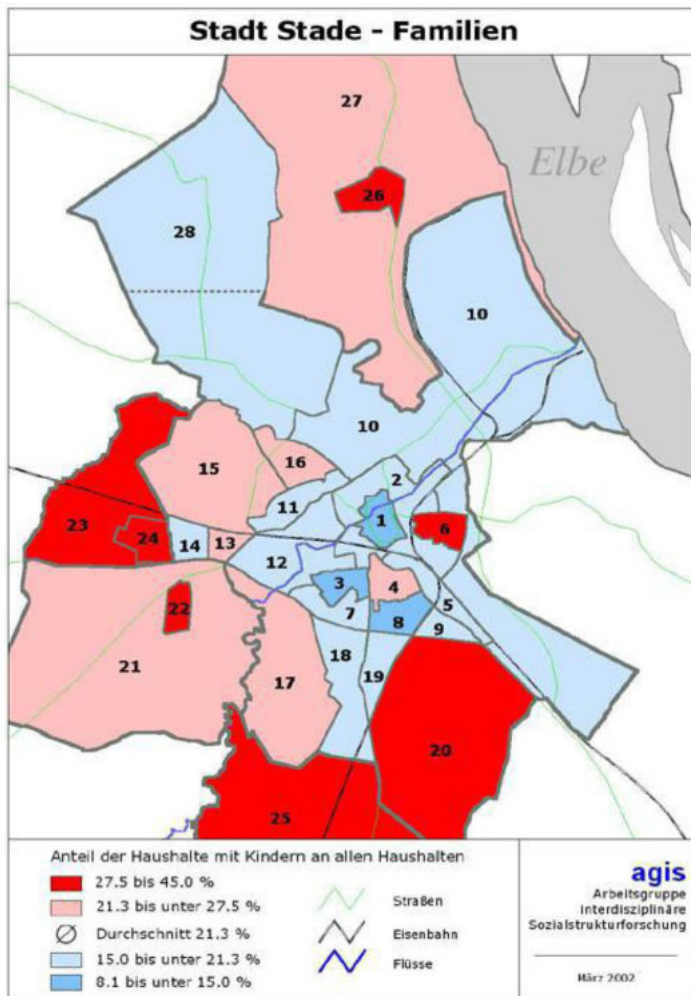


Abb. 2: Wohnstandorte von Familien in Stade.

Die städtischen Wohnstandorte von Familien sind in hohem Maße von der Preis-

und Raumstruktur der jeweiligen Wohnungsmärkte geprägt.¹⁴ In Hamburg waren in den 1990er Jahren etwa drei Viertel aller Wohnungen kleiner als 75qm.¹⁵ Insbesondere größere Familien fanden darin angesichts gestiegener Wohnflächenansprüche keinen Platz oder wurden in Vorahnung nachbarschaftlicher Lärmbeschwerden als Nutzer nicht akzeptiert. Um die wenigen großen Wohnungen konkurrierten folglich Familienhaushalte mit gut verdienenden Einzelpersonen oder kinderlosen Doppelverdiener-Haushalten, wobei Familienhaushalte die in diesem kleinen Segment aufgrund der hohen Nachfrage vergleichsweise hohen Mieten oft nicht bezahlen konnten. Viele Städte haben dieses Problem inzwischen erkannt und größere Wohnungen gebaut, die sich angesichts gestiegener Grundstücks- und Baukosten dennoch viele geringverdienende Familienhaushalte nicht leisten können.¹⁶

Dass sich unter Familien vor allem in größeren Städten auch viele Menschen mit Migrationshintergrund verbergen, ist inzwischen statistisch leicht zu überprüfen, gerät in Politik und Verwaltung aber noch oft aus dem Blickfeld. So hatten Ende 2009 in Hamburg 28% der Bevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund. Dazu gehören Menschen aus unterschiedlichsten Ländern (vgl. Tabelle 2) mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, seit dem Jahr 1950 in die Bundesrepublik Zugewanderte sowie deren Kinder, die alle mehr oder weniger erfolgreich mit den neuen Lebensbedingungen zurechtkommen.

¹⁴ Vgl. Andrea Dittrich-Wesbuer, Wohnen in Suburbia – Folgen der Standortwahl für Familien mit Kindern, in: Andrea Dittrich-Wesbuer, Wolfgang Knapp und Frank Osterhage (Hrsg.), Postsuburbanisierung und die Renaissance der (Innen-)Städte. Neue Entwicklungen in der Stadtreion, Dortmund 2010, S. 159-172.

¹⁵ Vgl. Ingrid Breckner, Marcus Menzl und Toralf González, Auswirkungen der Umlandwanderung auf den Hamburger Wohnungsmarkt. Forschungsbericht für die Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg/Amt für Wohnungswesen, Hamburg 1998.

¹⁶ Vgl. Marcus Menzl, Reurbanisierung? Zuzugsmotive und lokale Bindungen der neuen Innenstadtbewohner – Das Beispiel der HafenCity Hamburg, in: Dittrich-Wesbuer, Knapp, Osterhage, Postsuburbanisierung, S. 123-140.

Region	Menschen m. Bezugs- land in die- ser Region	Länder mit höchstem Anteil
Deutschsprachige Region	11.523	Österreich, Schweiz
Nord-/Westeuropa	21.427	Großbritannien, Niederlande, Dänemark
Südwesteuropa	33.651	Portugal, Italien, Frankreich
Östliches Mitteleuropa	67.163	Polen, Kroatien, Tschechien
Türkei	92.500	
Südosteuropa	49.198	Serbien, Griechenland
Osteuropa	37.615	Russland, Ukraine
Nordafrika	9.754	Tunesien, Ägypten, Marokko
Subsahara	23.844	Ghana, Togo, Nigeria
Lateinamerika & Karibik	15.646	Brasilien, Chile, Peru
Nordamerika/Australien/ Neuseeland	9.754	USA
Ostasien	9.738	China, Japan, Korea
Südostasien	12.859	Vietnam, Philippinen, Thailand
Südasien	9.459	Indien, Pakistan
Vorderasien	26.473	Iran, Irak, Libanon
Zentralasien	47.006	Afghanistan, Kasachstan
Übrige/unbekannt	9.705	
Gesamt	487.315	

Tabelle 2: Bezugsregionen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg. Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen, 10.08.2010, S. 2.

Der größte Anteil der Hamburger Bevölkerung mit Migrationshintergrund lebt noch in zentral gelegenen Stadtteilen, die zum Zeitpunkt der Einwanderung für sie als Wohnorte zugänglich und attraktiv war. Heute konkurrieren solche Zuwanderer bei in innerstädtischen Lagen jedoch häufiger mit zahlungsfähigen Bevölkerungsgruppen, die das Wohnen in Innenstädten wieder bevorzugen. Ein Verdrängungsrisiko entsteht dabei für Zuwanderer, die wirtschaftlich nur begrenzt handlungsfähig sind oder diskriminiert werden. Häufig befinden sich darunter Familien mit mehreren Kindern, die dann mit anderen ärmeren Familien in städtische Randlagen abwandern müssen.

Familien mit Migrationshintergrund und niedrigen oder nicht anerkannten beruflichen Qualifikationen verfügen generell am Beginn der Zuwanderung und häu-

fig auch längerfristig über geringe Einkommen. Entsprechend sparsam gehen sie deshalb häufig mit Wohnfläche um. Dadurch geraten sie leicht in Konflikt mit Belegungskriterien, die eine sogenannte ‚Überbelegung‘ von Wohnraum verhindern sollen. Eine Lösung hierfür bieten nur bezahlbare Wohnungen für niedrige Einkommensgruppen, seien sie nun deutscher oder ausländischer Herkunft. Fehlt in Städten, in denen viele solche Haushalte noch Arbeitsmöglichkeiten und Erwerbsgelegenheiten finden oder erhoffen, ein bezahlbares regelkonformes Wohnangebot, sammeln sich diese Familien in den Stadtgebieten, in denen sie sich das Wohnen irgendwie leisten können. Mit solchen keineswegs immer selbst gewählten Segregationsprozessen von armen und zugewanderten Familien erhöht sich wiederum das Risiko der Stigmatisierung ihrer Wohngebiete. Segregiert wohnende einkommensschwache Familien zwingen Städte zur Verknüpfung der Familienthematik mit sozialer und räumlicher Integration. Denn negative Images von Stadtquartieren fördern langfristig die Abwanderung von Familien mit mittlerem und höherem Einkommen. Sie setzt häufig spätestens vor der Einschulung der Kinder ein. Stadtpolitische Interventionen im Rahmen von Stadterneuerungsprogrammen müssen diese Wirklichkeit zunehmend einbeziehen und beschränken sich deshalb längst nicht mehr auf bauliche Erneuerung. Sie beinhalten zudem Sprachkurse, Ausbildungs- und Arbeitsförderung, infrastrukturelle Verbesserungen sowie die Aktivierung der Bewohnerschaft in unterschiedlichen Beteiligungsprozessen. Nachträgliche soziale Stadtreparatur ist jedoch kostspielig und wird in ihren Wirkungen noch viel zu selten systematisch überprüft. Dadurch kommt es leicht zu hohen Ausgaben mit geringer Effizienz oder sogar zu allmählichen Problemüberlagerungen, die immer schwieriger zu beheben sind.¹⁷ Werden dann, wie in der jüngsten Vergangenheit unter der amtierenden Bundesregierung geschehen, die Fördermittel für soziale Stadterneuerungsaktivitäten gekürzt, stehen vor allem Großstädte mit ausgeprägten sozialen Polarisierungstendenzen vor schwer bewältigbaren Herausforderungen.

Eine gelingende Ansiedlung von Familien in Städten – zum Beispiel durch günstige Baugrundstücke, bezahlbare Wohnungen oder attraktive Arbeitsplätze¹⁸ – stellt viele verschuldete Kommunen vor das Problem der Gewährleistung der für Familien erforderlichen Infrastruktur. Hier geht es wegen der wachsenden Notwendigkeit der Einkommenssicherung aus mehreren Quellen zunächst um angemessene Kinderbetreuung vor und während der Kindergarten- und Schulzeit. Hinzu kommen gesundheitliche Versorgung, soziale Dienstleistungen, differenzierte Bildungs-, Kul-

¹⁷ Vgl. Uwe-Jens Walther (Hrsg.), Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt?, Opladen 2002; Hartmut Häußermann, Martin Kronauer und Walter Siebel (Hrsg.), An den Rändern der Städte, Frankfurt am Main 2004.

¹⁸ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Zurück in die Stadt oder: gibt es eine neue Attraktivität der Städte? BBSR Berichte KOMPAKT (2011).

tur- und Freizeitangebote sowie Einkaufs- und Mobilitätsmöglichkeiten. Angemessene Angebote dieser Art sind kostspielig und stehen bei Entscheidungen über kommunale Ausgaben häufig in Konkurrenz mit Straßen- und Wegebau, wirtschaftlichen Prioritäten oder anderen politischen Prestigeprojekten. In solchen Konfliktsituationen wird sehr schnell greifbar, wie komplex Familienfreundlichkeit heute betrachtet werden muss. Gerinnt sie nämlich – wie häufig – zu einer symbolischen Marketingstrategie, droht schnell ein Legitimationsverlust ihrer politischen Verkünder. Dies verkennen nach wie vor viele Gemeinden in suburbanen Räumen, wenn sie vehement mit günstigen Grundstücken und Wohnungen für den Zuzug von Familien werben, dabei jedoch Folgekosten des Familienzuzuges übersehen.¹⁹ Familien, in denen Eltern einer doppelten Erwerbstätigkeit oder Alleinerziehende einer Berufstätigkeit nachgehen, werden dann leicht unüberlegt als zu anspruchsvoll stigmatisiert, ohne zu erkennen, dass ihr berufliches Engagement eine wirtschaftliche Notwendigkeit darstellt.

In suburbanen oder peripheren Wohngebieten treten des Öfteren Konflikte zwischen Eltern und Jugendlichen auf, sobald letztere mit den begrenzten Angeboten vor Ort nicht mehr zufrieden sind und – je nach Möglichkeit – die Anregungen der Großstadt als Erweiterung ihres Erfahrungshorizonts entdecken. Heranwachsende pochen dann zunehmend auch in Abend- und Nachtstunden auf Mobilitätschancen mit öffentlichen Verkehrsmitteln und/oder beschleunigen den Erwerb weiterer Personenkraftwagen, um gefahren oder abgeholt zu werden oder ab dem Erwerb des Führerscheins selbstständig mobil zu sein. Auch berufstätige Eltern, die im jüngeren Alter ihrer Kinder vielleicht noch mit einem Personenwagen und Fahrrad sowie örtlichen Mobilitätsangeboten ausgekommen sind, werden in solchen Streitfällen mit Jugendlichen oft zur Ausweitung der Automobilität des Haushaltes gezwungen. Die Vorgärten suburbaner Einfamilien- und Reihenhäuser verwandeln sich dann in Parkplätze für bis zu vier Autos und in mehrgeschossigen Wohnsiedlungen besetzen Pkw-Stellplätze zunehmend das Abstandsgrün. Demgegenüber existiert vor allem in Großstädten und ihrem näheren Umfeld ein vergleichsweise besseres Angebot des öffentlichen Nahverkehrs, das heranwachsenden Kindern und Jugendlichen sukzessive eigenständige Bewegung in der Stadt ermöglicht. Aus diesem Grund interessieren sich auch Familien, die sich großstädtische Wohnstandorte leisten können, wieder mehr für zentrale Wohnlagen. Sie beugen damit Konflikten mit ihren Kindern im Jugendalter vor und nutzen das breitere Spektrum von Infrastrukturangeboten in allen relevanten Handlungsfeldern. Es wäre wünschenswert,

¹⁹ Marcus Menzl, Zwischen lang geplanter Selbstverwirklichung und unerwarteten Kontexteffekten – Wohnen im suburbanen Eigenheim, in: Dittrich-Wesbuer, Knapp, Osterhage, Postsuburbanisierung, S. 141-157.

wenn Familien mit niedrigen Einkommen, die – wie zum Beispiel Alleinerziehende – die Vorteile der Großstadt bei der Verbindung von Erwerbs- und Erziehungsarbeit schätzen und benötigen, nicht durch unbezahlbare Wohnkosten aus komplexeren Stadtstrukturen in mangelhaft ausgestattete Peripherien abgedrängt würden.

Neben unterschiedlich begründeten Wanderungsbewegungen von Familien innerhalb bzw. zwischen Städten, Stadtregionen, Nationen und Kontinenten spielt aufgrund dynamischer Arbeitsmärkte das groß- oder kleinräumig multilokale Wohnen von Familien eine zunehmend wichtige Rolle.²⁰ Ein kontinuierlich gemeinsamer Wohnstandort für Eltern und Kinder ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Pendelnde Elternteile wohnen zum Beispiel während der Woche regelmäßig an ihrem Arbeitsort und werden dort gegebenenfalls zeitweise von Partnern bzw. Kindern besucht. Reinigungs- und Pflegedienstleistungen erbringen in vielen Haushalten Personen, die temporär aus dem Ausland anreisen und ihre eigenen Familien zurücklassen. Dasselbe trifft für Arbeitsmarktsegmente zu, in denen – wie zum Beispiel im Baugewerbe – wechselnde Dienstorte die Regel sind. Manche Eltern verlängern Zeiten der häuslichen Anwesenheit durch unterschiedliche Modelle von Telearbeit und verbringen nur notwendige Zeiten am Standort des Arbeitgebers, der jedoch auch sehr weit entfernt liegen kann. Im Falle von Scheidungen entstehen getrennte Wohnungen der Eltern, sei es am selben oder an verschiedenen Orten und erfordern Mobilität der Kinder, wenn sie mit beiden Eltern in Kontakt bleiben wollen. War der Familienwohnsitz vor der Trennung oder Scheidung der Eltern im ländlichen oder peripheren großstädtischen Raum, bleiben Mütter mit Kindern häufig dort wohnen, während die Väter in die Nähe ihrer städtischen Arbeitsplätze ziehen. Dieses näher untersuchungsbedürftige Phänomen führt in suburbanen Gemeinden dann zu Belastungen der kommunalen Finanzen, wenn verbleibende Restfamilien auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Die skizzierten Facetten familiärer Lebenswelten in Städten zeigen, dass gut gemeinte Familienfreundlichkeit in der okzidentalen gesellschaftlichen Wirklichkeit vielschichtigen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Herausforderungen gegenübersteht. Gelingt es nicht, die jeweils vor Ort existierenden unterschiedlichen familiären Wirklichkeiten mit dem Anspruch von Familienfreundlichkeit und den jeweiligen Möglichkeiten ihrer Umsetzung systematisch zu verknüpfen, bleibt es häufig bei politisch-administrativen oder zivilgesellschaftlichen Lip-

²⁰ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), Gabriele Sturm und Christine Weiske (wiss. Redaktion), *Multilokales Wohnen. Informationen zur Raumentwicklung* 1/2 (2009), Bonn; Marcus Hesse und Joachim Scheiner, *Räumliche Mobilität im Kontext des sozialen Wandels: Eine Typologie multilokalen Wohnens*, in: *Geographische Zeitschrift* 95:3 (2007), S. 138-154; Katrin Hater, *Heute hier, morgen dort? Aspekte der räumlichen Neuordnung familiärer Beziehungen nach einer Trennung*, in: *Diskurs* 132 (2003), S. 42-49.

penbekenntnissen. Begrenzte politisch-administrative, wirtschaftliche oder soziale Handlungsmöglichkeiten in der Gestaltung familiärer Lebenswelten müssen untersucht und öffentlich thematisiert werden, um Begünstigungen bzw. Benachteiligungen bestimmter Familientypen begründen und demokratisch legitimieren zu können. Selbst wirtschaftlich erfolgreiche Städte, Bundesländer und Nationen sind längst nicht mehr in der Lage, flächendeckend für alle familiären Notwendigkeiten in Stadt und Land gleiche Angebote bereitzustellen. Differenzen familiärer städtischer und ländlicher Lebenslagen erfordern reflektierte Differenz in deren staatlicher, marktwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Gestaltung sowie eine transparente Kontrolle der Wirkungen unterschiedlicher Interventionen. Ungleichheit für Familien in der Stadt entsteht nämlich auch dadurch, dass Leistungen aus Bequemlichkeit oder einem interessengeleiteten Kalkül unabhängig von den wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Ressourcen der Nutznießenden verteilt werden. Gestaltungsmöglichkeiten städtischer Lebenswelten von Familien sowie deren Grenzen werden im nachfolgenden abschließenden Abschnitt diskutiert.

Möglichkeiten und Grenzen einer familienfreundlichen Stadtentwicklung

Familienfreundlichkeit der Stadtentwicklung gelangt in der (Fach-)Öffentlichkeit immer dann auf die Tagesordnung, wenn Fehlentwicklungen anhand von dramatischen familiären Krisen offenkundig werden oder wenn etwas an der vertrauten Stadt verändert werden soll. Interessanterweise geht es dabei meist um Veränderungen des Wohnungsangebotes durch Modernisierung oder Neubau, Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Freiräume sowie um die infrastrukturelle Ausstattung von Wohngebieten. Das Thema Arbeit wird in Verbindung mit Familien in der Stadt eher selten thematisiert. Dies geschieht allenfalls im Zusammenhang mit der Gestaltung von Grundrissen, wenn zum Beispiel überlegt wird, wie angemessene Arbeitsräume in Wohnungen integriert werden können oder ob ein kollektiver Arbeitssort im näheren Wohnumfeld realisiert werden sollte, der unterschiedlichen interessierten Nachbarn Gelegenheit bietet, in Wohnungsnähe berufstätig zu sein. Die Familienfreundlichkeit des Arbeitsmarktes ist in unterschiedlichen Branchen inzwischen zwar ein normativ akzeptiertes, praktisch aber immer noch konkretisierungsbedürftiges gesellschaftliches Randthema, das für Familien jedoch ein Kernthema darstellt. Dies erstaunt umso mehr, als Arbeitsmöglichkeiten – wie wir dies in den vorhergehenden Abschnitten gesehen haben – die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit die Lebensqualität von allen Familientypen in Stadt und Land ganz wesentlich beeinflussen.

Eine neue Aufmerksamkeit für Familien in der Stadt entwickelte sich mit der allmählich gewachsenen gesellschaftlichen und politischen Sensibilität für den demographischen Wandel. Wir wissen zwar schon lange, dass die Bevölkerung vor allem in hoch urbanisierten westlichen Industriegesellschaften infolge moderner Lebensbedingungen und globaler Mobilität weniger, ärmer, bunter und älter wird.²¹ Dies betrifft in Deutschland vor allem Regionen, die mit mangelnden oder unattraktiven Arbeitsmöglichkeiten konfrontiert sind. Dennoch wird die relevante Zukunftsaufgabe der Gestaltung von Städten und Stadtquartieren für ‚Jung und Alt‘ erst seit Beginn des 21. Jahrhunderts konsequenter ins wissenschaftliche und praktische Blickfeld genommen.²² Dabei geht es um die Erprobung von Wohnungstypen für Familien und ältere Menschen, Anforderungen an öffentliche Freiräume, Mobilitätshilfen, Nahversorgung sowie gesundheitliche, kulturelle und soziale Infrastruktur. Architekturwettbewerbe für Bauvorhaben werden nicht nur in Metropolen mit Qualitätskriterien für Familien verknüpft, deren Einhaltung bei der Prüfung eingereichter Entwürfe bei unzureichender sozialer Kompetenz in den Preisgerichten aber leicht auf der Strecke bleibt.

Partizipation an Bauvorhaben und städtischen Entwicklungen ist nicht erst seit dem Massenprotest gegen das Stuttgarter Bahnhofprojekt an der Tagesordnung. Sie kommt aber oft erst bei drohenden oder eingetretenen Konfliktsituationen zum Tragen, erfordert hohes zeitliches und fachliches Engagement und erzeugt vor allem für die NutzerInnen städtischer Räume Unzufriedenheit, wenn über Geplantes nur informiert wird und die Mitgestaltung der städtischen Lebenswelt ausgeklammert bleibt. Als Schwierigkeit erweisen sich in der Partizipation an komplexen städtischen Veränderungsprozessen oft auch unzureichende Fachkenntnisse der zu Beteiligten sowie mangelnde Zeit für Informationsvermittlung und nötige Denkprozesse. Auch Familien schätzen die Einbeziehung ihrer Interessen in der Planung und Gestaltung städtischer Räume. Sie beteiligen sich deshalb häufig an Wohnprojekten, um sich das Leben in der Stadt zu erleichtern. Dabei übersehen sie jedoch oft die Tatsache, dass sich ihre Bedürfnisse im Lebensverlauf verändern. Kinder bleiben nicht klein und Jugendliche werden erwachsen und mobil. Diese Wirklichkeit erfordert gerade für Familien ein Nachdenken über anpassungsfähige und auch längerfristig robuste Stadtstrukturen, wenn sie in entfernterer Zukunft nicht in einem Altenghetto leben wollen. Denn die Familienidylle mit kleinen Kindern nimmt einen vergleichsweise geringen Zeitraum im Lebenslauf ein. Der süße Nach-

²¹ Vgl. hierzu unter anderem das im Abschluss befindliche europäische Projekt „DC-Noise: Demographic Change – New Opportunities In Shrinking Europe“ unter www.dcnnoise.eu (Zugriff am 1.6.2011).

²² Vgl. z. B. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Stadtquartiere für Jung und Alt – eine Zukunftsaufgabe, Werkstatt: Praxis, Heft 71, Berlin 2010.

wuchs entwickelt bald eigene Interessen und sollte – wie in vielen erfolgreichen Projekten der Stadtgestaltung mit Kindern und Jugendlichen erprobt – in deren Artikulation, Aushandlung und Verwirklichung frühzeitig in Bildungsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Kontexten geschult und unterstützt werden. Denn sie benötigen – entgegen der eingeübten Praxis einer „verinselten Kindheit“ (Zeiger) und Jugend unter permanenter sozialer Kontrolle – Stadträume, in denen sie ihren Alltag auch eigenständig gestalten und Neues entdecken können. Die Pflege der Neugierde aller Generationen für die Komplexität und Dynamik von Städten und ihren Teilräumen gehört zu den vornehmsten, wichtigsten und schwierigsten gesellschafts- und stadtpolitischen Herausforderungen, deren Bewältigung Städte auch in Zukunft für Familien und andere Menschen in ihrer Vielfalt attraktiv erhalten kann.

Abbildungsnachweis:

Abb. 1: DFG-Projekt „Suburbanisierung im 21. Jahrhundert“ an der HafenCity Universität Hamburg, www.suburbanisierung.de.

Abb. 2: DFG-Projekt „Suburbanisierung im 21. Jahrhundert“ an der HafenCity Universität Hamburg, www.suburbanisierung.de.

Prof. Dr. Ingrid Breckner, Stadt- und Regionalsoziologie, HafenCity Universität Hamburg, Ingrid.Breckner@hcu-hamburg.de

Die Geschichte von Autostädten in globaler Perspektive. Plädoyer für eine global orientierte Zeitgeschichtschreibung

Der Terminus *Autostadt* evoziert unterschiedliche Assoziationen. Die einen denken unmittelbar an das wirkungsmächtige Konzept der autogerechten Stadt und damit an die Prägung der Städte durch das Automobil, an die Straßen und Stadtautobahnen, die Stadtviertel durchschneiden, voneinander trennen oder miteinander verbinden und die den städtischen Raum und seine Nutzung strukturieren. Den anderen mag zuerst der Gedanke an Städte wie Detroit, Wolfsburg, Toyota-City, Rüsselsheim oder auch Turin kommen, an Städte, die mit der Autoproduktion und einer (oder mehrerer) Automarken verbunden sind, an Industriestädte also, die Orte der Herstellung von Automobilen sind. In jüngster Zeit findet sich zudem eine weitere Bedeutung des Terminus *Autostadt*, wie es sich beispielsweise in Wolfsburg beobachten lässt: Die *Autostadt* als Erlebniswelt, als Ort, an dem das Auto inszeniert wird und seine symbolische Bedeutung ganz im Mittelpunkt steht. Diese neue Form der *Autostadt* als *Eventstadt* verweist auf städtische Transformationsprozesse, wie sie – zumindest in der westlichen Welt – im Kontext von Deindustrialisierungsprozessen und städtischem Strukturwandel zu beobachten sind.¹

Die Autostadt als spezifischer Industriestadttyp

Der Terminus *Autostadt* ruft jedoch nicht nur diese unterschiedlichen Bedeutungen hervor. Vielmehr kann man von *Autostadt als einem spezifischen Industriestadttyp* sprechen, der all diese Ebenen vereint. Bislang wurde in der Forschung nicht nach dem Spezifischen von *Autostädten* im Unterschied zu anderen *Industriestädten* gefragt. Als Kennzeichen von *Industriestädten* generell nannte Klaus Tenfelde „die Besonderheiten der Industriearbeit und (...) die besonderen Formen der Organisation

¹ Derzeit formiert sich ein Forschungszusammenhang zu diesem Thema, an dem Martin Baumeister, Reinhold Bauer, Christoph Bernhardt und Harald Engler, Thomas Bohn, Mikael Hard, Katja Schmidtpott, Susanne Stein und Clemens Zimmermann beteiligt sind.

dieser Arbeit in zentralisierten Gewerbebetrieben mit hohen lohnabhängigen Bevölkerungsteilen“.² Über diese allgemeine Definition der Industriestadt als Ort der Industriearbeit, der Industriearbeiter und Fabriken hinaus prägten einzelne Branchen wie Chemie, Bergbau oder Auto die Sozialstruktur, die Arbeiterkultur, die Migranten­gruppen sowie die räumliche Struktur, die Identitäten und Repräsentationen der Stadt in jeweils unterschiedlicher Weise. Autostädte sind – naheliegender Weise – durch eine starke Dominanz der Autoindustrie hinsichtlich der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Stadt geprägt. Wie bei Industriestädten generell ist auch ihre Geschichte mit den Unternehmen, die in ihrer Stadt produzieren, eng verknüpft. Häufig, aber nicht ausschließlich, handelt es sich um monoindustriell strukturierte Städte. Ihr Wohl und Wehe hängt von der Autoindustrie ab. In der Regel sind Stadtwachstum und -schrumpfung mit den Konjunkturen der Autoindustrie verbunden. Entsprechend erfahren Autostädte in der westlichen Welt seit ein bis zwei Dekaden einen Strukturwandel. Weiter zeichnet sie eine starke Selbstwahrnehmung sowie eine Zuschreibung als Autostadt von außen aus.

Wolfsburg etwa wurde bereits in den frühen 1950er Jahren als Autostadt bezeichnet. Schon Horst Mönnich titulierte seinen 1951 erschienenen Roman, der sich der Geschichte des VW-Werks und der Stadt Wolfsburg widmete, „Die Autostadt“. Rüsselsheim ist die „Opelstadt“. Toyota-City trägt die Automarke schon im Namen. Was Autostädte zudem vom Typus anderer Industriestädte unterscheidet, ist eine starke Bindung der Bewohner/innen und der städtischen Akteure an das Produkt Auto und darüber auch an die Stadt als dessen Produktionsort. Die Autoindustrie war in den westlichen Ländern nicht nur die bedeutendste Industrie des 20. Jahrhunderts; das Automobil hat für den Lebensstil der westlichen Welt einen un­gemein hohen Stellenwert für tägliche Routinen, für Mobilitätsmuster, für Konsum und als Statussymbol und Prestigeobjekt. Das in der eigenen Stadt hergestellte Produkt war in den Autostädten mithin all­täglich erfahrbar und von hoher gesellschaftlicher Relevanz. In den spätautomobilisierten Ländern wie der DDR und der Sowjetunion oder in Asien war das Auto lange Zeit eher Versprechen und heiß be­gehrtes Objekt, wurde aber mit der beginnenden Automobilisierung gleichermaßen zu einem wichtigen Konsumgut und Statussymbol. Zudem zeigen erste Untersuchungen, dass in Autostädten der Typus der autogerechten Stadt in besonderer Weise verwirklicht ist, d.h. dass die räumliche Struktur und die Mobilitätsmuster stark und häufig früher als in anderen Städten von der Automobilität geprägt sind.

Diese Städte sind daher nicht nur in ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur von der Autoindustrie geprägt. Für die Stadtbewohner/innen, die Stadtwahrnehmung

² Klaus Tenfelde, Strukturwandel in altindustriellen Städten, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (2001), Themenheft „Deindustrialisierung und Stadt“, S. 9-12, hier: S. 10.

und -repräsentation sowie die Stadtidentität spielt das Automobil eine überragende und identitätsstiftende Rolle. Dies dürfte auch die städtische Politik jeweils geprägt haben und von daher erhebliche Wirkung auf die Entwicklung der Städte haben.

Die Geschichte von Autostädten

Solche „Autostädte“ bieten Historiker/innen faszinierende Geschichten. Am beeindruckendsten ist vielleicht die Geschichte Detroit's, die als Motor Town zum Mythos und Symbol amerikanischen Fortschritts und Wohlstands avancierte, bevor sie zu einer Krisenstadt wurde, die nun als „Murder Town“ tituliert wird, als Inbegriff der Stadtschrumpfung und der „urban crisis“.³ Große Teile der Innenstadt Detroit's sind verlassen, viele Flächen werden zum „urban gardening“ genutzt; selbstangebaute Lebensmittel sind nicht nur Teil der Existenzsicherung, sondern auch Zahlungs- und Tauschmittel, so dass die jüngste Entwicklung Detroit's fast wie ein Neuaufleben vormoderner Elemente anmutet. Auf den neu entstandenen Agrarflächen in der Stadt werden beispielsweise Zucchini angebaut, mit denen Pizza bezahlt werden kann.⁴

Nicht alle Geschichten von Autostädten sind dermaßen spektakulär. Insgesamt sind sie in der Forschung in unterschiedlichem Maße beachtet worden, wobei die aufsteigenden asiatischen Städte bislang am wenigsten Aufmerksamkeit erhielten, vermutlich auch, weil ihre Erfolgsgeschichten Entwicklungen der jüngsten Zeit sind. Vielfach geriet dagegen auch die deutsche Autostadt Wolfsburg in den Fokus der Forschung. Als „nationalsozialistische Musterstadt“ steht Wolfsburg für die Motorisierungsbestrebungen des nationalsozialistischen Regimes. In den Wirtschaftswunderjahren der Bundesrepublik wurde Wolfsburg als Symbol des bundesdeutschen Wohlstands und Wachstums zu einem ähnlichen Mythos wie Detroit. Ganz anders als Detroit steht Wolfsburg jedoch in jüngster Zeit nicht für „urban crisis“, sondern für den – bislang – erfolgreichen Strukturwandel hin zur „Event-Autostadt“.⁵ In enger Kooperation zwischen Werk und Stadt entstand in Wolfsburg eine Erlebniswelt, die das Automobil zelebriert. Die Industriestadt ist keine reine Industriestadt mehr, sondern gleichermaßen Kulturzentrum sowie Erlebnis- und Frei-

³ Zur Geschichte Detroit's findet sich eine Fülle von Literatur. Stellvertretend sei hier nur das Buch von Thomas Sugrue genannt, der sich mit dem Niedergang Detroit's beschäftigt. Thomas J. Sugrue, *The Origins of the Urban Crisis*, Princeton 2005 (1. Aufl. 1995).

⁴ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 30/31. Oktober 2010, S. 14, „Die größte städtische Farm der Welt“.

⁵ Exemplarisch für die Literatur zu Wolfsburg sei auf das über Jahrzehnte laufende soziologische Forschungsprojekt von Ulfert Herlyn, Wulf Tessin, Anette Harth und anderen hingewiesen und lediglich die jüngste Publikation genannt: Anette Harth, Ulfert Herlyn, Gitta Scheller und Wulf Tessin, *Stadt als Erlebnis. Wolfsburg: Zur stadtkulturellen Bedeutung von Großprojekten*, Wiesbaden 2010.

zeitpark. Frank Roost bewertete Wolfsburg als ein Beispiel für einen „vielgestaltigen, nicht nur vom Niedergang der Produktion gekennzeichneten Struktur- und Imagewandel einer Industriestadt“⁶. Die sowjetische Stadt Tol'jatti wiederum, um ein weiteres Beispiel zu nennen, geriet jüngst in der Studie von Lewis Siegelbaum „Cars for Comrades“ erstmals in den Blick.⁷ Siegelbaum liefert dabei eine wichtige Pionierstudie, da auch sozialistische Autostädte bislang nicht Thema der Forschung waren. Er widmete sich der im Vergleich zu westlichen Staaten späten Automobilsierung der Sowjetunion und dabei auch den Orten der Autoproduktion. Tol'jattis Aufstieg als Stadt der Autoproduktion seit den 1970er Jahren hing mit einem spektakulären Technologieimport von Fiat zusammen, den Siegelbaum den „Deal of the Century“ nennt. Die Stadt beschreibt er, vor allem nach 1989, als eng an das Werk gekoppelt. Es gebe wenig in Tol'jatti, was nicht mit dem Werk in Verbindung stehe, seien es Wohnungen, Autos, Fußballmannschaften, Krankenhäuser usw. „[...] all rely on AvtoVAZ's largesse.“⁸

Solche Studien zu Autostädten brachten wichtige stadthistorische Erkenntnisse hervor⁹, angefangen von der Frage des Wechselverhältnisses von Werk und Stadt, dem Einfluss der Rassendiskriminierung wie in Detroit, oder für die Frage der Entwicklung von Urbanität bei Stadtneugründungen wie für Wolfsburg, um nur einige zu erwähnen. Auffällig ist jedoch, dass eine globale Perspektive auf die Entwicklung von Autostädten gänzlich fehlt.

Autostädte und Globalisierung

Allerdings ist die Autoindustrie nicht nur einer der wichtigsten Industrien des 20. Jahrhundert. Sie gilt auch als „Vorreiter der Globalisierung“¹⁰. Heute ist die Autoproduktion zweifellos hochgradig globalisiert und geradezu Inbegriff einer globalen Arbeitsteilung.

Die Literatur hat jedoch bislang meist einzelne Stadtgeschichten geschrieben, wobei sie im Regelfall nicht vergleichend vorging und vor allem die Folgen der glo-

⁶ Frank Roost, Perspektiven der Industriestädte im Wandel – Wolfsburgs Umbau vom Waren- zum Imageproduktionsstandort, S. 283-293, in: Martin Kaltwasser, Ewa Majewska und Jakub Szreder (Hrsg.), Industriestadt futurismus. 100 Jahre Wolfsburg /Nowa Huta, Frankfurt am Main 2007, hier: S. 283.

⁷ Lewis H. Siegelbaum, Cars for Comrades. The Life of the Soviet Automobile, Ithaca und New York 2008.

⁸ Ebd. S. 122.

⁹ Zum Stand der neueren Industriestadtforschung generell vgl. Martina Heßler und Clemens Zimmermann, Perspektiven historischer Industriestadtforschung. Neubetrachtungen eines etablierten Forschungsfeldes, in: Archiv für Sozialgeschichte. Erscheint 2011.

¹⁰ Heiner Depner, Transnationale Direktinvestitionen und kulturelle Unterschiede. Lieferanten und Joint Ventures deutscher Automobilzulieferer in China, Bielefeld 2006, S.87.

balen Verflechtung der Autoindustrie für die Stadtentwicklung historisch nicht in den Blick nahm. Letzteres blieb soziologischen, politikwissenschaftlichen oder wirtschaftsgeographischen Studien vorbehalten.¹¹ Meist analysierten diese Studien die Reaktionen der jeweiligen Kommune auf globalisierungsbedingte Deindustrialisierungsprozesse sowie Prozesse der sozialen Segregation in den Städten, wobei sie wiederum in der Analyse einzelner Städte verblieben.

Die Geschichte von Autostädten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist jedoch aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Autoindustrie nur im globalen Zusammenhang zu verstehen. Der Technikhistoriker Rudolf Volti verglich in einem Essay in „Technology and Culture“ die derzeit massiv einsetzende Verbreitung von Pkws in Indien und China mit der Geschichte der Automobilisierung in den USA, Europa und (seit den 1970er Jahren) in der Sowjetunion.¹² Er verwies damit nicht nur auf die global unterschiedliche Verbreitung der Autonutzung und -orientierung, sondern auch auf globale Verschiebungen von Absatzmärkten. Der Absatz in der westlichen Welt stagniert(e), während Indien und China hinsichtlich der Automobilisierung enorme Wachstumsraten verzeichne(te)n und die dortigen Absatzmöglichkeiten derzeit die noch vor kurzem zu hörende Krisenrhetorik westlicher Automobilhersteller mit Erfolgsmeldungen aufhellen. Wenig überraschend lässt sich für Autostädte aus globaler Perspektive ein ähnliches Bild zeichnen. Rüsselheim, Turin, Wolfsburg – um nur einige zu nennen – erlebten bis in die 1970er Jahre hinein als Städte einen beeindruckenden Aufschwung. Turins Entwicklung boomte, von Fiat geprägt, während des italienischen Wirtschaftswunders in den 1950er und 1960er Jahren. Rüsselsheim wurde in dieser Zeit zu einer modernen Industriestadt. Jahrzehnte des exzeptionellen Wirtschaftswachstums, des städtischen Wohlstands und des teils weltweit beachteten Erfolgs machten diese Städte zum Synonym der boomenden Autoindustrien und prosperierenden Städte. Nach verschiedenen Krisen befinden sich einige inzwischen jedoch im Niedergang bzw. einem fundamentalen Strukturwandel, der die enge Verbindung der Städte mit der Autoindustrie nun nicht mehr als Erfolg, sondern als „urban crisis“ sichtbar macht. Teilweise sind die Städte, hier ist wiederum Detroit das Paradebeispiel, von massiven Stadtschrumpfungsprozessen betroffen, wobei in Detroit die Krise bereits in den 1950er Jahren mit der Abwanderung der Industrie vor die Stadt und der gleichzeitig beginnenden Automatisierung begann, bevor sie in den 1970er Jahren noch an Schärfe gewann.¹³ Die Geschichte der Autostadt Tol’jatti dagegen begann überhaupt erst in den

¹¹ Z.B. Andrew Beer und Holli Evans (Hrsg.), *The Impacts of Automotive Plant Closure. A Tale of Two Cities*, London und New York 2010. Teresa Hayter und David Havey, *The Factory and the City. The Story of Cowley Automobile Workers in Oxford*, London und New York 1993.

¹² Rudi Volti, *A Car for the Great Asian Multitude*, in: *Technology and Culture*, 49:4 (2008), S. 995-1001.

¹³ Vgl. Sugrue, *The Origins*.

1960er und 70er Jahren. Toyota-Stadt erlebte zu dieser Zeit – aufgrund der Erfolge Toyotas auf ausländischen, insbesondere US-amerikanischen Märkten – eine Phase des Wachstums. Derzeit werden bei Shanghai und in Changchun neue Autostädte von bemerkenswerter Größe gebaut.

Von stadthistorischer Bedeutung sind zum einen die Verschiebungen der globalen Produktionsstätten und die damit einhergehenden Verschiebung im globalen Städtenetz, das – grob skizziert – von Niedergang, Schrumpfung oder Stagnation in westlichen Städten und Wachstum und Dynamik von asiatischen Städten geprägt ist. Für die Städte hat dies erhebliche Konsequenzen hinsichtlich ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie ihrer (globalen) Wahrnehmung.

Ein globaler Vergleich der Geschichte von Autostädten verweist mithin auf die Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung. Schrumpfungsprozesse gerieten in jüngster Zeit in den Fokus der stadthistorischen Forschung¹⁴, wobei für Deutschland in der Regel die jüngste Geschichte ostdeutscher Städte erforscht wird. Erste historische Untersuchungen relativieren allerdings bereits die Vorstellungen, Schrumpfung sei ein Phänomen des ausgehenden 20. Jahrhunderts.¹⁵ Schrumpfungsprozesse lassen sich historisch gleichermaßen in früheren Epochen finden, und im 20. Jahrhundert begannen sie teilweise weit früher. Detroit mit der ersten massiven Krise in den 1950er Jahren ist wiederum das Paradebeispiel. Wie Thomas Sugrue bemerkte, wurde die Krise der Stadt in den 1950er Jahren auch in den USA selbst noch kaum reflektiert. Denn auf nationaler Ebene dominierten Wachstum und Prosperität; die nationalen Statistiken bildeten die lokalen Katastrophen nicht ab und wurden in Zeiten des Wohlstands kaum wahrgenommen, obwohl sie in Detroit deutlich spürbar waren.

Für eine global orientierte Stadtgeschichte ist allerdings nicht nur bedeutend, dass sich historisch Verschiebungen im globalen Städtesystem beobachten lassen und dass diese durch die globale Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung geprägt sind. Zentral ist vielmehr, dass sich diese Entwicklungen wechselseitig bedingen. So waren Zeiten der Krise in westlichen Städten (Rüsselsheim, Wolfsburg, Turin und Detroit) auch deshalb Krisen, weil neue Produktionsstädte in Asien wuchsen und die dort hergestellten Produkte den globalen Absatzmarkt veränderten. Toyota-Stadt erlebte in den 1970er Jahren einen Aufschwung nicht zuletzt, *weil* Toyota den amerikanischen Markt zu erobern begann. Die Krise, die die Stadt Detroit seit den 1950er Jahren erlebte, erneuerte oder verstärkte sich in den 1970er Jahren wiederum aufgrund der globalen Konkurrenz, nicht zuletzt durch Toyota.

¹⁴ Vgl. auch: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (2001), Themenheft „Deindustrialisierung und Stadt“.

¹⁵ Axel Schildt und Dirk Schubert (Hrsg.), Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung. Wahrnehmungs- und Umgangsformen in Geschichte und Gegenwart, Dortmund 2008.

Die Öffnungspolitik Chinas Ende der 1970er Jahre führte zu einem seit den 1980er Jahren einsetzenden, sich jedoch erst seit den 1990er Jahren und vor allem in jüngster Zeit beschleunigendem Boom chinesischer Autostädte. Mit China ist nicht nur ein neuer Absatzmarkt für westliche Automobilhersteller eröffnet, der sich auf die Städte, wie zum Beispiel Wolfsburg, derzeit positiv auswirkt. Damit verbunden ist auch das Wachstum der asiatischen Städte, deren Entwicklung langfristig wiederum die Geschichte westlicher Autostädte beeinflussen wird.

Die Geschichte der Autostädte hängt daher eng mit einer globalen Wirtschaftsgeschichte zusammen. Aufgrund der engen Kopplung der Städte mit der sie prägenden Autoindustrie geraten auch die Autostädte in den Sog globaler Entwicklungen.

Stadtgeschichte und Globalisierung

Die Stadtgeschichte hat bislang wenig Globalgeschichte betrieben. Doch wäre ein globaler Blick auf die Geschichte von Städten, wie gerade angedeutet, viel versprechend. Dabei sollte, wie Sebastian Conrad und Andreas Eckert für die Globalgeschichte allgemein schrieben, „Globalisierung nicht als Metatheorie, sondern (als) eine Perspektive [...] dazu beitragen [...], Prozesse in einem umfassenderen Kontext zu situieren“¹⁶. Die stadthistorische Perspektive wäre mithin keine globalgeschichtliche in dem Sinne, dass in erster Linie Prozesse der Globalisierung erklärt werden sollen. Vielmehr ginge es darum die Geschichte von Städten, ihre Entwicklung im globalen Kontext zu verstehen. Globalgeschichte ginge, wie Conrad / Eckert betonen, damit einher, „den methodologischen Nationalismus der Geschichtswissenschaft zu unterminieren“¹⁷. Auf die Stadtgeschichte bezogen hieße das, den immer noch häufigen Fokus auf die Geschichte einer Stadt zu überwinden. Anzuknüpfen wäre an die existierende vergleichende Stadtgeschichtsschreibung, die allerdings eine *global* vergleichende Perspektive einnehmen müsste anstelle der bis heute zumeist üblichen Vergleiche von zwei oder drei zumeist westlichen Städten. Zudem kann eine globale Stadtgeschichtsschreibung nicht bei einem traditionellen Vergleich stehen bleiben. Vielmehr ginge es, um erneut Conrad und Eckert zu zitieren, um das „Interesse an der Verdichtung von Beziehungen auf unterschiedlichen Ebenen“.¹⁸ „Welt- und Globalgeschichte“ ist dann ein „Kürzel für Ansätze, die sich für Verflechtung und eine relationale Geschichte der Moderne interessieren, nicht eu-

¹⁶ Sebastian Conrad und Andreas Eckert, Globalgeschichte, Globalisierung, multiple Modernen: Zur Geschichtsschreibung der modernen Welt, in: Sebastian Conrad, Andreas Eckert und Ulrike Freitag (Hrsg.), Globalgeschichte. Theorien. Ansätze, Themen. Frankfurt am Main und New York 2007, S. 7-49., hier: S. 20.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

rozentrisch argumentieren und nationalgeschichtliche Perspektiven überwinden wollen [...]“¹⁹.

Gerade Autostädte zwingen dazu, eine eurozentrische Perspektive zu verlassen. Die Geschichte Detroits, Rüsselsheims oder Wolfsburg beispielsweise ist spätestens seit den 1970er Jahren tangiert von der Geschichte von Toyota-Stadt und deren Entwicklung als Ort der Autoproduktion. Eine globale Geschichte von Autostädten muss daher auf „Verflechtung“ fokussieren, auf sich bedingende Entwicklungen. Es geht um die Geschichte von Interaktionen, von Austausch und gegenseitiger Beeinflussung und Wahrnehmung. Globalgeschichte ist damit auch eine Geschichte transnationaler, bzw. *trans-urbaner* Verflechtungen.

Die transnationale Perspektive ist eng verknüpft mit einer globalgeschichtlichen; nicht zufällig thematisierte die Forschung, dass beide Ansätze Überschneidungen aufweisen und nicht klar voneinander abzugrenzen sind. Im Sinne Jürgen Osterhammels und seiner Bestimmung von *Globalgeschichte* als „Interaktionsgeschichte innerhalb weltumspannender Systeme“²⁰ müssten enge Verflechtung und Wechselwirkung der Autostädte weltweit in den Blick geraten, genauer gesprochen, der Austausch von Konzepten, von Personen, die gegenseitigen Wahrnehmungen. Schon allein die bei Autostädten auffällige Referenz auf Detroit bezeugt die gegenseitige Wahrnehmung der Städte. Toyota-Stadt nannte sich „Detroit des Ostens“, Changchun „Detroit des fernen Ostens“, Tol'jatti bezeichnete sich als „Detroit on the Volga“. Auch hinsichtlich der Werksbauten und der Produktionsmethoden diente häufig Detroit als Vorbild. Bekannt ist, dass das River Rouge-Werk Vorbild für den Bau des Werks in der (damals noch) Stadt des KdF-Wagens war²¹, genauso wie sozialistische Autostädte dem Vorbild River Rouges folgten, wie Siegelbaum zeigte. Der spektakuläre Vertrag mit Fiat zum Aufbau einer neuen Produktionsstätte in Tol'jatti im Jahr 1966 liefert wiederum ein weiteres Beispiel für transnationale Verflechtungen.²² Wolfsburg bahnte in den 1980er Jahren eine Städtepartnerschaft mit Tol'jatti an. Die Verflechtungen und Verbindungen dieser Städte sind bislang allenfalls in Ansätzen für das jeweilige Werk untersucht, nicht jedoch auf städtischer Ebene.

Stadtgeschichte als global orientierte Zeitgeschichte

Nun könnte man bemerken, dass eine globalgeschichtliche Perspektive für Autostädte besonders nahe liegt. Schließlich ist die Autoindustrie eine seit den letzten

¹⁹ Ebd., S. 7.

²⁰ Jürgen Osterhammel, „Weltgeschichte“. Ein Propädeutikum, in: GWU 56 (2005), S. 452-479.

²¹ Hans Mommsen und Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1996.

²² Vgl. Siegelbaum, *Cars for Comrades*.

Dekaden globalisierte Industrie; zudem handelt es sich bei der Geschichte von Autostädten zumeist um eine Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also eine Zeit zunehmender internationaler Verflechtung. Wenn Osterhammel davon spricht, dass es bei einer Globalgeschichte um den Versuch ginge, „aus der *Perspektive* von Globalisierung einen neuen Blick auf die Vergangenheit zu werfen“, dann handelt es sich hier zweifellos um einen zeithistorischen Blick. Betrachtet man die Geschichte von (westlichen) Autostädten liegt es nahe, den in der zeithistorischen Forschung diskutierten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Strukturwandel und damit die Frage nach der Bedeutung der 1970er Jahre als Umbruchszeit in den Blick zu nehmen. Innerhalb der breit angelegten und unterschiedlichen Felder einbeziehenden Debatte um die 1970er Jahre als Transformationsphase oder Epochenumbruch oder „Zeitenwende“ fand die Frage der Transformation des Industrie- und Wirtschaftssystems bereits vielfach Aufmerksamkeit.²³ Konrad Jarausch spricht vom „fundamentalen Strukturwandel (...), der das Ende der klassischen Industriegesellschaft signalisieren (...) sollte“.²⁴ Doering-Manteuffel und Raphael diagnostizieren für die Geschichte der Bundesrepublik und der westlichen Staaten hinsichtlich wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen seit dem Ende des Wirtschaftsbooms Mitte der 1970er Jahre einen „Strukturbruch“ und sozialen Wandel von „revolutionärer Qualität“.²⁵ In der Stadtgeschichte geriet die Frage des Epochenwandels nur vereinzelt in den Blick und wurde mit Begriffen wie „Sattelzeit“ (von Saldern) oder Transformation beschrieben²⁶; die Rede ist von der „Deindustrialisierung“ oder dem Übergang zu „Wissenschaftsstädten“; die stadtsoziologische Forschung spricht mit einem hochaggregierten Blick von einem Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Stadt.²⁷

Zwar hat die Zeitgeschichte bereits krisenhafte Wirtschaftsentwicklungen in Ost und West in den Blick genommen. Vor allem einige Beiträge im kürzlich erschienenen Heft des *Journal of Modern European History* zielen explizit auf eine Debatte

²³ Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; André Steiner, Die 1970er Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost, in: Konrad Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die Siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 29-48.

²⁴ Konrad H. Jarausch, Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 3:3 (2006), <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jarausch-3-2006>.

²⁵ Doering-Manteuffel und Raphael, S. 10. Vgl. dazu auch: Anselm Doering-Manteuffel, Langfristige Ursprünge und dauerhafte Auswirkungen. Zur historischen Einordnung der siebziger Jahre. in: Jarausch, Ende, S. 313-329.

²⁶ Adelheid von Saldern (Hrsg.), Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten. Stuttgart 2006.

²⁷ Hartmut Häußermann, / Dieter Läßle und Walter Siebel, Stadtpolitik, Berlin 2007.

über die Bedeutung der 1970er und 1980er Jahre in europäischer Perspektive, wobei diese Beiträge weit über einen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fokus hinausgehen.²⁸ Doch fehlt bislang ein Blick, der zugleich Asien integriert.²⁹ Weiter fehlen empirische Studien, die die Bedeutung der 1970er Jahre für die Städte in globaler Perspektive untersuchen. Viele westliche Autostädte scheinen sich in das Muster der Phase des Wachstums und Wohlstands in den 1950er und 1960er Jahren und der krisenhaften Entwicklung bzw. eines beginnenden Strukturbruchs mit massiven Transformationsprozessen seit den 1950er (Detroit) und 1970er Jahren einzupassen. Doch blickt man auf die DDR oder auf Osteuropa, so zeigt sich ein anderes Muster, wie oben bereits skizziert wurde. Tol'jatti ist eine Gründung der 1970er Jahre. Asiatische Autostädte erlebten in den 1970er Jahren keine Krise, sondern ein moderates Wachstum. Sie waren seit den 1970er, stärker aber seit den 1990er Jahren mitten im Boom, während sich westliche Städte in einer Zeit „nach dem Boom“ befinden.

Eine globale Perspektive verändert damit auch den Blick auf einen möglichen Epochenwandel. Konrad Jarausch konstatierte bereits, dass es „schwierig ist [...], die Stellung der 1970er Jahre im langfristigen Verlauf des 20. Jahrhunderts und aus internationaler Perspektive zu bestimmen“.³⁰ Die Geschichte von Autostädten fordert Historiker/innen hier geradezu zu einer Stellungnahme heraus. Handelt es sich, wenn überhaupt, dann nur aus eurozentrischer Perspektive um einen Epochenwandel? Oder gar um einen Epochenwandel, der nicht nur das globale Städtesystem verschiebt, sondern zu einer grundlegenden Rekonfiguration globaler Verhältnisse führt? Eine global orientierte Stadtgeschichte, die im Sinne der *histoire croisée* Vergleich und transnationale Perspektiven verbindet, kann zu solchen bedeutenden zeithistorischen Fragestellungen wichtige Antworten liefern. Bislang ist die 1970er Jahre-Debatte als Diskussion eines Epochenumbruchs eine westliche Debatte, geführt von westlichen Historiker/innen mit Blick auf westliche bzw. west-östliche Entwicklungen. Inwiefern die 1970er Jahre für eine mögliche globale Neukonfiguration eine Rolle spielen, gilt es auch mit stadthistorischer Forschung zu prüfen. Dies wäre zugleich ein Beitrag zu einer „relationalen Geschichte der Moderne“.

Prof. Dr. Martina Heßler, Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg, mhessler@hsu-hh.de

²⁸ Vgl. Andreas Wirsching, *The 1970s and 1980s as a Turning Point in European History?*, in: *Journal of Modern European History*, 9:1 (2011), S. 8-26, hier: S. 8.

²⁹ Hier ist eine Tagung zu erwähnen, auf der am Beispiel von China, der Sowjetunion und Jugoslawien gefragt wurde, inwieweit die 1970er Jahre für sozialistische Länder eine Krise gewesen seien, vgl. (in Vorbereitung): Marie-Janine Calic, Sabine Dabringhaus, Dietmar Neutatz und Julia Oberreis (Hrsg.), *The Crisis of Socialist Modernity. China, Yugoslavia and the Soviet Union in the 1970s*, Freiburg 2011.

³⁰ Jarausch, *Krise oder Aufbruch*, Abschnitt 2.

Conference Review: 5th Biennial Conference: “Sustainable Cities?” of the Urban History Association (UHA) at the University of Nevada from 20 to 23 October 2010

The Urban History Association (UHA) held its 5th Biennial Conference at the University of Nevada, Las Vegas (UNLV). Approximately 300 scholars from the United States, Canada and Europe met to explore a wide range of urban topics and themes organized into sixty-four individual sessions. The conference also included two plenary sessions, numerous field trips, a graduate student dissertation workshop, and an address by the organization’s president, Dolores Hayden of Yale University. The program committee was headed by President Hayden and included Francesca Ammon (Yale University), Amy Chazkel (Queens College, CUNY) and Greg Hise (University of Nevada, Las Vegas). Local arrangements were handled by Eugene Moehring and Megan Weatherly, both of the University of Nevada, Las Vegas.

The conference received major sponsorship from the UNLV Urban Sustainability Initiative. And, fitting with the theme, a number of the sessions addressed the issue of sustainability. As President Hayden wrote in her welcome message: “We have papers that probe the definition of sustainability in varied times and places. While sustainability has often been defined as planning for the future, UHA members often investigate the history of urban visions.” Thematic sessions included “Abandonment and the Urban Crisis”, “Sustaining the City: Food, Markets & Production Along the Urban Rural Divide”, “Marketing Sustainability”, and “Visions of the Sustainable Metropolis: New Perspectives on Urban Intellectuals”.

While most of the conference participants were urban historians, a number of practitioners and individuals from a variety of disciplines also participated. Dr. Sharon Zukin, Professor of Sociology at Brooklyn College and the City University of New York Graduate Center, delivered the plenary address on Thursday night. Her talk, “The Invention of Authenticity: How to Channel New York’s Inner Vegas”, drew from her recent book, *Naked City: The Death and Life of Authentic Urban*

Places. And the Friday plenary luncheon featured Pat Mulroy, Director of the Southern Nevada Water Authority (another conference sponsor). Her talk focused on water and sustainability in Las Vegas and the Urban Southwest. Mulroy is a major figure in water politics in the Southwest region of the United States.

In addition to more standard sessions, this conference included two sessions dedicated to the scholarship of two pioneers in the field of urban history: Charles N. Glaab and Joel Tarr, the latter also a key figure in the development of the field of environmental history. Those remembering and celebrating the work and influence of the late Charles Glaab included Mark Rose (Florida Atlantic University), Carl Abbott (Portland State University), Raymond Mohl (University of Alabama at Birmingham), Carl Kramer (Indiana University Southwest), Eric Morser (Skidmore College), and Maureen Flanagan (Illinois Institute of Technology). The roundtable exploring the work of Joel Tarr included panelists Martin Melosi (University of Houston), Adam Rome (Pennsylvania State University), and Ann Keating (North Central College), with a response by Dr. Tarr.

As President Hayden highlighted in her welcome message, the conference had sessions dealing with a wide range of themes and topics. These included qualitative and quantitative research in urban history; analysis employing GIS mapping; comparative studies; explorations of race, gender, class, and space; research on architecture, the environment, technology, and science; presentations on historic preservation including small cities and towns, and sessions focussing on both urban and suburban historiography. Field trips offered participants to explore several areas in and around Las Vegas including the famous (infamous) Strip, the Red Rock Canyon, and Boulder City/Hoover Dam.

The UHA conference – reflecting the purpose of the organization – also focused on encouraging and supporting graduate students in the field. Graduate students participated in a large number of sessions. In addition, the UHA organized a dissertation workshop. Several senior scholars – including Carl Abbott, Mark Rose, and Matthew Klinge – worked with a half dozen graduate students just beginning or in the early stages of writing their dissertations. The dissertations ranged widely in topic and area. While most focused on the United States, one dissertation aimed at examining cities in Asia and another, cities in Latin America. Based on the extensive participation of graduate students in this conference, the future of the field of urban history looks strong.

The conference ended with a dinner and the presidential address from Dolores Hayden. The title of her address was “‘I Have Seen the Future’: Selling the Unsustainable City in 1939”. The talk focused on the vision of the urban future presented at the 1939 World’s Fair in New York City. That event included a major pavili-

on sponsored by General Motors and designed by Normal Bel Geddes. The centerpiece of the exhibit was a diorama portraying a future America in which individuals would be able to travel effortlessly throughout an expanded metropolitan region on modern, seemingly traffic-free highways. Americans would also be able to take advantage of a wide array of modern technologies – from cars to refrigerators. Those leaving the pavilion received a button stating: “I Have Seen the Future.” Hayden then compared the idyllic vision presented at the fair with the actual impact of the automobile and modern highways on the fabric of the American city. The UHA will host its 6th Biennial Conference in New York City in October 2012.

Prof. Dr. Janet R. Bednarek, Executive Secretary-Treasurer of the UHA (University of Dayton), Janet.Bednarek@notes.udayton.edu

L I Z L A U

Conference review on the First International Conference on Sustainable Urbanization, Hong Kong Polytechnic University, 15 to 17 December 2010

Massive urbanization programmes are under way in many parts of the world, often in regions where available land and resources are limited relative to the size of the population (for example the Chinese mainland). While urbanization is an inevitable corollary of economic development and industrialization, it nonetheless leads to many challenges. Such challenges include the provision of effective urban infrastructures (e.g. transport systems), adequate housing, sufficient energy and water supplies, a clean environment and a caring community support system. These challenges, phenomenal in their own right, are further amplified by the severe problems already facing the world, including climate changes and limited energy and water supplies. Against this backdrop, the first International Conference on Su-

sustainable Urbanization (ICSU 2010) was organised by the Faculty of Construction and Land Use (FCLU) of The Hong Kong Polytechnic University (PolyU), to provide an international forum for the scientific/engineering community to examine these challenges, and to find effective solutions to ensure a sustainable process of urbanization as well as sustainable management of urbanized areas.

The three-day conference began on 15 December 2010 with welcome addresses by Professor Timothy W. Tong, PolyU President, and Professor J.G. Teng, Dean of the Faculty of Construction and Land Use. Highlights of the conference included keynote speeches by four prominent international and local experts: Dr Qiu Baoxing, Vice Minister, Ministry of Housing and Urban-Rural Development, People's Republic of China; Mrs Carrie Lam Cheng Yuet-ngor, JP, Secretary for Development, Development Bureau, HKSAR Government; Professor Martin A. Green, Scientia Professor, University of New South Wales, Australia; and Dr Willie Lai, Chairman, Ruentex Engineering & Construction Co., Limited. The Honourable Ms Marjorie Yang, Council Chairman of PolyU, also delivered a speech at the banquet on the second day of the Conference.

The conference brought together a diverse mix of architects, engineers, geographers, social scientists, urban planners, researchers and managers from academia as well as various industries and governments. It was truly international, with participants coming from Australia, Canada, China, France, Germany, India, Indonesia, Iran, Italy, Japan, Korea, Malaysia, Nigeria, Palestine, Portugal, Singapore, South Africa, Spain, Switzerland, Thailand, the Netherlands, the U.K., and the U.S. The format of lectures, mini-symposia, parallel sessions, and poster presentations provided ample opportunities for knowledge transfer among specialists in these separate fields. Some remarkable and thought-provoking papers were presented. The current state of sustainable urbanization was analysed from numerous perspectives.

The proceedings of the Conference consisted of two parts: (i) a printed volume containing the full papers (or abstracts if full papers were not submitted) of 4 Keynote Lectures and 19 invited presentations as well as the abstracts of 244 papers for parallel sessions; (ii) a USB drive containing all full papers accepted by the Conference. This combination struck a good balance between accessibility and size of the volume, which was published by the Faculty of Construction and Land Use of the Hong Kong Polytechnic University.

Altogether, there were 10 mini-symposiums on the following aspects of sustainable urbanization:

- Building information modelling and changing construction practices
- Complexities in managing mega construction projects

- Industrialization of housing
- Low carbon cities
- Managing air pollution in mega-cities
- Modelling for sustainable urban transportation
- Remote sensing of urban environment (techniques development)
- Remote sensing of urban environment (applications)
- Renewable energy applications
- Wastes management and recycling

In addition, there were 17 parallel sessions covering the following topics:

- Strategies for sustainable urbanization
- Urban planning for sustainability
- Urban informatics for sustainability
- Sustainable design and construction practices
- Sustainable urban infrastructure
- Sustainable buildings
- Urban housing provision
- Urban heritage and redevelopment
- Sustainable urban living
- Sustainable urban transportation
- Sustainable materials and structures
- Effect of urbanization on environment
- Monitoring of environmental changes
- Urban pollution control
- Urban wastes treatment and recycling
- Conservation and reuse
- Energy efficient and healthy built environment

The papers covered a wide range of issues concerning urban infrastructure development, supply and efficient use of energy, and the achievement of a sustainable urban environment. Showcasing diversity and quality, these papers reported the current state-of-the-art and pointed to future directions of research in this exciting area. All of them can be downloaded from the conference website:
http://www.polyu.edu.hk/fclu/icsu2010/iframe_paper.html

Dr. Liz Lau, Liz.Lau@inet.polyu.edu.hk

**Tagungsbericht: Der Kult des großen
Plans um 1910 – Gestaltung von
Metropolregionen in historischer
Perspektive, AK Planungsgeschichte
in der GSU
am 25./ 26.11.2010,
Center for Metropolitan Studies (CMS)
der TU Berlin**

Die weitreichenden städtebaulichen Visionen, die vor rund 100 Jahren in „großen Plänen“ für zahlreiche Städte im In- und Ausland entwickelt wurden, waren Anlass für eine zweitägige Tagung des AK Planungsgeschichte in der GSU im November 2010 am Center for Metropolitan Studies (CMS) der TU Berlin. Die Konferenz stand in einem engen Zusammenhang zu der in der TU Berlin gezeigten Ausstellung „Stadtvisionen 1910/2010“, die sich anhand der Städte Berlin, Paris, London und Chicago mit unterschiedlichen städtebaulichen Themenfeldern um 1910 und 2010 beschäftigte. Die Tagung griff einzelne Aspekte der Planungen um 1910 auf, wobei insbesondere der Chicago-Plan und seine Rezeption in mehreren Beiträgen thematisiert wurden.

Das Programm der Konferenz, an der rund 80 Personen teilnahmen, war in fünf Themengruppen gegliedert und diskutierte um 1910 entstandene Planwerke und Städtebauausstellungen ebenso wie internationale Transfers, Akteure, einzelne Gestaltungselemente und die mediale Vermittlung großer Pläne. Konzeption und Organisation der international besetzten Tagung lagen bei Harald Bodenschatz und Celina Kress vom CMS/TU Berlin sowie Christoph Bernhardt vom IRS Erkner/Berlin.

Thematisch eingeführt wurde die Tagung von Harald Bodenschatz, der die öffentlichkeitswirksame Inszenierung der damaligen Planwerke und Ausstellungen als eine Art „Kult“ beschrieb und das „Große“ der großen Pläne erläuterte. Neben der

räumlichen Dimension der Pläne, die vielfach über die Stadtgrenzen hinausreichten, hätten fachlich interdisziplinäre und soziale Aspekte gestanden, die umfassenden Konzeptionen zugrunde gelegt hätten. Nicht zuletzt seien es auch die großformatigen Pläne selbst gewesen, die in ihrer uniformen Monumentalität beeindruckt und damit auch zu ihrer „Größe“ beigetragen hätten. Am Beispiel des Chicago-Plans wurden unter anderem diese Dimensionen anschaulich von Wolfgang Sonne (TU Dortmund) dargestellt.

Friedrich Lenger (Justus-Liebig-Universität Gießen) beleuchtete in seiner Keynote den sozial- und kulturgeschichtlichen Kontext der „großen Pläne“ und wies auf die Gleichzeitigkeit der zunehmenden internationalen Verflechtungen und die großen regionalen bzw. nationalen Unterschiede der städtischen Entwicklungen hin.

In der Themengruppe „Große Pläne um 1910“ wurden nationale und internationale Fallbeispiele thematisiert: Markus Tubbesing (ETH Zürich) stellte die Wettbewerbsbeiträge für Groß-Berlin 1908-10 vor und Carl Philipp Schuck (Universität Münster) gab einen Überblick über die Themen und Exponate der Städtebauausstellungen in Düsseldorf 1910 und 1912, die auch Exponate aus Berlin zeigten und mit über 700.000 Besuchern echte ‚Publikumsrenner‘ waren.

Die Bedeutung Wiens für den Städtebau um 1910 stellte Karin Wilhelm (TU Braunschweig) dar. Sie beschrieb Wien als prominentes Beispiel einer Großstadtregulierung und als Projektionsraum für die „kontrollierbare schöne Metropole“. Die visuellen Ansätze der damals tätigen Architekten zur Herstellung von Atmosphären hätten daran ihren Anteil gehabt. Insbesondere Otto Wagner habe als „Raumplaner“ herausragende Entwürfe geliefert. Corinne Jaquand (School of Architecture Clermont-Ferrand Paris) beschrieb das städtebauliche Werk von Léon Jaussely, der als „Erfinder“ der Vokabel „Urbanisme“ in Frankreich gelte und sich an den Wettbewerben für Barcelona, Berlin und Paris beteiligt hätte. Ursula von Petz (Schwerte) stellte den großen Plan von Rom aus dem Jahr 1909 vor, der sich insbesondere auf Stadterweiterungen bezogen habe und in dem das „alte Zentrum“ nur bescheidene Eingriffe erfahren habe. Den Wettbewerb Groß Zürich 1915-18 und die „kinetische Stadtauffassung“ der Zeit beleuchtete Daniel Kurz (Zürich). Er verdeutlichte den Stellenwert des Verkehrs als wesentliche Einflussgröße für den Wettbewerb und die „dynamische“ Stadtentwicklung. Die Situationen in Stockholm und Tallin um 1910 und deren Planungsansätze zeigte Hakan Forsell (School of Humanities, Education and Social Sciences Örebro) auf. Während in Stockholm eine eher fragmentarische Planung erfolgt sei, hätte in Tallin mit dem Ansatz von Saarinen ein großer Plan vorgelegen. Mit der Darstellung der Pläne für Canberra von 1911 und Neu-Delhi von 1913 zeigte Friedhelm Fischer (Universität Kassel) zwei plangrafisch ähnlich

scheinende Planungsansätze, die hinsichtlich ihrer Ambitionen und kulturellen wie sozialen Kontexte jedoch deutliche Unterschiede aufwiesen.

Eine weitere Themengruppe widmete sich den Akteuren, Netzwerken und ihren Einflüssen auf die „großen Pläne“. Harold Platt (Loyola University Chicago) beschrieb den transatlantischen Austausch in Fragen der modernen Stadtplanung und die Rolle von Daniel Burnham sowie des Chicagos Commercial Club als Stadtgestalter nach „europäischen Vorbildern“. Die Themen der RIBA Konferenz in London 1910, die sich insbesondere den Konflikten zwischen den „großen Plänen“ und der fortschreitenden Suburbia-Entwicklung widmeten, wurden von William Whyte (University of Oxford) vorgestellt. Celina Kress (CMS/TU Berlin) diskutierte öffentlichen versus privaten Städtebau am Beispiel Berlins und bezog sich dabei auf das Wirken von Werner Hegemann um 1910/12. Die Rolle der technischen Hochschulen und damit insbesondere die der fachlich relevanten Hochschullehrer untersuchte Christoph Bernhardt (IRS Erkner/Berlin) in seinem Beitrag. Neben der Beteiligung an den Wettbewerben waren es auch die Professoren, so zum Beispiel Baumeister, Stübben und Henrici, die Stadtentwicklungsthemen breiter diskutiert und um die Etablierung des Städtebaus als eigene Disziplin gestritten hätten.

Einzelne Gestaltungselemente der Stadtregion um 1910 wurden in den Beiträgen von Dieter Schott (TU Darmstadt) und Sonja Dümpelmann (University of Maryland) thematisiert. Schott beschrieb die Verkehrs- und Umweltsituation aufgrund von wirtschaftlichem Wachstum und stellte alternative Ansätze der Stadtentwicklung aus Frankfurt, Darmstadt und Mannheim vor, die ohne „große Pläne“ auskamen. Den Vergleich der Grünräume und des Parkdesigns zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts in Chicago, Berlin und Rom unternahm Sonja Dümpelmann in ihrem Beitrag. Sie zeigte auf, dass (insbesondere in Chicago) eine geordnete Stadtentwicklung mit einem qualitativen System zur Planung differenzierter Grün- und Freiräume verbunden worden sei.

Gewissermaßen als Einleitung in den Abschluss der Tagung reflektierte Kristen Schaffer (North Carolina State University) den Burnham Plan für Chicago anlässlich seines 100jährigen Bestehens und den damit aktuell verbundenen Aktivitäten. Sie stellte seine bis heute wirksame gesellschaftliche Bedeutsamkeit und seinen Beitrag zur Entwicklung eines „spirit of Chicago“ heraus. Es konnte in der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion jedoch nicht geklärt werden, warum es beispielsweise in Berlin – im Gegensatz zu Chicago – keine vergleichbare Resonanz auf das 100jährige Bestehen des „großen Plans“ gibt. Große Pläne galten (und gelten) als Steuerungsinstrument, unter anderem für Marketingzwecke mit starken Bildern, und dies war in Chicago vermutlich überzeugender als anderswo. Aber es wurde auch – nicht nur in den abschließenden Statements der Tagung – festgehalten, dass

sich nach wie vor an Ideen aus „großen Plänen“ anknüpfen lässt, zum Beispiel in den Bereichen Verkehr und Freiraum. Neben aufgeworfenen Fragestellungen, so beispielsweise ob mit den „großen Plänen ein Bekenntnis zur Großstadt“ oder möglicherweise eher eine Ablehnung zu verbinden sei, wurde auch diskutiert, ob der „Kult des großen Plans“ als Resultat der „Kultivierung der Stadt“ verstanden werden könne. Die fachlich breit angelegte Tagung konnte nicht alle Aspekte in gebotener Tiefe erörtern und hat weiteren Forschungsbedarf in diesem wichtigen Themenfeld der Städtebaugeschichte aufgezeigt. Eine Publikation der Tagungsergebnisse ist derzeit in Vorbereitung.

Ergänzend sei angemerkt, dass inzwischen eine weitere Konferenz unter Beteiligung des AK Planungsgeschichte in der GSU stattfand: In Hamburg wurde am 12./13. Mai 2011 unter Federführung von Dirk Schubert (HafenCity Universität Hamburg) die Konferenz „Queen Jane Jacobs – Jane Jacobs and paradigm shifts in urban planning and urban redevelopment“ durchgeführt. Zudem plant der AK für das Jahr 2012 Veranstaltungen zu Themenfeldern der Landesplanung. Erste Vorschläge liegen hierzu bereits vor. Weitere Anregungen und Beiträge – nicht nur zu Tagungsthemen – sind herzlich willkommen und können an Celina Kress (celina.kress@metropolitanstudies.de), die den AK Planungsgeschichte in der GSU koordiniert, gerichtet werden.

Yasemin Utku, yasemin.utku@sds-utku.de

Die Hochschule als Berater für Städte und Kommunen: Tagungsbericht zur 3. Hessenkonferenz STADTFORSCHUNG, in Frankfurt am Main am 7./8. April 2011

Finanznot, demographischer Wandel, Integration, Mobilität und Klimawandel – die Liste der aktuellen Herausforderungen, denen sich Städte gegenübergestellt sehen, ist lang. Lösungen suchen nicht nur die Stadtverordnetenversammlungen, Stadtplanerinnen und -planer. Auch Hochschulen forschen über diese Themenfelder. Im Rahmen der Hessenkonferenz „Stadtforschung“, die am 7. und 8. April 2011 bereits zum dritten Mal in Frankfurt stattfand, bildeten Kooperationen dieser Art den Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen: Welche Erfahrungen haben Hochschulen und Städte bzw. Kommunen bereits in gemeinsamen Projekten sammeln können und welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit sind darüber hinaus denkbar?

Erfahrungsberichte aus laufenden Projekten und Kurzvorträge zu den Anforderungen und Förderungsmöglichkeiten seitens der Praxis legten Perspektiven und Optionen einer angewandten Forschung und Beratung im Land Hessen offen. Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Praxis diskutierten dabei gemeinsam anhand beispielhafter Projekte über die Möglichkeiten und Chancen einer Zusammenarbeit. Die Vorträge und Diskussionen veranschaulichten vor allem die besonderen Vorteile einer Beauftragung von Hochschulen durch Kommunen, Gemeinden und Städte oder durch außeruniversitäre Institutionen: Die erbrachten Leistungen gehen oftmals weit über das hinaus, was beispielsweise Planungsbüros liefern können, vor allem in Bezug auf die Ermittlung vorhandener Potentiale, die Akzeptanz durch die Bürgerschaft oder die möglichen Folgen bestimmter Maßnahmen. Die kritische Distanz der Hochschulen zur Planungsrealität wie auch zu politischen Entscheidungsprozessen ist dabei sicherlich nicht unbedeutend. Studien, die in Kooperation mit der Wissenschaft entstehen, bieten oftmals ein besonderes Innovationspotential.

Die inhaltlichen Beiträge der Konferenz zeigten die enorme Praxisrelevanz der hessischen Forschungen zur und in der Stadt. In Ihrem Vortrag „Erneuerbar Komm! Potentialanalysen für Erneuerbare Energien. Ein Leitfaden“ erläuterte Prof. Dr. Martina Klärle (Fachhochschule Frankfurt), wie ein spezieller Online-Rechner Gemeinden und Kommunen aktiv dabei unterstützt, Potentiale für erneuerbare Energien zu erkennen und angemessene Standorte zu finden. Dipl.-Ing. Niklas Wever (Universität Kassel) stellte ein Projekt zur Untersuchung der Entwicklungsperspektiven fünf hessischer Mittelstädte vor und berichtete über ein derzeit entstehendes Infrastrukturgutachten für eine Kommune im Vogelsbergkreis. Als einer der wissenschaftlichen Leiter der Hertie-Studie FrankfurtRheinMain präsentierte Prof. Dr. Andreas Klocke die Ergebnisse der Bevölkerungsstudie zu den Imagebewertungen, Lebenslagen und Lebenszufriedenheiten der Menschen in Frankfurt und der Rhein-Main-Region. Die Studie diente unter anderem zur Klärung der Frage, ob die Region „funktioniert“. Die Ergebnisse bejahen diese Frage eindeutig und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Images der Rhein-Main-Region. Prof. Dr. Ursula Funke stellte ihr Konzept zur Beratung von Städten bei der Erstellung einer Stadtkonzeption vor. Wichtig seien dabei die Einbeziehung der Bürgerschaft und die aktive Mitarbeit der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters sowie weiterer Entscheidungsträger/-innen. Die professionelle Moderation des gesamten Prozesses sei dabei ebenfalls maßgebend. Ein Patentrezept gebe es für die Stadtkonzeption als solche allerdings nicht: Jede Stadt stehe vor der Herausforderung, ihr eigenes, ganz individuelles Konzept zu entwickeln.

Auf die spezifischen und teilweise immer wiederkehrenden Probleme bei Kooperationen zwischen Wissenschaft und Praxis kam Dr. Georgios Terizakis zu sprechen. Er ist Koordinator der Wissenschaft-Praxis-Kooperationsstelle am LOEWE-Schwerpunkt „Eigenlogik der Städte“ der TU Darmstadt und der Hochschule Darmstadt. Die oft sehr unterschiedlichen Zeithorizonte der Akteure, die Finanzierung des Vorhabens sowie die zusätzlichen Arbeitsbelastungen auf beiden Seiten nannte Terizakis als die am häufigsten auftretenden Reibungspunkte. Entscheidend für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sei allerdings ein Arbeitsschritt, der oftmals übersehen werde: die eigene Sicht oder Erkenntnis so aufzubereiten, dass sie auch für das jeweilige Gegenüber nachvollziehbar sei.

Bei der Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis fand der Bedarf nach mehr Zusammenarbeit mit der Wissenschaft eine deutliche Bestätigung. Auf dem Podium saßen Dr. Gabriela Bloem (Regionalverband FrankfurtRheinMain), Friedhelm Flug (Geschäftsführer der HA Stadtentwicklungsgesellschaft mbH), Horst Schulmeyer (Stadt Frankfurt, Stabstelle „Frankfurter Programm – Aktive Nachbarschaften“), Sabine Süß (Geschäftsführender Vorstand der Schader-

Stiftung Darmstadt) sowie Cornelia Zuschke (Stadtbaurätin der Stadt Fulda). Alle berichteten einhellig von sehr positiven Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Wissenschaftler/innen.

Für eine fruchtbare Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis äußerte Cornelia Zuschke den Wunsch nach einer klaren und konkreten Sprache sowohl seitens der Wissenschaft als auch der Praxis. Allerdings, dies merkte Gabriela Bloem an, gerate oftmals nicht nur der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis ins Stocken, sondern leider erfolge innerhalb der Wissenschaft selbst häufig kein Austausch, was sehr bedauerlich sei. Der auf der Konferenz erklärte Entschluss der hessischen Stadtforscherinnen und Stadtforscher, sich zukünftig besser und auch nach außen hin sichtbar zu vernetzen, setzt deshalb auch mit Blick auf die Akteure in der Praxis ein sehr positives Zeichen.

Die 3. Hessenkonferenz STADTFORSCHUNG war eine gemeinsame Veranstaltung der Fachhochschule Frankfurt am Main, vertreten durch den Fachbereich 1 „Architektur. Bauingenieurwesen. Geomatik“ sowie das Fachgebiet „Städtebau“, und dem vom Land Hessen geförderten LOEWE-Schwerpunkt „Eigenlogik der Städte“, einer Kooperation der Technischen Universität Darmstadt und der Hochschule Darmstadt. Die 4. Hessenkonferenz STADTFORSCHUNG wird voraussichtlich im April 2012 in Fulda stattfinden. Weitere Informationen erhalten Sie über die Öffentlichkeitsarbeit des LOEWE-Schwerpunkts „Eigenlogik der Städte“: http://www.stadtforschung.tu-darmstadt.de/eigenlogik_der_staedte/.

Dipl.-Soz. Tina Enders, enders@stadtforschung.tu-darmstadt.de

**Tagungsbericht: Stadt und Medien.
Stadt als Raum der Medien-
institutionen – Medialität des Urbanen.
41. Frühjahrskolloquium des Instituts für
vergleichende Städtegeschichte in
Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für
Kultur- und Mediengeschichte der
Universität des Saarlandes,
am 4./5. April 2011
in Münster**

Dem komplexen Verhältnis von ‚Stadt und Medien‘ widmete sich das 41. Frühjahrskolloquium des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster, das in diesem Jahr in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Kultur- und Mediengeschichte der Universität des Saarlandes veranstaltet wurde. *Clemens Zimmermann* (Saarbrücken) als Organisator betonte in seiner Einführung, dass Medien nicht nur im Sinne der etablierten Mediengeschichte entgrenzen und vernetzen, sondern sich selbst auf vielfältige Weise in Orten situieren und auf diese verweisen. Bei der Tagung solle daher erstens aus einer *kulturökonomischen Perspektive untersucht werden*, was es über bestimmte Städte aussagt, wenn sie sich als kontinuierliche Standorte von Medieninstitutionen und -unternehmen erweisen. Zweitens solle die Frage verfolgt werden, *inwiefern sich epochen- und medien-spezifische Repräsentationen von Stadträumen unterscheiden und wie diese Images auf die realen Räume zurückwirken*. Das Anliegen der Tagung war es, dem weitgehenden Mangel an Überblicksdarstellungen und empirischen Studien, den auch die vom Institut erstellte thematische Auswahlbibliographie aufzeigt, entgegenzutreten (www.staedtegeschichte.de). Die Leitung der Sektionen übernahmen

der Mitveranstalter *Werner Freitag* (Münster), *Gerd Schwerhoff* (Dresden), *Matthias Warstat* (Erlangen-Nürnberg), *Peter Johanek* (Münster) und *Thomas Großbötting* (Münster).

Die ersten drei Vorträge widmeten sich Fragestellungen aus Mittelalter, Früher Neuzeit und dem 19. Jahrhundert. *Carla Meyer* (Heidelberg) zeigte für das Hoch- und Spätmittelalter Medien städtischer Imagepflege auf. Dabei argumentierte *Meyer*, diese Strategien der Mediennutzung seien als *city branding* im Sinne einer Profilierung der Stadt als Marke zu bezeichnen. Im Anschluss wurde diese These ebenso wie der erweiterte Medienbegriff *Meyers*, der auch sogenannte ‚Menschmedien‘ einschloss, kontrovers diskutiert. *Ute Schneider* (Mainz) wies aus kulturökonomischer Perspektive empirisch überzeugend Antwerpen und Frankfurt als frühneuzeitliche ‚Medienstädte‘ aus. Die beiden Handels- und Finanzzentren mit internationalen Kontakten boten für die Etablierung eines florierenden Druckgewerbes attraktive Standortbedingungen. Für das 19. Jahrhundert untersuchte *Jörg Requate* (Bielefeld) Städte als Standorte der Tagespresse, deren Rückbindung an ihre urbane Umgebung über die Lokalberichterstattung erst im Kaiserreich eingesetzt habe. Insgesamt habe die Presse eher der Formierung der politischen Lager und der Kommunikation wichtiger Ereignisse gedient als der Konstruktion städtischer Identität.

Mit dem Vortrag von *Adelheid von Saldern* (Hannover) wurde thematisch ein neues Medium – das Radio – sowie mit der Zwischenkriegszeit das 20. Jahrhundert in den Blick genommen. Während die 1923/24 aufgebauten Radiostationen anfangs nur städtische Themen behandelten, erfolgte spätestens gegen Ende der Weimarer Republik eine Einbeziehung der ländlich geprägten Region, als deren Teil die Stadt gesehen wurde; auf diese Weise formierte sich eine virtuelle ‚Hörgemeinschaft‘. *Rolf Sachsse* (Saarbrücken) veranschaulichte anhand einer eindrucksvollen Auswahl von Baufotografien, Bildpostkarten und Luftbildaufnahmen aus dem Nachlass des Kölner Fotografen Hugo Schmölz, wie die Architektur der Moderne dargestellt wurde. Auffällig sei dabei der gewünschte Kontrast zur alten, ‚unmodernen‘ Bebauung oder das Verschwinden des umgebenden urbanen Raumes aus den Aufnahmen. Der Vortrag von *Nicole Huber* (Seattle) wandte sich den Bauausstellungen zu, die im 20. Jahrhundert als idealtypische Medien von Stadtplanung und Städtebau gelten könnten. Exemplarisch demonstrierte *Huber* anhand der Ausstellungen in Stuttgart 1927 und in Berlin 1957 die Rückwirkung medialer Konzepte der Stadt auf ihre jeweilige Entwicklung. *Katrin Minner* (Münster) unterstrich die Bedeutung von Stadtwerbefilmen für die Verbreitung mentaler Stadtbilder in der Nachkriegszeit. Anhand einer Auswahl von 18 Filmen aus der Region Westfalen zeigte *Minner*, dass

diese Filme nicht nur der Repräsentation der Städte, sondern auch der Lösung innerstädtischer Probleme dienen.

Aus einer kulturwissenschaftlichen, gegenwartsorientierten Perspektive präsentierte *Anna Schober* (Verona) Überlegungen zum Verhältnis von Stadt und Film. Besonders bemerkenswert war ihre Untersuchung von Wechselbezügen zwischen Stadtrepräsentation im Film und der filmischen Inszenierung von urbanem Alltagsleben. *Axel Schildt* (Hamburg) befasste sich mit der Entwicklung Hamburgs seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Hamburg verfügt über die typischen Kriterien eines zentralen Medienstandortes; es ist Sitz einer ARD-Anstalt, hat eine großstädtische Tagespresse und ist Herstellungsort wichtiger Zeitschriftentitel. *Martin Schreiber* (Saarbrücken) zeigte, dass städtischer Raum auch im Zeitalter der vernetzten Kommunikation bedeutend bleibt. Gerade die klassischen metropolitanen Ballungsräume hätten sich zu Knotenpunkten der globalen Netzkommunikation und Internetnutzung entwickelt, diese ersetze aber keine *face-to-face* Begegnung.

Umrahmt wurde das Tagungsprogramm von einem öffentlichen Abendvortrag von *Clemens Zimmermann* zum Thema „Vielfältige Modernen – Stadtgeschichte im 20. Jahrhundert“. *Zimmermann* plädierte dafür, den monolithischen Modernebegriff zugunsten einer reflexiven, ‚vielfältigen‘ Vorstellung von Moderne aufzugeben, die anderen Räumen und Kulturen ihren Eigenwert lasse. Die Entwicklung der Städte im 20. Jahrhundert sei von Ungleichzeitigkeiten gekennzeichnet gewesen: Einerseits galten die Großstädte als Orte des Fortschritts, andererseits traten auch die Schattenseiten des Zusammenlebens vieler Menschen in den Blick. Die historische Stadtforschung solle sich und ihr Thema, die Stadt, zukünftig stärker in die Diskussion über die Vielfalt der Moderne einbringen.

Die Schlussstatements von *Frank Bösch* (Gießen) sowie der Veranstalter *Werner Freitag* und *Clemens Zimmermann* bilanzierten die Vorträge der Tagung. *Bösch* bot einen systematisierenden Überblick über Fragestellung und Methoden und plädierte für eine stärkere Berücksichtigung der Wechselverhältnisse von Stadtrepräsentation und Praktiken in der Stadt. *Freitag* und *Zimmermann* hoben die Bedeutung der ‚Medienstadt‘ als Stadttyp hervor. Weiterhin setzte sich *Freitag* für einen expliziten Fokus auf die Stadt ein, deren Spezifika nicht zugunsten des mediengeschichtlichen Zugriffs vernachlässigt werden dürften.

Insgesamt belegten die Vorträge des Frühjahrskolloquiums die Relevanz des Forschungsfeldes ‚Stadt und Medien‘ für die Stadtgeschichte und eröffneten neue Perspektiven. Insbesondere die Beiträge von *Rolf Sachsse* und *Nicole Huber* bewiesen dabei die Notwendigkeit interdisziplinären Arbeitens. Die elf Referenten boten einen Überblick vom Mittelalter bis in die Gegenwart, eine stärkere

Berücksichtigung frühneuzeitlicher Themen wäre jedoch wünschenswert gewesen. Der in Planung befindliche Tagungsband dürfte seinen Beitrag zur Forschung leisten und zur systematischen Betrachtung des Themas anregen.

Susanne Dengel, Lehrstuhl für Kultur- und Mediengeschichte, Universität des Saarlandes, susanne.dengel@mx.uni-saarland.de

Lena Krull, Exzellenzcluster „Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne“, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, lena.krull@uni-muenster.de

K A T A L I N G E N N B U R G

Tagungsbericht: Stadt(planungs)geschichte als Gesellschaftsgeschichte – Der verborgene Reformdiskurs in der Städtebaudebatte der DDR. 7. Kolloquium der Hermann- Henselmann-Stiftung in Weimar, 8.4.2011.

Am 8. April 2011 trafen sich in Weimar StadtplanerInnen, ArchitektInnen, UrbanistInnen, HistorikerInnen und SoziologInnen unter dem Titel „Stadt(planungs)geschichte als Gesellschaftsgeschichte – Der verborgene Reformdiskurs in der Städtebaudebatte der DDR“ zum 7. Kolloquium der Hermann-Henselmann-Stiftung, das in Kooperation mit dem Institut für europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar und dem Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner organisiert und durch die Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen gefördert wurde. Wie sah der verborgene Reformdiskurs im Städtebau der DDR aus und wie sahen sich die planenden und gestaltenden Akteure selbst? Inwieweit war die DDR durch ihre Institutionen und Akteure im Bereich von Stadtplanung und

Städtebau reformierbar? Dies waren zwei zentrale Fragen denen sich Referenten und Teilnehmer der Konferenz widmeten. Der folgende Bericht konzentriert sich auf eine Auswahl der auf städtebauliche Themen bezogenen Vorträge des Kolloquiums.

Norbert Korrek (Weimar) und Max Welch-Guerra (Weimar) führten die rund 70 TeilnehmerInnen in die Geschichte des Bauhauses nach 1945 ein. Weimar galt ihnen zufolge nach 1945 zunächst als Orientierungspunkt zur Neubegründung eines emanzipatorischen Wissenschaftsstandorts in einer im Entstehen begriffenen demokratischen Republik, insbesondere nachdem die Neugründungen des Bauhauses in Berlin und Dessau gescheitert waren. Hier trafen sich auch wichtige Akteure des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, die bis 1945 in Buchenwald inhaftiert gewesen waren, wie z.B. Hermann Brill, und die bereits dort an Plänen für einen demokratischen Wiederaufbau gearbeitet hatten. Das Thema Wiederaufbau im städtebaulichen Sinn wurde auch an der späteren Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (im Folgenden HAB) bestimmend. Beispielgebend hierfür führte Korrek den viel beachteten Entwurf Gustav Hassenpflugs zum Wiederaufbau Nürnbergs an. Hassenpflug wurde neben Hermann Henselmann einer der wichtigen Akteure an der HAB und 1946 dort Professor für Städtebau.

Max Welch-Guerra machte deutlich, welchen Entwicklungsschritt die HAB als wissenschaftliche Institution zwischen 1945 und 1960 machte. Stand um 1945 der Wunsch einzelner Akteure nach einer Wiederbegründung des Bauhauses in Weimar im Vordergrund, die auf die Rettung eines wichtigen geistigen Erbes abzielte, dominierten bereits bald darauf ab 1950/51 ganz die realsozialistischen „Wünsche“ der DDR an die HAB, die sich auch in der Umstrukturierung der Hochschule für Baukunst und Bildende Künste zur Hochschule für Architektur und Bauwesen der DDR niederschlug. So zeichnete sich in der institutionellen Verankerung des Bauhauses im Staatsapparat der DDR ab, dass Städtebau und Wiederaufbau als dringlichste Aufgaben beim Aufbau einer sozialistischen Republik gesehen wurden. Welch-Guerra beschrieb die HochschulabsolventInnen der HAB 1957/58 als „Korrektiv der Realpolitik.“ Wurden die Studierenden also für die Umsetzung der Mehrjahrespläne der Planwirtschaft ausgebildet? Der Referent vertrat im Gegensatz eher die Meinung, dass die Absolventen der Hochschule keineswegs immer zu planmäßig einsetzbaren Ingenieuren wurden.

Harald Engler (Berlin) behandelte die Städtebaudebatte der 1980er Jahre und fragte nach den institutionellen Grenzen von Reformdiskursen. Er benannte drei kulturelle Ereignisse als den Städtebaudiskurs prägende Einschnitte, die sichtbar machten, dass eine breitere Reformdebatte mindestens gehemmt, wenn nicht gar unterdrückt wurde. Dies waren aus seiner Sicht erstens das Müggelturm-Gespräch

1963, zweitens der Film „Insel der Schwäne“ von Herrmann Zschoche 1983 und schließlich drittens der Wettbewerbsbeitrag der Architekten Enzmann/Ettel zum Bersarinplatz in Berlin, der mit mehrjähriger Haftstrafe für die beiden Architekten sanktioniert wurde. Engler bezeichnete diese drei Reformversuche als negative „Mentale Erinnerungsorte“ für die Unterdrückung des Reformdiskurses im Städtebau der DDR. Der Beitrag spiegelte auch die Ambivalenz zwischen der Selbstwahrnehmung der Akteure und Zeitzeugen und der Fremdwahrnehmung durch die heutige Forschung. Auch wenn eine vorschnelle Bewertung der Akteure und ihrer Lebensleistung vermieden wird, so überwiegt aus der Forschungsperspektive Englers doch der Eindruck einer massiven Behinderung des Reformdiskurses durch den hegemonialen Anspruch der staatlichen Lenkung des Städtebaus der DDR.

Wulf Brandstätter (Halle) veranschaulichte hingegen die Spielräume im Realsozialismus anhand selbst durchgeführter Bauprojekte. Sie offenbarten einerseits die Improvisationskunst eines Stadtarchitekten der DDR, der mit permanentem Ressourcenmangel zu kämpfen hatte, verdeutlichten aber auch den Abgrund, der sich zwischen zu realisierenden Bauaufträgen und dem ästhetischen und individuellen gestalterischen Anspruch an Architektur auftat. Die „fehlende Ecke“ (die sich im Anschluss von zwei über Eck gebauten Plattenbauten ergibt) regte Stadtarchitekten wie Brandstätter zu neuen kreativen Gestaltungskonzepten an. Wolf Eisentraut (Berlin) äußerte dazu: „Die Vision bestand darin, mit industrieller Fertigbauweise die verschärfte Typenprojektion aufzubrechen!“ Die fehlende Ecke versinnbildlicht in besonderer Weise die Wohnbebauungsplanung der DDR und das Maß an Kreativität, welches zu ihrer Umsetzung gefragt war.

Die Mehrzahl der Beiträge des Kolloquiums verdeutlichte, dass ein Reformdiskurs tatsächlich eher im Verborgenen existierte, und dass die Entschlossenheit seiner Träger – parallel zum wachsenden gesellschaftlichen Unmut gegen Ende der DDR – deutlich zunahm. Hans Peter Kirsch (Magdeburg) vertrat dazu unmissverständlich die Ansicht, tatsächliche Reformen seien „nicht zu erwarten“ gewesen. Die Umgangsformen der Parteiführung mit den Stadtarchitekten seien inakzeptabel und von Intellektuellenfeindlichkeit geprägt gewesen, zumal letztere in ihrer Funktion gleichsam Inhaber eines politischen Amtes waren und so zwangsläufig dem Zugriff der Parteiführung der SED unterlagen. Die Mischung aus Intellektuellenfeindlichkeit und persönlich-politischer Abhängigkeit stabilisierte letztlich den staatlichen Städtebau der DDR, so ein verschiedentlich geäußertes Argument. Der offenkundige Widerspruch zwischen dem destabilisierend wirkenden Mangel an Ressourcen auf der einen Seite und dem das System stabilisierenden politischen und institutionellen Akteursnetzwerken auf der anderen bestimmte die harten Grenzen des Reformdiskurses.

Simone Hain (Graz) stellte in ihrem Vortrag „Zwei Koffer voll Reform“ den Nachlass des Architekten und Professors an der HAB Bernd Grönwald vor. Grönwald versuchte zwischen 1988 und 1990 einen reformerischen Städtebaudiskurs zu initiieren, scheiterte jedoch am Vorabend des Mauerfalls im Staatsrat der DDR. Zur Dialektik von Architektur und Gesellschaft kommentierte Bruno Flierl (Berlin): „Die DDR war eine Gesellschaft, die sich nicht verwirklichen konnte.“ Vor diesem Hintergrund wirkte Flierls Aussage: „Architekten und Planer waren in hohem Maße politisch engagierte Akteure“ wie eine Rückbesinnung auf das, was nach 1945 einmal Kern der Städtebaupolitik werden sollte, nämlich der (Wieder-) Aufbau von Wohnraum mit den Mitteln der Planwirtschaft in Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen. Waren die Akteure des DDR-Städtebaus als Planwirtschaftsjongleure also Reformer, und war der kollektive Missmut über den Mangel an Möglichkeiten und Ressourcen schon ein Reformdiskurs?

Thomas Flierl verabschiedete die Teilnehmer mit dem Gedanken, dass es eben keinen wirkmächtigen Zusammenschluss von Linksinтеллектуellen im Städtebaudiskurs der DDR gegeben habe, und unter den Bedingungen der sozialistischen Realpolitik dieser Zeit auch nicht haben können. Die Debatten des Kolloquiums machten sichtbar, dass selbst die besonders ambitionierten Initiativen zur Veränderung der Situation noch keinen offenen Reformdiskurs in Gang setzten, da sie schnell staatliche Sanktionen zur Folge hatten. Die auf der Tagung verschiedentlich formulierte These, dass die DDR auch aufgrund ihrer staatlichen Fehlplanung des Wohnens und Lebens in den Städten gescheitert ist, öffnete den Raum für weitere Diskussionen im Spannungsfeld von Gesellschaftspolitik und Stadt. Doch hinterließ das Scheitern der DDR auch einen Überschuss an Ideen und Erfahrungen, welche ausgewertet werden sollten, so Thomas Flierl: von den ambitionierten Anfängen über die negativen mentalen Erinnerungsorte bis hin zum Phänomen der fehlenden Ecke als Artefakt des Fordismus im Sozialismus der DDR.

Katalin Gennburg studiert Historische Urbanistik am Center for Metropolitan Studies der TU Berlin. katalingennburg@googlemail.com

Fernstudium „Historische Stadt“ (Universität Lübeck)

Die verschiedenen Facetten der Stadt und ihre Entwicklung betrachtet aus einem historischen Blickwinkel ein Zertifikatsstudium der Universität Lübeck, und zwar nicht als ein rein geschichtswissenschaftliches Weiterbildungsstudium, sondern vielmehr interdisziplinär. Folglich leisten neben Historikern und Historikerinnen auch Vertreterinnen und Vertreter der Soziologie und Kunstgeschichte, der Architektur und des Städtebaus Beiträge. „Geschichte und Gegenwart“ – dieses so lapidar klingende Begriffspaar passt auch hier, wobei hinsichtlich des „Umgangs mit der historischen Stadt“ – Thema eines der Lehrtexte – selbstverständlich keine Rezepte verkündet werden. Vielmehr wird auch dieses Thema wiederum historisch gewendet, und wir dürfen sehen, zu welchen Ergebnissen Zeitgeist und gewandelte Möglichkeiten etwa im 19. Jahrhundert oder nach dem Zweiten Weltkrieg führten, sei es in Ulm, in Köln oder dann Neubrandenburg oder Freiburg. Die 4 Module sind sehr verteilt verankert, von den stadtgeschichtlichen Grundlagen (Modul A – Prof. Dr. Bernd Fuhrmann, Netphen), der „Stadt in kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive“ (Modul B – Prof. Dr. Felicitas Schmieder, Hagen), dem „Planen, Bauen und Entwickeln“ (Modul C – Prof. Dr.-Ing. Dieter-J. Mehlhorn, Kiel/Lübeck) bis zum „Erforschen, Bewahren, Weitergeben“ (Modul D – Prof. Dr. Hans Wißkirchen, Kulturstiftung Lübeck). Die Organisation und Trägerschaft liegt beim Zentrum für Fernstudium und Weiterbildung der Universität zu Lübeck. Wochenendseminare stellen ein wichtiges Element dar, und seit dem Beginn im Sommersemester 2009 fanden solche in Hildesheim, Lübeck, Berlin, Frankfurt, Braunschweig und Nürnberg statt. 2011 kommen Hamburg, Görlitz, Tallinn, Trier u.a. als Orte eines jeweils abgestimmten Programms hinzu. Für ein Teilzeitstudium wären in der Regel 4 Semester anzusetzen, wobei bei jedem Modul die üblichen Abschlussleistungen (Hausarbeit, Klausur, mündliche Prüfung, Referat, bei Modul D auch Praktikum mit Bericht) möglich sind. Das Studium kann allerdings auch in einer nicht abschlussorientierten Form durchgeführt werden. Der Versand der zwischen 200 und 300 A4-Seiten umfassenden, teils farbig bebilderten „Studienbriefe“ erfolgt über das Semester verteilt in der Regel an vier Terminen. Eine Einschreibung kann sowohl zum Sommersemester – etwa Mitte März – wie auch zum Wintersemester – Mitte Sep-

tember – erfolgen. Die Homepage www.fernstudium-historische-stadt.de bietet detailliertere Informationen bis hin zur Möglichkeit, „Schnuppermaterial“ anzufordern.

Dr. Manfred Bossow, Zentrum für Fernstudium und Weiterbildung, Universität zu Lübeck, bossow@fsz.uni-luebeck.de

Bericht über Vorbereitungen zur Konferenz der EAUH 2012

Am 8./9. April 2011 tagte das International Committee der EAUH in Prag zur Vorbereitung der EAUH-Konferenz 2012, die vom 29.8.-1.9.2012 in Prag stattfinden wird. Neu in das International Committee aufgenommen wurde Andrew May (Melbourne) als korrespondierendes Mitglied für die australasische Region. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die EAUH-Konferenzen, neben dem Kernbestand der Teilnehmer aus Europa, in wachsendem Maße auch das Interesse nicht-europäischer Stadthistoriker auf sich ziehen. Es soll in Prag auch überlegt werden, ob weitere nicht-europäische Regionen zukünftig mit Vertretern im International Council repräsentiert sein sollten.

Vorgestellt wurde eine allgemeine Website der EAUH, die die Geschichte der Organisation und der Konferenzen (seit 1992) dokumentieren wird und auch ein recherchierbares Inhaltsverzeichnis aller vergangenen Konferenzen, Sektionen, Vorträge und Referenten enthalten wird. Die Website wird am Centre for Urban History der University of Leicester geführt, ist aber unabhängig von der dortigen Universität. Dank eines Überschusses der Ghenter Konferenz 2010 konnten die Startkosten finanziert werden, ohne das EAUH-Budget zu belasten. Die URL der website ist www.eauh.eu

Hauptgegenstand der Beratungen war die Auswahl der insgesamt 152 eingegangenen Bewerbungen für Sektionen für die EAUH-Konferenz in Prag 2012. Damit lag die Zahl der Bewerbungen um 40 höher als für Ghent. Angesichts des Zeitplans und der verfügbaren Räume war der verfügbare Rahmen zunächst mit 40 *main sessions* und 30 *specialist sessions* angegeben.

Das International Committee sichtete in mehreren Durchgängen die Vorschläge und wählte schließlich 48 *main sessions*, 31 *specialist sessions* und 5 *round tables* aus. Die Präsidentin Luda Klusakova erinnerte vor der Auswahl an die mit der Ausschreibung verbundenen Kriterien und betonte, dass angesichts problematischer Erfahrungen mit dem Ausfall von Sektionen wegen Nicht-Erscheinen des Sektionsleiters zukünftig nur Sektionen mit mindestens zwei Sektionsleitern akzeptiert werden

sollten. Da dieses Kriterium in der Ausschreibung nicht als unabdingbar bezeichnet worden war, wird Sektionsleitern, deren Vorschlag wegen seiner Qualität positiv bewertet wurde, die Gelegenheit gegeben, Mitorganisatoren nach zu nominieren. Nicht akzeptiert wurde, wenn mehr als eine Sektion durch die gleiche Person durchgeführt werden sollte.

Die *round tables* haben einmal die Funktion, gute Einzelpapiere, die jedoch keine Aufnahme in eine Sektion gefunden hatten, vorstellen zu können. Die *round tables* werden geleitet von Amelia Andrade („medieval / early modern“) und Shane Ewen („modern“). Für die *round tables* wird der Bewerbungsschluss verlängert, sodass Bewerber, deren Vorschlag bei einzelnen Sektionen nicht zum Zug kam, dennoch die Chance erhalten, ihr Paper einzureichen. Neben diesen allgemeinen, vor allem für den Nachwuchs gedachten *round tables* wird es drei geben, in denen die theoretisch / methodologische Diskussion im Vordergrund steht: 1) Komparative, transnationale und globale Perspektive auf Stadtgeschichte, 2) Die Kommunikation von Stadtgeschichte an eine breitere Öffentlichkeit, und 3) Studentische Perspektiven zur Stadtgeschichte. Diese drei *round tables* gingen auf Sektionsvorschläge zurück, die aufgrund ihres allgemeinen Interesses in die Form von *round tables* gebracht werden sollten.

Die ausgewählten Sektionen und *round tables* sind auf der Homepage der Organisatoren zugänglich und können unter

<http://www.eauh2012.com/sessions/>

eingesehen werden. Vorschläge für Beiträge müssen auch dort eingereicht werden, aber es empfiehlt sich, sich zuvor auch direkt mit den Organisatoren der Sektion, für die man sich bewerben möchte, in Verbindung zu setzen.

Der Einsendeschluss ist der 1.10.2011, die Bewerber werden bis 31.1.2012 informiert, ob ihr Vorschlag akzeptiert wurde. Die formelle Registration zur Konferenz muss dann bis 30.4.2012 erfolgen, sonst wird die Zusage wieder gestrichen.

Das International Council befasste sich rückblickend auch mit der 10. EAUH-Konferenz in Ghent 2010, die allgemein als sehr erfolgreich angesehen wurde. Aus Deutschland waren 39 Teilnehmer vertreten, was jedoch angesichts der deutlich höheren Teilnehmerzahl aus Italien (61), Großbritannien (54) und Frankreich (50) nicht als vollständig befriedigend bewertet werden kann. Als deutscher Vertreter im International Council der EAUH möchte ich daher die deutschen StadthistorikerInnen auffordern, sich frühzeitig die Sektionen und die *Call for Papers* anzusehen, die derzeit auch über die elektronischen Foren laufen, und sich mit interessanten Vorschlägen für Sektionen zu bewerben.

Die Vorbereitungen für Prag sind vielversprechend; ein breites und viele Interessen ansprechendes wissenschaftliches Programm wird – wie bei EAUH-Konferenzen

üblich – eingebettet in ein näheres Kennenlernen der Stadt Prag und ihrer historischen Merkmale.

Es wäre wichtig und zu begrüßen, dass die mittlerweile recht vielseitige und lebendige deutsche Stadtgeschichtsforschung angemessen auf der EAUH-Konferenz vertreten sein wird.

**Prof. Dr. Dieter Schott (deutscher Vertreter im EAUH),
schott@pg.tu-darmstadt.de**

Termine

2. Halbjahr 2011

6. – 7. Juli Konferenz: *Shadow cities: realities and representations*.
Centre for Metropolitan History, London
<http://www.history.ac.uk/shadow-cities>
12. – 14. Juli Konferenz: *LONDONCITY 2011: The First Annual
London Studies Conference*.
University of London, London
<http://www.thelondonconference.com/>
21. – 22. Juli Symposium: *Sport and Leisure in Suburbs and
New Towns*.
Institute of Historical Research, London
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news>
22. – 23. September *Wissenschaftliche Nachwuchstagung und Workshop
„Stadt und Moderne“*
Gesellschaft für Stadtgeschichte und Umweltforschung
GSU, Darmstadt
http://www.gsu.tu-darmstadt.de/pdf/NWT_DA_cfp2_012011.pdf
11. – 12. Oktober Konferenz: *Cities within the Middle Ages and the Early
Modern Era as a research topic of the last two decades*
Universität von Prag, Prag
<http://www.ahmp.cz/eng/index.html?mid=34&wstyle>
22. – 23. Oktober Konferenz: *Cosmopolitanism and Culture: The Role of
the Spa as an International Institution*.
Center for History and Culture, University of Bath, GB
[http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/
2011/october/spacon2011.pdf](http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/2011/october/spacon2011.pdf)

- 1.- 3. Dezember Konferenz: *Metamorphosen der Macht - Transformativen urbaner und hortikultureller Räume im Europa der Frühen Neuzeit.*
Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Mainz
<http://www.kunstgeschichte.uni-mainz.de/1584.php>
24. – 26. November Internationale Jahrestagung: *Metropolitat in der Vormoderne. Konstruktionen urbaner Zentralität im Wandel.*
Forum Mittelalter der Universität Regensburg, Regensburg
http://forum-mittelalter.de/cms/front_content.php?idcat=23
8. – 9. Dezember Konferenz: *Fotografie und Stadt (19.-21. Jahrhundert).*
CNRS und Universität Paris 8 und 10, HCU Hamburg
Nanterre, Frankreich
http://www.gsu.tu-darmstadt.de/aktuell_0301.html

1. Halbjahr 2012

- 19./20. Januar Tagung: *12. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR.*
Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner bei Berlin.
<http://www.irs-net.de>
5. – 8. Februar Konferenz: *Urban Transformations: booms, busts and other catastrophes. 11th Australasian Urban History/ Planning History Conference.*
University of Western Australia, Perth, Australien
<http://www2.le.ac.uk/departments/urbanhistory/news/2012/february/auhphc.pdf>

Vorschau 2. Halbjahr 2012

29. August – 1. Sept. Konferenz: *11th International Conference on Urban History*
European Association for Urban History
Prag, Tschechien
<http://www.eauh2012.com/>

25.-28. September 49. Deutscher Historikertag, "Ressourcen – Konflikte"
Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
(voraussichtlich während des Historikertags MV der GSU
mit Verleihung des Preises)
<http://www.historikertag.de>